

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr.:

**5448**



AA XII

# SOENNECKEN

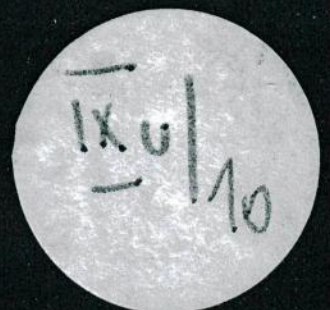
Handwritten notes in the first section.

RS 117

OS

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr.: 5448





11



# Auswärtiges Amt

[Inland II A/B] <sup>\*)</sup>



Betreff:

Entjudung der Verwaltung  
Judengesetzgebung

*Original Judengesetzgebung (Inland)  
Spanien erhalten*

Band: **3**

vom **23. April** 19 **47**,  
bis **6. Juli** 19 **43**.

Forts. Band: **—**

82 - 32


**\*\*)**

\*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).  
\*\*) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den 6.12.66

*Sasse*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



263



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den  
Deinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

26. Januar 1943

V B 4 b-4 L. 16105

in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

882

An das

Auswärtige Amt

in B e r l i n .

Betrifft: Vermögensverfall nach der Elften Verordnung  
zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941  
(RGBl. I, S. 722); hier: den Juden Eduard  
L ö w e n t h a l , geb. am 25.12.1882 in  
Hechingen/Hohenzollern.

Bezug: Ohne.

Der Jude Löwenthal ist am 2.10.1902 nach  
Turin, Via Massena 18, verzogen. Er hat in Hechingen  
noch Grundbesitz. Ich wäre für eine Feststellung und  
Mitteilung dankbar, ob und wann der Jude Löwenthal  
etwa die italienische Staatsangehörigkeit erwor-  
ben hat und aus dem deutschen Staatsverband ent-  
lassen wurde.

Zwei Durchschriften dieses Schreibens  
sind beigelegt.

Im Auftrage:  
gez. Hunsche .

K208146



Beglaubigt:  
*H. Hunsche*  
Kanzleingestellte.

82-32



bereinstimmung des ver/missen-  
henden Textes mit der bei  
kten des Politischen Archivs  
uswärtigen Amts befindlichen Vorlage  
ge wird bescheinigt.  
den 6. 12. 66

*Sasse*



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

264

# Auswärtiges Amt

## Inland II-A/B<sup>\*)</sup>

Betreff: Entjudung der Verwaltung  
und Jüdingengesetzgebung.

Band: 4.

vom 19 43.

bis 19 44.

Forts. Band: ---

82 — 32


\*\*) )

\*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).

\*\*) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



281

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 68, den 29. September 1942  
Wilhelmstraße 102

A 5 Nr. 3082 V/41-212-

Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

s Auswärtige Amt  
Berlin.

Weitergeleitet an  
D II Amt für Beschaffung  
Berlin, den 1.10.42

5846  
K223575

Betrifft: Eingezogenes volks- und staatsfeindliches Vermögen.

175.2  
854  
22.10.42  
539  
145.10.42  
Dann  
Die in Berlin-Wilmersdorf, Jenaer Straße 21, wohnhaft  
gewesene Jüdin und deutsche Staatsangehörige Alice Sara Tra-  
delius, geborene Cohn, geb. am 4.8.1887 in Biniew, Krs.  
Ostrowo, ist am 4.11.1938 in Berlin verstorben. Erben an dem  
Nachlaß der Verstorbenen sind je zur Hälfte die Jüdinnen  
Hilde Deutsch, geb. Tradelius, und Ellen Dahlberg, geborene  
Tradelius. Die Jüdin Hilde Deutsch und ihr Ehemann, Kurt  
Israel Deutsch sind laut Bekanntmachung vom 9.7.1940 (Reichs-  
anzeiger Nr. 162) ausgebürgert worden. Das Vermögen der Ehe-  
leute Deutsch ist laut Bekanntmachung vom 2.10.1940 (Reichs-  
anzeiger Nr. 233) <sup>als</sup> dem Reiche ~~als~~ verfallen erklärt worden.  
Die Jüdin Ellen Dahlberg ist im Oktober 1938 von Berlin-  
Wilmersdorf, Jenaer Straße 21, nach Schweden ausgewandert,  
wo sie sich mit dem Juden Nils Lennart D a h l b e r g  
verheiratet und dadurch die schwedische Staatsangehörig-  
keit erworben und die deutsche verloren hat.

Der Nachlaß der verstorbenen Jüdin Alice Sara Trade-  
lius, bestehend aus Bankguthaben und einem Barbetrag von  
zusammen 3662,50 RM sowie aus dem Erlös des versteigerten  
Umzugsgutes in Höhe von 15.169.-- RM, ist im März 1941 be-  
schlagnahmt und am 31. Januar 1942 - Pol. S II A 5 Nr.  
3082 III/41-212- (öffentlich bekannt gemacht im Deutschen  
Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger vom 14.4.1942, Nr.  
86) zugunsten des Deutschen Reichs eingezogen worden. Die  
Verstorbene war vor der Machtübernahme starke Anhängerin  
der Linkspartei und bis zu ihrem Tode staatsfeindlich ein-  
gestellt. Die Vermögenseinziehung ist somit zu Recht erfolgt.

Die Jüdin Ellen Dahlberg, wohnhaft in Stockholm, hat  
am 18.8.1942 unter Hinweis darauf, daß sie schwedische  
Staatsangehörige sei, gegen die Beschlagnahme ihres Ver-  
mögens

K218536

82-32

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.7.67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



282



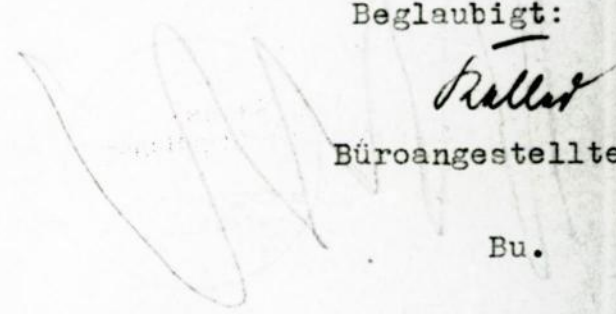
Vermögens aus der Erbschaft ihrer Mutter, der Jüdin Alice Sara Tradelius, Einspruch erhoben und um Begründung gebeten, damit sie diese der schwedischen Behörde vorlegen könne. Sie hat in ihrer Eingabe außerdem bemerkt, daß sie schnellste Freigabe des Vermögens erwarte.

Ihr Ehemann- Nils Dahlberg- hat sich dem Einspruch seiner Ehefrau angeschlossen, insbesondere aus dem Grunde, weil ihm das Vermögen seiner Ehefrau als Mitgift zugesichert worden sei.

Bevor ich in dieser Angelegenheit eine Entscheidung treffe, bitte ich um Stellungnahme, ob bei einer Ablehnung der Eingabe außenpolitische Schwierigkeiten zu erwarten sind.

Im Auftrage:  
gez.Dr.Bilfinger

Beglaubigt:




*Keller*

Büroangestellte

Bu.

K223576



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

*Sasse*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



*E886*



# Reichsminister Des Innern

S II A 5 Nr. 54/43-212-

Der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 13. Februar 1943.  
Deinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

Auswärtige Amt  
Berlin.

Auswärtiges Amt  
D III 1282  
eing. 17. II. 1943  
Ant. Durchf. De

Betrifft: Einziehung des Nachlasses der verstorbenen Jüdin  
Alice Sara Tradelius.

Bezug: Schnellbrief vom 28. 1. 1943 - D III 6558/42.

1099

Die Einziehungsverfügung beruht auf dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. 7. 1933 - RGBl. I S. 479. Danach können u.a. auch Sachen und Rechte eingezogen werden, die nach Feststellung des Reichsministers des Innern zur Förderung volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen gebraucht oder bestimmt sind. In meiner Feststellungsverfügung vom 31. 1. 42 habe ich festgestellt, daß der Nachlaß der verstorbenen Jüdin Alice Sara Tradelius zur Förderung solcher Zwecke bestimmt oder gebraucht war. Diese Feststellung richtet sich nicht gegen die Erblasserin oder gegen die Erben persönlich, sondern gegen das hinterlassene Vermögen (objektive Einziehung). Hierbei bleibt der seit dem Tode der Erblasserin etwa auf Grund des Erbrechts oder anderer Umstände eingetretene Eigentümerwechsel außer Betracht, da nicht das Vermögen einer bestimmten Person, sondern die Vermögensstücke als solche erfaßt werden. Rechtlich ist die Einziehung daher gerechtfertigt. Ich halte sie auch sachlich für gerechtfertigt, es handelt sich um zwei jüdische Schwestern, die das Reichsgebiet verlassen haben, wobei die Beschwerdeführerin der Ausbürgerung oder den Auswirkungen der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz durch ihre Heirat mit einem Schweden entgangen ist, während deren Schwester Hilde Sara im Zuge der Ausbürgerung ihr Vermögen verlor oder es später auf Grund der 11. Verordnung verloren hätte. Die im Ergebnis durch die Einziehung herbeigeführte Sachlage entspricht also durchaus dem gesunden Rechtsempfinden.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Kaufmann

K223591

Beglaubigt:  
B. K. Müller  
Büroangestellte



82-32

Ki

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 7. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

284



A.A. d.ing. 20. JULI 1943 v.m.

146

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 8. Juli 1943  
Prinz-Albrecht-Straße 8

Sprechstunde: 12.00-14.00 - Fernsprechnr. 12642  
Reichsbankgirokonto: 1/146 - Postfachkonto: Berlin 2386

B 4 b-4 F. 5864

In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An das

Auswärtige Amt,

Berlin.

Betrifft: Vermögensverfall aufgrund der Elften Ver-  
ordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941  
(RGBl. I, S. 722); hier: den Juden Nathan  
(Hans) Frank, geb. am 16.2.1896 in  
Steinach a.d. Saale/Mainfranken, zuletzt  
wohnhaft in Kissingen.

Bezug: Ohne.

Anlagen: 2

Der Jude Frank ist im Jahre 1924  
nach der Türkei ausgewandert und war ab 1926 unter  
der Firma Hans Frank ve Seriki, Istanbul, als  
Auslandsvertreter der Klöckner-Humboldt-Deutz AG  
tätig. Diese hat den Agenturvertrag am 17.10.1938 mit  
Wirkung zum 30.6.1939 gekündigt und schuldet der Firma  
Hans Frank ve Seriki noch rund 67 000 RM Pro-  
visionen. Es ist hier die Frage des Vermögensverfalls  
aufgrund der 11. VO. zum Reichsbürgergesetz zu prüfen.  
Der Jude Frank, der angeblich etwa 1940 von  
Istanbul nach Nordamerika weiter gewandert ist, soll  
die haitianische oder amerikanische Staatsangehörig-  
keit erworben haben.

K223610

Es darf um Feststellung durch die deutsche  
Vertretung in Istanbul und Mitteilung gebeten werden,  
was dort über die Staatsangehörigkeit und den jetzigen  
Aufenthalt des Juden Frank bekannt ist. Weiterhin  
wäre wissenswert, ob Frank einen Teilhaber hatte  
und inwieweit dieser an der Forderung von 67 000 RM

82-72

3.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



286



beteiligt ist, da dessen etwaiger Anteil gegebenenfalls nicht als dem Reich verfallenes Vermögen anzusehen sein würde.

Zwei Durchschriften dieses Schreibens sind beigelegt.

Im Auftrage:

gez. H u n s c h e



Beigelaubigt:

*Müller*  
Kanzleiangeestellte

K225611

1003187





Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

L80

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 5. November 1943

Prinz-Albrecht-Straße 8

Telefon: Ortsvorwahl 12 00 40 - Fernvorwahl 12 64 21

IV B 4 c <sup>1</sup> Nr. 567/43.-

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Weiterleiten an

inl. BB bittet um Beteiligung

Berlin, den 12. 11. 43

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin W 8.

Betrifft: Inländisches Vermögen eines Juden, der an-  
scheinend kubanischer Staatsangehöriger ist.

Der polnische Jude Isbert Adam ließ sich nach dem Weltkrieg in Danzig nieder und erwarb 1930 die danziger Staatsangehörigkeit. Im Jahre 1938 wurde er kubanischer Konsulatsagent in Danzig und erwarb - unter gleichzeitigem Verlust der danziger Staatsangehörigkeit - die kubanische Staatsangehörigkeit. Wie die Staatspolizeileitstelle Danzig berichtet, hat nach einer Mitteilung des Auswärtigen Amts vom Frühjahr 1940 der Präsident der Republik Kuba die Ernennung Adams für unwirksam erklärt. Adam, der Eigentümer je eines Grundstücks in Danzig und Bromberg ist, ist im Juli 1939 nach New York ausgewandert.

Da hier Zweifel bestehen, ob Adam mit der Unwirksamkeitserklärung seiner Ernennung zum kubanischen Konsulatsagenten auch seine kubanische Staatsangehörigkeit verloren hat, wird um Mitteilung gebeten, ob in dieser Hinsicht aus den dortigen Vorgängen Näheres ersichtlich ist. Gleichzeitig wird, falls der Genannte auch heute noch als kubanischer Staatsangehöriger zu betrachten sein sollte, um Stellungnahme gebeten, ob gegen die Einziehung seines inländischen Vermögens Bedenken bestehen. Nach dem Verhalten des kubanischen Staates

K223644

Weiden

82-32

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



284



Staates dürfte anzunehmen sein, daß dieser an Adam  
kein besonderes Interesse hatte.

Es wird um möglichste Beschleunigung gebeten.

Im Auftrage:

gez. H u n s c h e

Beglaubigt:

Rosenack  
Kanzleiangestellte

Isbert Adam ist vor der Wiederanweisung  
Danzig mit dem Deutschen Reich als deutscher  
Botschaftsagent in Danzig ausgesandt.  
Nach einer Mitteilung der Lübecker Gesandtschaft  
vom 14. 2. 1940 ist der Präsident der Republik  
Lüba mit Dekret vom 15. 1. 1940 die Freisetzung  
des Adam vom Botschaftsagenten in Danzig  
für nun wirklich erklärt.

Gegenüber an Jul II A zurück.

L. 18. 11. 1943

*[Handwritten signature]* 18. 11. 43

K223645

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

688

# Auswärtiges Amt

[Inland II A/B]<sup>\*)</sup>

27/4

Betreff:

Durchführung der Verordnung über die  
Anmeldung des Vermögens von Juden  
vom 26. 4. 1938.

Einspruch fremder Staaten  
J - Polen

Band: 3

vom

1938,

bis

1941.

Forts. Band: 4

82 - 32


\*\*) )

\*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).

\*\*) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den 8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

*[Large handwritten flourish or signature]*

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 27. November 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Stern/Premer: 12 00 40

II A 5 Nr. 3411/41 - 212 -  
Date in der Antwort vorstehendes Gefährdungszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin.

Auswärtiges Amt  
D-III 9408  
*le*

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.  
Bezug: Ohne.

Der Jude Siegfried Bieber, geboren am 21. 8.1873 in Czersk, hat am 29.4.1935 das Reichsgebiet verlassen und hält sich z.Zt. in Tessin auf. Bieber hat die liechtensteinische Staatsangehörigkeit erworben und dadurch die deutsche verloren.

Gegen den Vorgenannten hat ein Verfahren wegen Vorgehens gegen die Notverordnung vom 21.3.1933 geschwebt. Wie ferner bekannt wurde, hat er sich im Jahre 1940 bemüht, grössere Geldbeträge zur Unterstützung des jüdischen Einflusses auf die schweizerische Presse zu beschaffen. Im Hinblick auf sein deutschfeindliches Verhalten im Auslande beabsichtige ich daher, sein Vermögen nach den Bestimmungen über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens einzuziehen und bitte um die dortige Zustimmung.

**K326053**

Im Auftrage:  
gez. Richter



Beglaubigt:  
*Kippack*  
Kanzleiangestellte

Gs

*Jgl*

82-32 *Eintracht*

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



*[Large handwritten flourish or signature]*



## II A 5 Nr. 1224/41 - 212 -

Berlin SW 11, den 20. Januar 1942  
 Prinz-Albrecht-Straße 8  
 Fernsprecher: 12 00 40

Ich beabsichtige, Vermögen des Juden Dr. Jo-  
hann S c h e n k , geboren am 22.12.1879 in Wien, ni-  
caraguanischer Staatsangehöriger, bisher in Wien 3,  
Zihrerplatz 4 wohnhaft gewesen, jetzt in Budapest, sei-  
ner Ehefrau Maria geborene Winzig, geboren am 16.7.1867  
in Moos, Ansfelden, O.D., deutschblütig, und ihres Kin-  
des Johann, geboren am 4.1.1923, jüdischer Mischling I.  
Grades, einziehen, und hierzu die nach § 1 Abs. 2 der  
Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeind-  
lichen Vermögens im Lande Österreich vom 18.11.1938 -  
RGBl. I S. 1620 - erforderliche Volks- und Staatsfeind-  
lichkeit feststellen zu lassen.

Der Genannte war Mitglied der Vaterländischen Front, einer Kampforganisation der früheren österreichischen Regierung, die den ausschließlichen Zweck hatte, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu verhindern. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit sind hiernach gegeben.

gez. Richter

*Ballot*  
Kanzleiangehörige

werden!

22-32

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den

8. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



[Handwritten signature]



27. Februar 1942

**er Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

A 5 Nr. 94/42 - 212 -

In der Antwort vorstehendes Geheimschreiben u. Datum anzugeben

Reichswirtschaftsministerium  
Berlin W.  
Friedrichshagenstr. 63.

Auswärtige Amt  
Referat D III -  
Berlin.

Berlin SW 11, den 20. Februar 1942.  
Dring-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

K326056

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit und  
Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens.

Bezug: Ohne.

Anlage: 1.

Ich beabsichtige, das Vermögen des Juden und liechtensteinischen Staatsangehörigen Dr. Friedrich Kempner, geboren am 20.7.1892 in Berlin, und seiner Ehefrau Barbara geborene Hildebrand, geboren am 23.1.1903 in Basel, zuletzt in Berlin W 35, Matthäikirchplatz 13, jetzt in New York wohnend, nach dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 - RGBl. I S. 479 - einzuziehen.

Wie aus dem in Abschrift beigelegten Schreibens des Reichsbankdirektoriums vom 13.4.1939 hervorgeht, war Kempner seit 1931 ständiger Rechtsberater ausländischer Bankenausschüsse, mit denen die bisherigen Stillhalteabkommen (Deutsche Kreditabkommen 1931 bis 1938) geschlossen worden sind. Diese Tätigkeit hat er stets unter Berücksichtigung der deutschen Interessen ausgeübt.

Ich bitte daher um Stellungnahme, ob von dort gegen die beabsichtigte Vermögenseinziehung Bedenken bestehen.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger

Beglaubigt:

*Keller*  
Kanzleiangestellte

Gs

82-32

Erleckenstein



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

[Large stylized signature]

Durchdruck für Herrn Hofrat Jüngling  
Auswärtiges Amt

den 13. März 1942

D III 1193

Auf das Schreiben vom 20.2.1942  
- II A 5 Nr. 94/42 - 212 -

Betrifft: Den Juden, liechtensteini-  
schen Staatsangehörigen Dr.  
Friedrich Kempner und seine  
Ehefrau Barbara geb. Hilde-  
brand, beide in New York.

K326059

Gegen die beabsichtigte Vermögenseinziehung bestehen Bedenken, und zwar schon deshalb, weil nach dem nebenbezeichneten Schreiben keinerlei konkrete Tatsachen gegen Kempner vorliegen, aus denen auf seine volks- und staatsfeindliche Betätigung geschlossen werden könnte.

Aus dem vorletzten Absatze des nebenbezeichneten Schreibens und aus seiner Anlage geht vielmehr hervor, daß sich Kempner nicht deutschfeindlich betätigt hat.

An

den Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Im Auftrag  
gez. Dr. Wege

62

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender

Legationsrat



*[Large handwritten signature]*



26. JUN 1942

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

K526065

Berlin SW 41, den 22. Juni 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

II A 5 -Nr. 3411<sup>III</sup>/41-212

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An

das Auswärtige Amt

-D III-

in B e r l i n

Betr.: Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens.

Bezug.: Dortiges Schreiben vom 5.1.1942-Nr. D III 9408.

---

Ich habe die inländischen Vermögenswerte der Juden und  
liechtensteinischen Staatsangehörigen Siegfried B i e b e r,  
geb. am 21.8.1873 in Czersk, und seiner Ehefrau, Josephine geb.  
Postolka, geb. am 27.1.1874 in Kyjoc, zugunsten des Deutschen  
Reiches eingezogen.

Im Auftrage:  
gez.: Dr. Bilfinger

Beglaubigt:  
*Schumann*  
Kanzleiangestellte

Schü.-

82-32

*Nieckmann*

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



*[Large handwritten signature]*

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 26. Januar 1943  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Octaverteil 12 00 40 - Fernschreiber 12 64 21

II A 5 Nr. 573/42-212-

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Beitrag von  
An den Chef der Sicherheitspolizei  
Berlin, den 22. 1. 43  
das Auswärtige Amt D III  
in Berlin

824  
eing. 2. 1. 1943  
Sach. Bureau

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.  
Bezug: Ohne.

Der jüdische Bankier Hans Arnhold, geb. am 30.5.1888 in Dresden, und seine jüdische Ehefrau Ludmilla, geb. Heller, geb. am 31.7.1894 in Dresden, beide zuletzt in Berlin-Wannsee, Am Sandwerder 17/19, wohnhaft, sind am 19.2.1937 nach der Schweiz ausgewandert. Die Eheleute haben am 29.10.1937 durch Einbürgerung die liechtensteinische Staatsangehörigkeit erworben und sollen jetzt in Buenos Aires wohnen.

Arnhold war Mitglied des "Clubs von Berlin". Dieser Club, dem zu einem großen Teil Juden angehörten, war bis zur Ausschließung der Juden und Umbenennung in "Deutscher Club" stark reaktionär eingestellt. Gegen Arnhold hat ein Verfahren wegen Devisenvergehens geschwebt, ein Beweis konnte jedoch nicht erbracht werden. Das Inlandsvermögen der Eheleute Arnhold soll etwa 1.300.000.- RM betragen. Ich beabsichtige, zur Einziehung dieses Vermögens auf Grund der Gesetze vom 26.5. und 14.7.1933 - RGBI. I, S. 293 und 479 - nach dem Gesetz vom 14.7.1933 die Volks- und Staatsfeindlichkeit der Eheleute Arnhold festzustellen und bitte um Mitteilung, ob hiergegen Bedenken bestehen.

Auf die unter dem 5.1.1942 - D III 9408 - erteilte Zustimmung zur Vermögenseinziehung des liechtensteinischen Staatsangehörigen Siegfried Bieber darf ich Bezug nehmen.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger

K526064

Beurlaubt:  
H. Kellius  
2. Stellvertreter  
Sohn



82-32



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Ursache wird bescheinigt.  
onn, den

8.1.67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

*[Large, stylized handwritten signature]*

**er Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 68, den 16. Juni 1943.  
Wilhelmstraße 102

**K326071**

B 4 c<sup>1</sup> Nr. 132/43 -.

an der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Vlg.

An

Das auswärtige Amt

Weiterleiten an

Inl. II B bittet um Beteiligung

in Berlin.

5222

Betrifft: Beschlaggenommenes Vermögen der liechtensteinischen Staats-  
angehörigen Maria Floersheim.

Bezug: Ihre Schreiben vom 24.2.1943 - D III 1142 - und vom 29.  
4.1943 - Inl. II A 3465 -.

5221 lb

Ich habe die Staatspolizeistelle Darmstadt angewiesen, die  
auf ihre Veranlassung von der Staatspolizeistelle Berlin bei  
dem Bankhaus Merck, Pink & Co., Berlin W 8, Taubenstr. 22, be-  
schlagnahmen Guthaben von 9880,-- und 90,-- RM der Jüdin Floers-  
heim, freizugeben.

Im Auftrage:  
gez. H u n s c h e

Beglaubigt:

82-32

Raschke  
Finanzleiengestellte

Bonn, den

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



*[Large handwritten signature]*



**er Reichsführer - 44**

und

**Chief der Deutschen Polizei  
im Reichsministerium des Innern**

IV B 4 c 2 Nr. 6176/43 -.

in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und  
Datum anzugeben.

An  
das Auswärtige Amt  
in B e r l i n .

Berlin SW 11, den 11. August 19 43  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

K326085

Vig.

Inl. II A

6602

Weiterleiten an  
Inl. II B für Beteiligung

16.8.43

Betrifft: Den Juden Lippmann Friedrich B l o c h , geb. am  
19.4.1888 in Tarnowitz.

Bezug: Schreiben vom 19.6.1943 - Inl- II A 4816 -.

- - - - -

Der Jude Lippmann Friedrich B l o c h , zuletzt wohnhaft  
in Breslau, Oranienstraße 28, wurde durch Bekanntmachung des  
Reichsministeriums des Innern vom 15.6.1939 (veröffentlicht in  
Nr. 138 des Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeigers  
vom 19.6.1939) ausgebürgert. Eine Vermögensbeschlagnahme war  
mit der Ausbürgerung nicht verbunden. Es ist <sup>auch</sup> nicht beabsich-

82-72 Riedmann

tigt

Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ <sup>vor</sup>  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



beabsichtigt in der Angelegenheit etwas zu veranlassen,  
da Unterlagen über inländische Vermögenswerte nicht vorhan-  
den sind.

Im Auftrage:

gez. M i s c h k e

Beglaubigt:

Kanzleiangestellte

K326086



des Auswärtigen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 8. 1. 67

*Sasse*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



25

# Auswärtiges Amt

[Inland II A/B]<sup>\*)</sup>

28/7

Betreff:

Durchführung der Verordnung über die  
Anmeldung des Vermögens von Juden  
vom 26. 4. 1938.

Einspruch fremder Staaten  
von Portugal - Z.

Band: 4. vom 1938,  
bis 1944.

Forts. Band: —

82 - 32


\*\*) )

\*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).

\*\*) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat

*[Large, stylized handwritten signature]*



## 40 JAN 1940

A 5 - 1279/41 - 212 -

In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Das Auswärtige Amt

B e r l i n W 3.

Handwritten: 285

Da anzunehmen ist, daß sich Wissen im Aus-  
lande in der bei Juden üblichen Weise zum Nachteil des  
deutschen Reiches betätigt, beabsichtige ich, dessen  
im Inlande vorhandenes Vermögen - Sperrguthaben - ein-  
ziehen und die hierzu nach dem Gesetz über die Einzie-  
hung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.  
1933 - RGBl. I S. 479 - erforderliche Feststellung der  
Volks- und Staatsfeindlichkeit treffen zu lassen.

In Auftrage:

Gez. Richter

K326341

~~Beiglaubt:~~

Kanzleigestellte

Ga

82-3A

Trüben

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den

8.1.67

Sasse



28

(Dr. Sasse)  
Vortragender 1. Rat



**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 68, den  
Wilhelmstraße 102

2. M ä r z

1942.

II A 5 Nr. 1272<sup>III</sup>/42- 212-

in der Antwort nachstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

an das  
auswärtige Amt-D III-

in Berlin.

*#D.M.*

*3.3.42*

*1334*  
*✓*

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.

Bezug: Ohne.

- - - -

Der Jude und schwedische Staatsangehörige Dr. Franz Israel O p p e n h e i m e r, geboren am 1.8.1871 in Hamburg, zuletzt in Wien 3., Reisnerstraße 48, jetzt in Stockholm wohnend, hat sich als Mitglied der Vaterländischen Front hervorragend für diese Organisation betätigt und sie in finanzieller Hinsicht weitgehend unterstützt. Die Parteidendenz der Vaterländischen Front war hauptsächlich auf die Bekämpfung nationalsozialistischer Parteiangehöriger in Österreich ausgerichtet.

Ich beabsichtige daher, die Einziehung des Vermögens des Juden O p p e n h e i m e r nach den Bestimmungen über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens durchzuführen und bitte um dortige Zustimmung.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger

Beglaubigt:

*Heller*  
Kanzleiangeestellte.

SO.

K326325

*82-32 Charden*



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
**Vortragender Legationsrat**

X

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 28. Oktober 1943  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ortsamt 12 00 40 - Fernamt 12 64 21

IV 3 4 c 1 Nr. 5574/43 -.

Betreffend in der Antwort angeführten Befehlszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
S.H.v. Herr Legationsrat  
v. Thadden  
in Berlin W.E.

Betrifft: Verbalnote der Spanischen Botschaft vom 14.4.1943 Nr. 398.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 30.4.1943 - Inl. II A 3258

Der Jude Ludwig Israel Schöfeld, am 21.10. 1877 in München geboren, Staatsangehörigkeit: Deutsches Reich, zuletzt in Berlin K. 113, Zelterstr. 2/4, wohnhaft gewesen, war für eine Evakuierung vorgesehen. Als ihm dies bekanntgegeben wurde, wurde gleichzeitig sein Vermögen mit dem Ziele der Einziehung beschlagnahmt. Der Genannte hat dann, um seiner Evakuierung zu entgehen, Selbstmord verübt. Sein hinterlassenes Vermögen wurde dem Reich des Deutschen Reiches eingezogen.

Die Einziehungsverfügung beruht auf dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 - RG. S. 479 -. Nach den Bestimmungen dieses Gesetzes können u.a. auch Sachen und Rechte eingezogen werden, die nach Feststellung des Reichministers des Innern zur Förderung volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen gebraucht oder bestimmt sind. Diese zur Einziehung erforderliche Voraussetzung ist erfüllt, da der Reichminister des Innern bereits bei Lebzeiten des Juden die Feststellung getroffen hat, daß sein Vermögen der Förderung volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen geübt hat.

Die Aufhebung der hierdurch berechtigten Einziehung besteht aus dem Erblasser. Wenn dieser nicht erfolgt, so erfolgt die Einziehung bei der Durchführung des Einziehungsverfahrens wird in solchen Fällen grundsätzlich kein Unterschied darin gemacht, ob etwaige Erben jüdischer oder nichtjüdischer Abstammung sind. Die in der Verbalnote erwähnte Mitteilung an die spanische Staatsanwaltschaft vom 14. April 1943 - Nr. 398 - ist bekräftigt.

K526276

82- 32 Han

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender



23



gehörig, daß die Möglichkeit einer Entschließung zu ihren  
Gunsten infolge ihrer jüdischen Abstammung nicht in Erwägung  
gezogen werden könne, trifft also nicht zu.

*gekauft.*

Im Auftrage:  
gez. H u n s c h e



Beauftragt:

*Rosenack*  
angestellt

K526277

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den 8.7.67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



*mlt A 880 27.4.44*

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 19. April 1944

Prinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ortsvorkehr 120040 - Fernvorkehr 126421

IV A 4b (II)a 104/43

*Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben*

(bisher: IV B 4 c-1)

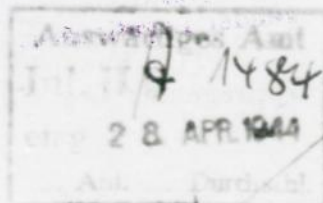
An das

Auswärtige Amt

Berlin W 8

Wilhelmstr. 74/76

K326289



Betrifft: Einziehung des Fideikommisses des Grafen  
Colloredo-Mansfeld.

Bezug: Dort. Schreiben vom 19.2.1944  
- Inl. II A 8582 - *fw*

*K*  
*M*

Die in Rede stehende höchstrichterliche  
Entscheidung ist bisher noch nicht ergangen. Sobald  
Näheres bekannt ist, wird weitere Mitteilung folgen.

Im Auftrage:

*Fischer*  
82-32



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



3

# Auswärtiges Amt

## Inland II A/B<sup>\*)</sup>

Betreff:

Englischer Einspruch  
( Vermögen )

Band: —

vom

19 **38,**

bis

19 **44.**

Forts. Band: —

82 - 32

England


**\*\*)**

<sup>\*)</sup> Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).  
<sup>\*\*)</sup>  Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67



*Sasse*

(Dr. Sasse)

**Vortragender Legationsrat**



*[Large handwritten flourish or signature]*



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 15. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

A 5 Nr. 1198/41 - 212 -

in betriebsverfahrendes Gefährdungs- u. Datum anzugeben

Weiterleiten an

D II bitte um Beteiligung

das Auswärtige Amt

Berlin W 8.

Betrifft: Vermögen einer Jüdin, die englische Staats-  
angehörige sein soll.

Zur Einziehung von Vermögen der Jüdin Josefina  
von R e i t z e n s t e i n , geborene Schönfeld, gebo-  
ren am 23.4.1888 in Berlin, zuletzt in Potsdam-Babels-  
berg, Fürstenweg 28, wohnhaft gewesen, jetzt in England,  
beabsichtige ich nach dem Gesetz über die Einziehung  
volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933  
(RGBl. I S. 479) die Feststellung der Volks- und Staats-  
feindlichkeit zu veranlassen. Die Genannte hat seiner-  
zeit die SPD, der sie als Mitglied angehörte, finanziell  
unterstützt. Die Voraussetzungen für die beabsichtigte  
Feststellung scheinen hiernach gegeben. Ihr im Inland  
vorhandenes Vermögen besteht aus einem aus der Verstei-  
gerung von Umzugsgut herrührenden Erlös von 5383.--RM.  
Die Reitzenstein soll nach Angabe ihrer in Berlin woh-  
nenden Tochter, des jüdischen Mischlings 1. Grades Jose-  
fine Frein von Reitzenstein, die englische Staatsange-  
hörigkeit erworben haben.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die Einziehung  
Bedenken bestehen.

Im Auftrage:

gez. R i c h t e r

K326431

Beglaubigt:

Ljusch.

Kanzleigestellte

Gs

82-32 Ljusch

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

*Daske*

(Dr. ...)  
**Vertragender Legationsrat**



*2*

# Auswärtiges Amt

## Inland II A/B

Betreff:

Französischer Einspruch

(Vermögen)

Band: —

vom

1938,

bis

1943.

Forts. Band: —

82 - 32

Frankreich


\*\*)

\*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).  
\*\*) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



*[Large handwritten flourish or signature]*

27. NOV. 1941

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 25. November 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

II A 5 - Nr. 1114/41-2122

in der Antwort vorstehendes Gleichheitszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin.

9256  
1941/11/25

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.  
Bezug: Ohne.

Die jüdischen Eheleute Meier genannt Markus Wertheimer, geb. am 8.1.1879 in Nonnenweiler, und Ida Sara geb. Bloch, geb. am 8.7.1884 in Eichstetten, sind im Jahre 1934 nach Frankreich geflüchtet. Sie haben dort die französische Staatsangehörigkeit erworben und dadurch die deutsche verloren.

Der Aufenthalt der Vorgenannten in Frankreich und die durch ihre rassische Abstammung bedingte Gesinnung zum nationalsozialistischen Deutschland lassen keine Zweifel an ihrer deutschfeindlichen Tätigkeit zu. Ich beabsichtige daher, die Beschlagnahme ihres Vermögens nach den Bestimmungen über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 auszusprechen und bitte um die dortige Zustimmung.

Im Auftrage:  
gez. Richter

K526560

Beglaubigt:

Lippke

Kanzleigaststelle

Sehn.

Die Vermögensverwaltung der Eheleute Meier ist mit der  
Einführung der Vermögensverwaltungsgesetze,  
die eine ständige Befragung der jeweiligen Vermögens-  
situation der Eheleute vorsehen, in den allerhöchsten Maße  
den Vermögensgegenständen zuzuführen, welche, nicht nur  
Lippke

82-24

Lippke

Lippke

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



*[Large, stylized handwritten flourish or signature]*



Franklin, Du 11. December 1942 34 D III 9256

Der  
von dem Vorgesetzten  
Gegenstand des IV  
Anf. des Vorgesetzten vom  
25. November 1941  
- II A 5 Nr. 111 4. 41  
- 212 - über den jüdischen  
Gefahren französischer  
Kontaktfähigkeit mit  
genannt Markit, Ost-  
früher und Frau Hana  
geb. Hef

K326562

Prof. i. V. D. D. Müller

Der Auftrag:

bei Vol. II A 5 Nr. 111 4. 41

" 111 4. 41

3. März

L. g. D. D.

Der Befehlsgabe und  
Eingabe des Vorgesetzten  
aus der unterzeichneten  
an den französischen  
Kontaktfähigkeit ist  
nicht vereinbar mit der  
Bestimmung der Länd.  
monographischen  
der eine Gefährdung der  
Gandlung des Gindli-  
gan

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



[Handwritten signature]







Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



AA 5 Nr. 1114 II / 41 -

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

in der Antwort vorliegendes Gehehtheitszeichen u. Datum anzugeben

17.1.42  
VP

Berlin SW 11, den 12. Januar 1942.  
Deinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ortsvorwahl 12 00 40 - Fernnummer 92 64 21

Auswärtiges Amt  
D III  
eing. 19 JAN 1942  
Ant. Durchschl.  
4527

An das  
Auswärtige Amt  
- z.Hd. von Herrn Legationsrat Rademacher -

Berlin **K326564**

Betrifft: Einziehung volke- und staatsfeindlichen Vermögens.

Bezug: Schreiben vom 1.1. 1942 - D III 9256.

Mit dem Reichskommissar für das Feindvermögen und dem Auswärtigen Amt bestand bisher Übereinstimmung darüber, daß die Einziehung wegen volke- und staatsfeindlicher Betätigung grundsätzlich auch bei solchen Vermögen zulässig ist, die der Feindvermögensverordnung unterliegen, daß also insoweit die Bestimmungen über die Einziehung volke- und staatsfeindlichen Vermögens vorgesehen. Zur Vermeidung außenpolitischer unerwünschter Rückwirkungen wird jedoch von dieser Möglichkeit nur Gebrauch gemacht, wenn das Auswärtige Amt im Einzelfall keine Bedenken hat. Aus diesen Grunde habe ich in der letzten Zeit eine Reihe von Anfragen dorthin gerichtet, die zum Teil ablehnend, zum Teil <sup>un</sup>stimmend beantwortet wurden. In dem vorliegenden Fall der jüdischen Eheleute französischer Staatsangehörigkeit Wertheimer glaube ich jedoch nicht, daß solche außenpolitischen Bedenken bestehen, zumal auch als Begründung für die Ablehnung von dort nur auf die Feindvermögensgesetzgebung verwiesen wurde.

Ich bitte daher um nochmalige Prüfung unter den oben angegebenen Gesichtspunkten.

12.1.42

gez. Dr. Hilfinger

gezeichnet:

87-72 Pdu

Lippner

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amts befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den 8. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



*[Handwritten signature]*



Freitag, 31. März 1942

**Haupt der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 68, den 11. März  
Wilhelmstraße 102

1942

A 5 Nr. 3093/42 - 212-

Beim Vorhandensein des Geschäftszeichens u. Datum anzugeben

Das  
wärtige Amt D III  
Berlin W 8

Beantwortet an

D III

**Betrifft:** Einziehung von Vermögen des jüdischen Emigranten  
Stefan Heller, der jetzt französischer Staatsan-  
gehöriger ist.

Der Jude Stefan Heller, geboren am 16.5.1895 in  
Wien, früher in Wien wohnhaft gewesen, jetzt dem Vernehmen  
nach bei der französischen Regierung in Vichy, hat vor dem  
Inkrafttreten der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom  
25. 11. 1941 (RGBl. I S. 722) die französische Staatsange-  
hörigkeit erworben und damit die deutsche Staatsangehörig-  
keit verloren. Nach hiesiger Feststellung scheint Heller  
Vertreter der italienischen Interessen in Österreich ge-  
wesen zu sein, denn er war als Österreicher Mitglied der  
faschistischen Partei, wurde wiederholt von Mussolini em-  
pfangen und war auch im Besitz eines Lichtbildes des Duce  
mit persönlicher Widmung. Außerdem besaß er eine Ernennungs-  
urkunde zum Kommandeur des Ordens der italienischen Krone  
aus dem Jahre 1932 und eine Ernennungsurkunde vom 18.1.  
1934 zum Ritter der französischen Ehrenlegion.

Ich beabsichtige, noch in Wien vorhandenes Ver-  
mögen des Heller einziehen zu lassen, und bitte um Stellung-  
nahme, ob hiergegen Bedenken bestehen.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger

K326577

Beglaubigt:

Kanzleiangestellte.

so.

82-32 Fike

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den

8. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



*[Large handwritten signature]*

# Auswärtiges Amt

[Inland II A/B]<sup>\*)</sup>

28/4

Betreff:

Italienischer Einspruch

(Vermögen)

Band: —

vom

19 40,

bis

19 44.

Forts. Band: —

82 - 32  
Italien


\*\*) )

\*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).

\*\*) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den 8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



X

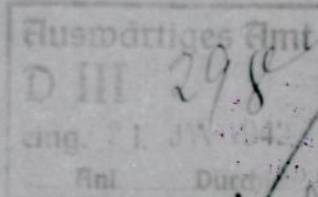
**Chief der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 14. Januar 1942  
Dring-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

5 Nr. 1229/41 - 212 -

Bitte vorliegendes Gefährdungs- u. Datum angeben

Auswärtige Amt  
Berlin W 8.



**K326700**

Betrifft: Vermögen von Juden, die italienische Staats-  
angehörige sind.

Der Jude Hugo S c h i s c h a , geboren  
am 16.12.1884 in Rohrbach/Mattersburg (Niederdonau),  
italienischer Staatsangehöriger, und seine Ehefrau  
Lina, geborene Morpurgo, geboren am 28.3.1888 in  
Split, beide zuletzt Wien I, Walfischgasse 4, wohn-  
haft gewesen, sind nach Santiago (Chile) ausgewandert.  
Schischa war Mitglied der Vaterländischen Front, einer  
Kampforganisation, die den ausschließlichen Zweck hat-  
te, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deut-  
schen Reich zu verhindern.

Zur Einziehung eines in Wien vorhandenen  
Vorzugssperrguthabens von 24.000.--RM beabsichtige  
ich nach § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Einziehung  
volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Öster-  
reich vom 18.11.1938 - RGBl. I S. 1620 - die Feststel-  
lung zu veranlassen, daß die Bestrebungen der Genannten  
volks- und staatsfeindlich gewesen sind.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die  
beabsichtigte Maßnahme Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
ges. R i c h t e r

Beglaubigt:  
*Keller*  
Kanzleigestellte

Gs

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den 8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



Handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'S' followed by a horizontal line and a final flourish.



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 7. Juli 1942  
Deing-Albrecht-Straße 8

Sern/protect: Ordnungsbuch 12 00 40 - Fernschreiber 12 54 21

LA 5 - Pr. - 540/42-212-

Wie in der Antwort aufstehendes Gefährdungszeichen u. Datum anzugeben

das  
swärtige Amt  
D III -

Er l i n W 8.

K526723

Betrifft: Einziehung des inländischen Vermögens des  
italienischen Korvettenkapitän a.D. Georg  
Ritter von Trapp, geboren am 2.10.1880 in  
Zarz bei Triest.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 3.3.1941 - D III 1314-.

Der Obengenannte ist im August 1938 mit seiner  
zehnköpfigen Familie und mit seinem Hauskaplan Hr. Franz  
Wasner nach den Vereinigten Staaten von Amerika ausgewan-  
dert, wo er mit seiner Familie unter dem Namen "Trapp  
Family Singers" Gesangsgastspiele gibt. Nach einem hier  
vorliegenden Ausschnitt aus der Zeitung "Boston Sunday  
Post" vom 1.12.1940 haben sich Wasner und Trapp in schärf-  
ster Form gegen den Nationalsozialismus gewandt und hier-  
durch mitbeigetragen, in den U.S.A. eine deutschfeind-  
liche Stimmung zu schaffen.

Trapp war früher eifriger Dolfuß- und Schuschnigg-  
Anhänger und stand den monarchistischen Kreisen sehr  
nahe. Beim Einmarsch der Deutschen Truppen in die Ost-  
mark hat sich Trapp nach Angaben von Zeugen wie folgt  
geäußert: "Jetzt haben wir auch die Deutschen Schweine  
heringen, ich kenne sie schon zur Genüge vom Weltkrieg  
her. Der Nationalsozialismus ist der Auswurf der Mensch-  
heit und es muß in Kürze in Deutschland zu einem Umsturz  
kommen."

Ich beabsichtige, das inländische Vermögen des von  
Trapp zugunsten des Deutschen Reiches einzuziehen zu las-  
sen und bitte um Stellungnahme, ob hiergegen Bedenken  
bestehen.

Von Trapp war während des Weltkrieges österreichi-  
scher Offizier und wurde nach dem Frieden, weil er aus

232

Triest

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amts befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



9

Triest stant, it-lichischer Staat

Im Auftrage:

gez. Jeske

Beglaubigt

*Wing.*

Karteileingestellte

K326724



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



erline, den X. Juli 1942

30 5 III 4201

an  
den Chef der Reichsbank:  
Lizenz des Reichsbank  
nach dem Abrechnen vom  
4. Juli 1942 - II St. 5  
Nr. 540/42 - 212-  
betr. Forderung des  
inländischen Bankverkehrs  
des Reichsbankverkehrs  
an der Reichsbank  
Ritter von Frey

K326725

an d. H. Prof. Karl Klingauf  
der Abrechnung:  
von 2 St. 212-  
i. d. H. 177  
St. 212-  
an d. H. Prof. Klingauf  
an d. H. Prof. Klingauf

wegen der beschriebenen  
Forderung des inländischen  
Bankverkehrs des  
Reichsbankverkehrs  
an der Reichsbank  
Ritter von Frey  
soll mit einer gewissen  
Mittelverteilung der  
Mittelverteilung der  
Mittelverteilung der  
Mittelverteilung der

wenden!

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



*[Handwritten signature]*



auch das sich ergibt, daß  
er nicht - und fort  
einen Bauschein aus  
stellt.

J. O.

(Kriegsgericht)

1917

1577

K326726

Reg. 1577

Übereinstimmung des vor/  
liegenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

en



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

Die Übereinstimmung des vor/  
liegenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



# Sicherheitshauptamt

A 5 Nr. 540<sup>II</sup>/42-212

In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum  
anzugeben

Berlin SW 11, den 24. September 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

Weiterleiten

DU

Berlin, den 26. 9. 42

An das  
Auswärtige Amt  
Berlin

K526733

Betr.: Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens.

Bezug: Schreiben vom 12.9.42 - D III 4201. - 5479

Die in dem dortigen Schreiben vom 12.9.1942 eingenommene  
Stellungnahme weicht von der bisher vertretenen Ansicht des  
Auswärtigen Amtes ab. Mit dem Auswärtigen Amt bestand bisher  
Übereinstimmung, daß außenpolitische Bedenken nur gegen die  
Einziehung von echtem feindlichem Vermögen bestehen, daß da-  
gegen die Feindvermögensgesetzgebung nicht dazu führen dürfe,  
daß z.B. Reichsdeutsche, die als Aufenthaltsfeinde der deut-  
schen Feindvermögensgesetzgebung unterliegen, dadurch beson-  
deren Schutz genießen und bei volks- und staatsfeindlicher Be-  
tätigung eine Einziehung ihres Vermögens unmöglich sei. Ich  
darf darauf hinweisen, daß diese Frage auch im Zusammenhang  
mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz mehrfach bespro-  
chen wurde, und auch hier wurde ausdrücklich klargestellt, daß  
die 11. Verordnung der Feindvermögensgesetzgebung vorgehe.

Bei entsprechender Anwendung dieser Gesichtspunkte auf  
den hier vorliegenden Fall des italienischen Staatsangehörigen  
von Trapp dürften sich daher aus seiner Eigenschaft als Auf-  
enthaltsfeind keine Bedenken gegen die Einziehung ergeben.  
Ich bitte daher, die dortige Stellungnahme nochmals nachzu-  
prüfen.

Im Auftrage

*Altinger*

Hey

81 - 322



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



Handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized 'S' followed by a flourish.

# Auswärtiges Amt

## Inland II A/B<sup>\*)</sup>

Betreff:

Niederlande

Judenvermögen

Band: —

vom

19 39,

bis

19 43.

Forts. Band: —

82 - 32  
Niederlande


**\*\*)**

<sup>\*)</sup> Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).  
<sup>\*\*)</sup>  Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



2



n-Rohr  
Senhora da Paz  
da Portugal

Estoril, den 11. März

K527763

Sr. Exellenz

Herrn Reichsmarschall Hermann Göring,

B e r l i n .

Ich bin Deutsche von Geburt und rein arisch.  
Mein Vater ist seit über 40 Jahren im Reichsdienst und  
mein Bruder ist Soldat im Deutschen Heere.

Seit über 20 Jahren bin ich mit einem nicht-  
arischen Holländer verheiratet. Mein Mann hat sich, obwohl  
Holländer von Geburt, am 2. August 1914 Kriegsfreiwillig  
gemeldet und war wohl einer der ersten Kriegsfreiwilligen,  
der mit dem eisernen Kreuz ausgezeichnet wurde. Sein jün-  
ster Bruder ist auf deutscher Seite in Frankreich gefal-  
len. Mein Mann hat, wie Sr. Exellenz aus beifolgendem Be-  
richt ersehen, vielen deutschen Reichswehrsoldaten das  
Leben gerettet.

Wir haben Holland im November 1939 verlassen  
um die Wintermonate in Portugal zu verbringen. Durch die  
Besetzung konnten wir nicht zurück. Unser Antrag, den wir  
im September 1940 bei der Deutschen Gesandtschaft in Lis-  
sabon stellten, wurde in der innerdeutschen Stelle abge-  
lehnt.

Um mich und meine Kinder sicher zu stellen  
waren mein Mann und ich uns übereingekommen uns zu tren-  
nen. Vor mehreren Monaten schon habe ich die Angelegenheit  
zur Durchführung der Scheidung einem hiesigem Anwalt über-  
geben. Ich glaubte, dass die Scheidung längst eingereicht  
sei und hörte dann zu meinem Erstaunen, dass der Anwalt  
in der Angelegenheit nichts unternommen hat, da die hier  
ausgesprochene Scheidung von der deutschen Behörde nicht  
anerkannt würde. Ich habe dann sofort Frau Martha Bahlo,

E554330

an 2. 11. 1947

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender ~~Minister~~ <sup>Legationsrat</sup>



*[Large handwritten signature]*



Düsseldorf, Klosterstrasse 144 den Auftrag gegeben die Scheidung in Deutschland einzureichen. Acht Tage später erhielt ich einen Brief von der Verwalterin unseres Vermögens, der obengenannten Frau Martha Bahlo, dass das Vermögen meines Mannes, mein Vermögen und das der Kinder vom Reich beschlagnahmt worden ist. Ein Grund hierfür ist uns nicht bekannt.

Mein 18jähriger Sohn hat vor einiger Zeit von dem hiesigen holländischen Konsulat die Aufforderung zur ärztlichen Untersuchung erhalten, er soll sich für den Heeresdienst nach England bereithalten. Ich weiss nicht was ich tun soll. Es geht doch nicht, dass mein Sohn der eine deutsche Mutter hat und dessen Vater für Deutschland gekämpft hat nun gegen Deutschland kämpfen soll.

Ich bitte Er. Exellenz zu veranlassen, dass die Beschlagnahme aufgehoben wird, sodass ich jetzt bzw. mein Mann oder ich nach meiner Scheidung über das Vermögen verfügen kann. Wenn die Beschlagnahme nicht aufgehoben wird, bin ich mit meinen drei erwachsenen Kindern vollständig mittellos.

Ich hoffe, dass Er. Exellenz mein Gesuch wohlwollend behandeln.

*J. Heymann - Köln*

K327364

E554331



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat





# Der Reichsminister Des Innern

Dol. S II A 5 Nr. 3361 III-IV/41-212-

Wird in der Antwort vorstehendes Gefühlszeichen u. Datum angegeben

An

das Auswärtige Amt

in Berlin W 8

Wilhelmstr. 74/76.

Berlin SW 11, den 3. Oktober 1942.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Schriftföhrer: Ostpreußen 12 00 40 Fernschreiber: 12 00 40

K327345

Betrifft: Eingaben der Frau Gertrud Heymann-Rohr vom 11.3. und 5.6.1942.

Bezug: Ihre Schreiben vom 8.5.1942 - D III 2617 - und vom 15.7.1942 - D III 3947 -.

Das Vermögen des Juden Heymann bestand aus 48 Grundstücken mit einem Gesamteinheitswert von etwa 1.050.000,- RM und aus Bankguthaben von zusammen rund 66.000 RM. Auf den Grundstücken waren zugunsten der Dresdner Bank Grundschuldforderungen in Höhe von 400.000 RM eingetragen. Die Bank ist von Heymann befriedigt worden. Die Grundschulden hätten demnach im Grundbuch gelöscht werden können. Heymann hat die Löschung aber nicht beantragt, weshalb die Grundschuld zu einer Eigentümergrundschuld geworden ist. Diese Eigentümergrundschuld hat Heymann am 20.9.1938 durch notariellen Vertrag an seine Ehefrau abgetreten, jedenfalls nur deshalb, um einen Teil seines Vermögens dem Zugriff des Staates zu entziehen. Eine Eintragung der Eigentümergrundschuld im Grundbuch auf die Ehefrau hat nicht stattgefunden. Das Bestehen der Grundschuld war nicht einmal der Vermögensverwalterin bekannt. Weiteres Vermögen der Ehefrau oder Vermögen der beiden Kinder war nicht vorhanden.

Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat das Vermögen der Eheleute zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen und die Einziehungsverfügung im Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger öffentlich bekannt gemacht. Die grundbuchmäßige Umschreibung der Grundstücke auf das Reich ist bereits erfolgt.

E554314

Im Auftrage:  
gez.: Dr. Bilfinger.

Beglaubigt:  
*Thürmer*  
Büroangestellte.

82 - 32 Niederl.

Be.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Landeshauptarchivs  
des Auswärtigen Amtes (Landlichen  
Vorlage wird beschleunigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



X



# Der Reichsminister Des Innern

Dol. S II A 5 Nr. 3361 VIII/41-212-

Nur in der Antwort vorstehendes Größtzeichen u. Datum anzugeben

das

würtige Amt

Berlin.

Berlin SW 11, den

Deing-Albrecht-Straße 8

Telefon: Ostseebereich 120040

12. Januar 1943

364

Betrifft: Eingabe der niederländischen Staatsangehörigen Frau Gertrud Heymann - Rohr, betreffend Einziehung des Vermögens ihres jüdischen Ehemannes Karl Heymann.

Bezug: Ihr Schreiben vom 28.10.1942 - D III 5947

Die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit des Juden Heymann und seiner Ehefrau nach dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7. 1933 - RGBL. I, S. 479 - habe ich seinerzeit getroffen, weil es meines Dafürhaltens keinem Zweifel unterliegen kann, daß der Genannte sich entsprechend der Einstellung des Gesamtjudentums zum Dritten Reich im Ausland deutschfeindlich betätigt. Auf Grund der in Ihrem Schreiben vom 8. Mai 1942 - D III 2617 - geäußerten Bedenken habe ich den Fall erneut überprüft und halte es für angebracht, von der Aufhebung der Einziehungsverfügung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf abzusehen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als hätten die Voraussetzungen für die Vermögenseinziehung nicht vorgelegen und um nicht einen Berufungsfall zu schaffen. Hinzu kommt, daß der Oberfinanzpräsident in Düsseldorf die eingezogenen Vermögenswerte, wozu u.a. 48 Grundstücke gehören, die im Grundbuch bereits auf das Reich umgeschrieben sind, inzwischen verwertet hat, so daß eine Aufhebung der Einziehung erhebliche Schwierigkeiten zur Folge haben würde. Wenn jedoch trotz dieser meiner Bedenken aus zwingenden außenpolitischen Gründen die getroffenen Maßnahmen aufgehoben werden sollen, so würde dies von hieraus durch Widerruf der Feststellung und Einziehung wohl möglich sein,

in

K327360

E554327

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



*[Large handwritten flourish or signature]*

in der Praxis aber darauf hinauslaufen, daß der Reichs-  
finanzminister infolge der bereits vorgenommenen Ver-  
wertung des eingezogenen Vermögens den Betroffenen  
nur den Erlös zur Verfügung stellen könnte. Es ist  
dann damit zu rechnen, daß Heymann gegen das Reich  
Schadensersatzansprüche geltend machen würde.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger

Beglaubigt  
*Chimma*  
Büroangestellter

K327361

6341003

7524253

E554328



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



[Handwritten signature/initials]

# Der Reichsminister Des Innern

S IV B 4 c<sup>1</sup> Nr. 195/43 -.

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin W 8  
Wilhelmstr. 74/76.

Berlin SW 11, den 5. Mai 1943

Deing-Albrecht-Straße 8

Sernsprecher: Ortsverleiher 120040 - Fernverleiher 126421

Auswärtiges Amt  
Inl. A 3899  
14. MAI 1943

K327370

Betrifft: Einziehung des Vermögens des Juden Karl Heymann.  
Bezug: Ihr Schreiben vom 18.3.1943 - D III 2120 -.

-----

Gegen eine Rückkehr der deutschblütigen Ehefrau des Juden Heymann nach vollzogener Scheidung und der beiden Töchter - Mischlinge I. Grades - ins Reich habe ich keine Bedenken. Auf den Erlaß des Reichssicherheitshauptamtes vom 30.1.1943 - II A 5 Nr. 740<sup>V</sup>/42-212-5- betreffend Ausbürgerung von jüdischen Mischlingen und Angehörigen

von

E554337



(Dr. Sasse)  
**Vortragender Legationsrat**

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 2. 67

*Sasse*



(Dr. Sasse)  
**Vortragender Legationsrat**



Juden - dortiger Vorgang D III - 7009 - darf ich Bezug ne  
Die Freigabe des eingezogenen Vermögens halte ich jedoch  
nach wie vor nicht für angebracht.

Für den Fall, daß Frau Heymann-Rohr und ihre beiden  
Töchter nach ihrer Rückkehr ins Reich ihren Lebensunter-  
halt nicht selbst verdienen können, bliebe zu erwägen, ob  
der Ehefrau ein Teil ihres eingezogenen Vermögens als  
Härteausgleich zur Verfügung zu stellen ist. Die Ent-  
scheidung hierüber würde der Reichsminister der Finanzen  
zu treffen haben.

K527371

Im Auftrage:  
gez. Hunsche

Beglaubigt:

*Basenach*  
Kanzleiangestellte

E554338

Bu

Bonn, den

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



# Auswärtiges Amt

## Inland II A/B<sup>\*)</sup>

Betreff:

Rumänien

Judenvermögen

Band: —

vom

19 40,

bis

19 44.

Forts. Band: —

82 - 32

Rumänien


<sup>\*\*)</sup>

<sup>\*)</sup> Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).

<sup>\*\*)</sup>  Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

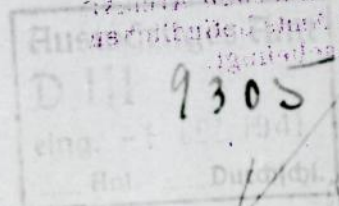
Handwritten signature or mark.

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 25. November 1941  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

5 - Nr. 3388/41-212-

Amort vorstehendes Gefährdungszeichen u. Datum anzugeben



Auswärtige Amt  
Berlin

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.  
Bezug: Ohne.

Der Jude Abraham Itzig K a t z , geb. am 20.3. 1864 in Stanistie, Bukowina, ist mit seiner Ehefrau Bluma geb. Wald, geb. am 15.8.1866 in Wien, im Jahre 1938 nach Basel geflüchtet. Die Eheleute Katz bes/itzen die rumänische Staatsangehörigkeit.

Sie haben der Vaterländischen Front als Mitglieder angehört. Die Parteitendenz der Vaterländischen Front war hauptsächlich auf die Bekämpfung nationalsozialistischer Parteimitglieder in Österreich ausgerichtet und bezweckte, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu verhindern.

Da die Voraussetzungen für die Einziehung des Vermögens nach der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18.1.1938 - RGBl. I, S. 1620 - vorliegen, beabsichtige ich, die Beschlagnahme des Vermögens durchzuführen und bitte um die dortige Zustimmung.

K527932

Im Auftrage:  
gez. Richter.

Beglaubigt:

Lippke



Sehn.

82-32

Rinn

Übereinstimmung des vor/ *unser*  
ehenden Textes mit der bei  
Akten des Politischen Archivs  
Auswärtigen Amtes befindlichen *Vorlage*  
ge wird bescheinigt.

, den

8. 1. 67

*Sasse*



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

*[Large handwritten mark, possibly a stylized 'Z' or 'X']*



## Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Berlin SW 11, den 14. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
fern/premier: 12 00 40

A 5 Nr. 1232/41 - 212 -

Bei Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Auswärtige Amt  
Berlin W 8.

K527983

Betrifft: Vermögen von Juden, die rumänische Staatsangehörige sind. (1944 30)

Ich beabsichtige, zur Einziehung von Vermögen der jüdischen Eheleute Hans P o p p e r , geboren am 7.6.1891 in Wien, rumänischer Staatsangehöriger und Elise Popper, geborene Goldsand, am 9.11.1893 in Wien geboren, zuletzt Wien 18, Türkenschanzstraße 25/I, wohnhaft gewesen, jetzt in New York, nach § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18.11.1938 - RGBl. I S. 1620 - die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit zu veranlassen. Die Voraussetzungen hierfür erscheinen gegeben, da die Genannten der Vaterländischen Front angehört haben, jener Kampforganisation der Systemregierung, welche den ausschließlichen Zweck hatte, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu verhindern. Das zur Einziehung kommende Vermögen besteht aus einer Villa in Wien im Werte von 56667,-- RM und einem Grundstück in Velden am See im Werte von 14700,-- M.

Handlungsgestellte. Gs

Die Übereinstimmung des vor/  
mstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

*[Large handwritten signature]*



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

I A 5 Nr. 1226/41 - 212 -

In der Antwort vorstehendes **St.** bezeichnen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 15. Januar 1942  
Deing-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

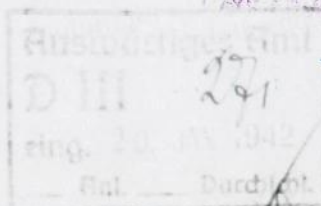
Weiterleiten an

Du bittet um **Beteiligung**

Berlin, den 20. 1. 42

an das Auswärtige Amt

an Berlin W. 8



Betrifft: Vermögen jüdischer Eheleute, die rumänische Staatsangehörige sind.

*zyl* *Ma 3089*  
Ich beabsichtige, zur Einziehung von Vermögen der jüdischen Eheleute Wilhelm Schiller, geboren am 17.7.38 in Jari (Rumänien), rumänischer Staatsangehöriger, zuletzt Wien 19, Obkircherg. 42 wohnhaft gewesen und Bronislawa Schiller, geb. Kornhäuser, geboren am 6.6.92 in Dobrzanica (ehem. Polen), und ihrer Kinder Stefan, geboren am 25.7.19 in Krakau, und Mia, geboren am 30.11.26 in Wien, jetzt sämtlich in Paris wohnhaft, nach § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18.11.38 (RGBl. I S. 1620) die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit zu veranlassen. Die Voraussetzungen hierfür erscheinen gegeben, da Schiller einem legitimistischen Verband angehört hat, dessen Aufgabe es war, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu verhindern. Das zur Einziehung kommende Vermögen besteht aus 2 Liegenschaften.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beabsichtigte Maßnahme Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Richter

K527959

Beglaubigt:

*Lippke*  
Kanzleiangeestellte.

Kr

82-32

*Rum*



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den

8.1.67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

Handwritten signature or mark.

31. MRZ. 1942

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

I A 5 - Nr. 1270<sup>II</sup>/41-212-  
in der Antwort aufstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 23. März 1942.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ortsansicht 12.00.40 - Ferngeheft 12.64.21

Artige Amt - D III.  
Berlin.

Berlin, den 24. 4. 42

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.

Bezug: Ohne.

Der Jude und rumänische Staatsangehörige Sulem (Salomon) Calmanowitz, geb. am 29.4.1888 in Botosani/Rumänien, zuletzt in Leipzig, jetzt in Sao Paulo wohnend, und der Jude und costericanische Staatsangehörige Hermann Israel Calmanowitz, geb. am 11.2.1896 in Leipzig, jetzt in Costa-Rica wohnend, haben vor der Machtergreifung mit linksgerichteten Organisationen sympathisiert und sich für die Erreichung marxistischer Ziele aktiv eingesetzt. Im Verein mit anderen Juden haben sie im Jahre 1928 Mitglieder der NSDAP überfallen und mißhandelt. Im Hinblick auf ihre deutschfeindliche Einstellung und Tätigkeit beabsichtige ich daher, ihre Vermögenswerte nach den Bestimmungen über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens einzuziehen und bitte um die dortige Zustimmung.

K527969

Im Auftrage:  
gez. Neifeind

Beglaubigt:

*Lippach*  
Kanzleiangestellte.

NW.

82-32 Rumänien

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.68

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

X



**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

A 5 -Nr. 310/42-212-

der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

is Auswärtige Amt

Berlin W 8.

*Meyer, Norbert (Seite 2)*

*17.4.42*

Berlin SW 11, den  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

22. April

194 2

*BfA.*

weiterleitet an  
D-U Amt um Beteiligung

Berlin, den

2486

Betrifft: Einziehung inländischen Vermögens der jüdischen Eheleute  
rumänischer Staatsangehörigkeit Norbert Brenner,  
geb. 10.6.1896 in Storojenitz, und Margarethe, geb.  
Marchfeld, geb. 2.6.1905.

K327977

Die Obengenannten, die sich jetzt in Sidney (Australien) aufhalten, haben sich durch finanzielle Unterstützung der früheren österreichischen Vaterländischen Front volks- und staatsfeindlich betätigt. Ich beabsichtige deshalb, ihr inländisches Vermögen zugunsten des Deutschen Reiches einziehen zu lassen.

Unter Hinweis auf die dortige Zustimmung in einem ähnlichen

Falle

82-32 *Rümmen*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 7. 67

Sasse


(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



Falle - Nr. D III 9305 - bitte ich um Stellungnahme, ob gegen  
die Einziehung Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Bilfinger

Beglaubigt:

  
*Keller*  
Kanzleiangeestellte  
Bu.

K327978



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



# Auswärtiges Amt

## Inland II A/B<sup>\*)</sup>

Betreff:

Slowakei

Judenvermögen

Band: —

vom

1938,

bis

1944.

Forts. Band: —

82 - 32 Szh.  
Slowakei


\*\*)

\*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).  
\*\*) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

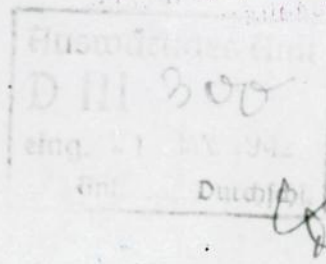
*[Large handwritten signature]*



20. Jan 1942  
**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

II A 5 Nr. 3417/41 - 218 -  
Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 15. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 81  
Fernsprecher: Ortsamt 12 00 40 Fernamt 12 00 41



An  
das Auswärtige Amt  
Berlin W 8

**K328191**

Betrifft: Vermögen einer Jüdin, die slowakische Staatsangehörige ist.

-----  
Ich beabsichtige zur Einziehung von Vermögen der Jüdin Eugenie Ertler, geb. Gellis, geboren am 22.10.87 in Sopron, slowakische Staatsangehörige, zuletzt Wien VII, Mariahilferstrasse 80, wohnhaft gewesen, zur Zeit in Pressburg, die nach § 1 Abs. 2 der Verordnung zur Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18.11.1938 (RGBl. I S. 1620) erforderliche Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit zu veranlassen.

Die Jüdin gehörte der Vaterländischen Front an, einer Kampforganisation der Systemregierung, welche den ausschliesslichen Zweck hatte, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu verhindern. Ausserdem wurde die Genannte am 24.6.38 wegen Übertretung von Devisenvorschriften zu 3000,- RM und 1 Monat Arrest verurteilt.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Feststellung, dass die Bestrebungen der Ertler volks- und staatsfeindlich gewesen sind, erscheinen hiernach gegeben. Ihr Vermögen besteht aus 2 Grundstücken und einer Geflügelfarm.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beabsichtigte Massnahme Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Richter

Beglaubigt:  
*Richter*  
Kanzleiangestellte

Schn

*He*  
**wenden!**

82-32

Übereinstimmung des vor/ *min*  
stehenden Textes mit der bei  
Akten des Politischen Archivs *Vor*  
Auswärtigen Amtes befindlichen  
lage wird bescheinigt.  
n, den

*8. 1. 67*

*Sasse*



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

*[Large handwritten signature]*

A.A. also 16. APR 1942

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den **15. April** 194 **2**  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 1200 40

II A 5 Nr. 3417/41-212-

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt - D III -  
in Berlin W 8

K328192

*Eugenie Erster Hofallee*

Betrifft: Vermögen einer Jüdin, die slowakische Staatsangehörige  
ist.

-----  
Für baldige Beantwortung meines Schreibens vom 15.1.1942

*In 300* - II A 5 Nr. 3417/41-212- wäre ich dankbar.

Im Auftrage:

gez. Dr. Bilfinger

Beglaubigt:

*Keller*  
Kanzleiangestellte

Sohn

*82-72 Hov*





(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

*Sasse*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



Berlin, den 18. September 1942 | zu D III 300

1. An

dem Chef der Reichswehrpolizei

und des R.D.

Auf die Telegramme vom 15. Januar

~~und~~ und 15. April 1942 -

II A 5 Nr. 3417/41 - 212 -

betr. Eingekauf von Kammern der

flamantischen Kammern der

Polizei für die Polizei

Gallie

K528194

Prof. i. H. Prof. R. Klingenstein

Kauf Abg.

in Pol. II

g. gl. H.

Es ist zu beachten, dass die

Eingekauf der Kammern

aus der Polizei für die

Kammern z. H. noch be-

stehen, das mit der

flamantischen Kammern

bisher kein Zusammenhang

besteht. Es ist zu beachten,

dass die Kammern

in Mitteilung folgen

sind.

7. D.

l. z. d. O.

R.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

*[Large, stylized signature]*



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

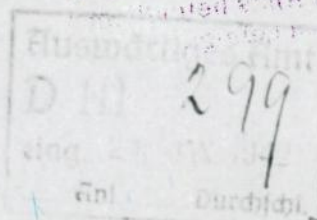
II A 5 Nr. 3381<sup>II</sup>/41 - 212 -

Bitte in der Antwort vorliegendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 15. Januar 1942

Prinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ortsvorwahl 12 00 40; Fernvorwahl 12 64 21



In

das Auswärtige Amt

Berlin W 8

K328202

Betrifft: Vermögen eines verstorbenen Juden, der slowakischer Staatsangehöriger war.

Der am 1.8.39 verstorbene Jude Adolf (auch Albert) Friedmann, geboren am 25.5.72 in Tapolesany, zuletzt Wien I, Schwarzenbergplatz 17, wohnhaft gewesen, war vom Jahre 1912 bis 20.4.38 deutscher Staatsangehöriger. Anlässlich der Wiedervereinigung der Ostmark mit dem Deutschen Reich wanderte Friedmann in die damalige CSR. aus, wurde tschechoslowakischer Staatsangehöriger und nach Errichtung des Slowakischen Staates slowakischer Staatsbürger. Als Erben seines aus mehreren in Wien gelegenen Liegenschaftsanteilen bestehenden Vermögens werden 4 ungarische, 1 englischer und 2 amerikanische Staatsangehörige genannt.

Während seines Aufenthalts in Wien war F. Mitglied jener als "Vaterländische Front" bezeichneten Kampforganisation, die den ausschliesslichen Zweck verfolgte, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu verhindern.

Ich beabsichtige, das hinterlassene Vermögen des Friedmann einzuziehen und hierzu nach § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18.11.38 (RGBl. I S. 1620) die objektive Feststellung zu veranlassen, das Vermögen habe zur Förderung volks- und staatsfeindlicher Bestrebungen gedient. Die Voraussetzungen hierfür erscheinen mit Rücksicht auf die politische Betätigung des Friedmann gegeben.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beabsichtigte Massnahme Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Richter

Beglaubigt:

Kanzleiangestellte

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

Handwritten signature in black ink.



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 19. Januar 1942.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

II A 5 - Nr. 1230/41-212-.

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin W 8.

318  
Weiterleiten an  
DU bittet um Beteiligung  
Berlin, den

Betrifft: Einziehung des inländischen Vermögens eines Juden,  
der slowakischer Staatsangehöriger ist.

- - - - -

Ich beabsichtige, Vermögen des Juden Alader Strauss,  
geb. am 22.3.1906 in Senici, (ehem. CSR), slowakischer Staats-  
angehöriger, zuletzt in Wien 2, Malzgasse 12 wohnhaft gewesen,  
jetzt in Palästina, einziehen und hierzu die nach § 1 Abs. 2 der  
Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen  
Vermögens im Lande Österreich vom 13.11.1933 - RGBl. I, S. 1620 -  
erforderliche Volks- und Staatsfeindlichkeit feststellen zu las-  
sen.

Der Genannte gehörte der Vaterländischen Front an, einer  
Kampforganisation der Systemregierung, die den ausschließlichen  
Zweck hatte, die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen  
Reich zu verhindern. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die  
Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit sind hiernach  
gegeben.

Das Vermögen besteht aus Wertpapieren und Geschäftsanteilen  
im Gesamtwerte von etwa 20.000.--RM.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beabsichtigte  
Maßnahme Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Richter.

K328270

Beglaubigt:  
*Lippich*  
Kanzleigestellte.

82-32 Lör



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



*[Large handwritten signature]*

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 19. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

II A 5 Nr. 1228/41 - 212 -

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin W 8

Vf  
Weiterleiten an  
DU bittet um Beteiligung  
Berlin, den 19.1.42

10.7  
eing.  
Aufg. Durchschl.

Betrifft: Einziehung des inländischen Vermögens von Juden, die slowakische Staatsangehörige sind.

Ich beabsichtige, Vermögen des Juden Leopold Steiner, geboren am 6. 9. 1893 in Wien, slowakischer Staatsangehöriger, zuletzt in Wien 9, Seegasse 7 wohnhaft gewesen, jetzt in Sao Paulo (Südamerika), seiner Ehefrau Margarethe, geb. Pollak, geboren am 3. 7. 1896 in Wien und ihrer Tochter Hannelore, geboren am 9. 10. 1928 in Wien, einziehen und hierzu die nach § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens im Lande Österreich vom 18. 11. 1938 - RGBl. I, S. 1620-erforderliche Volks- und Staatsfeindlichkeit feststellen zu lassen.

Der Genannte war Mitglied einer linksgerichteten Partei (SPÖ), die internationale Bestrebungen gefördert, den Nationalsozialismus bekämpft und die "Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu verhindern versucht hat.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit sind hiernach gegeben.

Das Vermögen besteht aus einem Grundstück in Wien im Werte von etwa 37.800.--RM.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beabsichtigte Maßnahme Bedenken bestehen.

K328211

Im Auftrage:  
gez. Richter

Beglaubigt:

Lippich  
Kanzleiangestellte



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

*[Large handwritten signature]*



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

II A 5 Nr. 33/42-212-

Bitte in der Antwort nachfolgendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An das

Auswärtige Amt (D III)

in B e r l i n W 8.  
-----

Berlin SW 68, den 4. Februar 1942.  
Wilhelmstraße 102

K328196

Betrifft: Vermögen eines im Ausland befindlichen Juden,  
der slowakischer Staatsangehöriger ist.

- - - -

Ich beabsichtige, das Vermögen des Juden Oskar  
Mittler, geb. am 26.9. 1879 in Wien, slowakischer Staats-  
angehöriger, früher in Wien I., Bräunerstr. 5 wohnhaft  
gewesen, jetzt in Buenos-Aires, wegen volks- und staats-  
feindlicher Bestrebungen des Mittler einziehen zu lassen.  
Die Voraussetzungen hierfür sind gegeben, weil Mittler  
der Vaterländischen Front, also einer Kampforganisation  
angehört hat, die den ausschließlichen Zweck hatte, die  
Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich zu  
verhindern.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beab-  
sichtigte Maßnahme außenpolitische Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Bilfinger

Begleitet:  
*Kupisch*  
Kanzleiangestellte.

SO.

82-32

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

Handwritten signature or mark.

39/75

# Auswärtiges Amt

Inland II A/B<sup>\*)</sup>

30/2

Betreff: Judenvermögen: Schweiz

Band:

7

vom

1938,

bis

1943.

Forts. Band: 2

82-32 Schweiz


\*\*) )

\*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).  
\*\*) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
**Vortragender Legationsrat**

5

27. FEB 1942

Reichsminister des Innern

S II A 5 127<sup>VIII</sup>/41-212-

In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

an

das Auswärtige Amt

Berlin W 8.

Berlin SW 11, den  
Deing-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 120040

20. Februar

194

K328472

Betrifft: Eingezeichnetes Vermögen des Juden und schweizerischen Staatsangehörigen Max Maier, geb. am 1.6.1889 in Müllheim, wohnhaft in Basel.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 15.12.1941 - Nr. D III 9271--.

-----

Der Jude Max Maier war früher Reichsdeutscher und besitzt jetzt die schweizerische Staatsangehörigkeit. Er wohnt seit dem Jahre 1928 in der Schweiz.

Im Jahre 1934 gründeten die schweizerischen Staatsangehörigen Dr. Delpy und Dr. Jürgensen in Freiburg im Breisgau die Firma Durold G.m.b.H. Maier hatte seine Hilfe zur Gründung dieser Firma zugesagt. Die Ehefrau des Maier besass bei der Kreis-Hypothekenbank in Lörrach (Baden), auf deren Geschäftsführung Maier als Großaktionär einen erheblichen Einfluß ausübte, ein größeres <sup>markte</sup> Altsperre Guthaben. Aus diesem Guthaben stellte Maier den Betrag von 17.000.--RM zur Firmengründung zur Verfügung. Da jedoch die Freigabe von Sperrmarkguthaben nur an Inländer erfolgen konnte, wurde die Schwiegermutter des Dr. Delpy, die Reichsdeutsche Wilhelmine Reinhardt, wohnhaft in Freiburg i./Br., vorgeschoben. Maier stellte der Frau Reinhardt aus dem Sperrmarkguthaben seiner Frau den Betrag von 17.000.--RM als angebliches Darlehn zur Verfügung. Dieser Betrag wurde auf Antrag der Frau Reinhardt von der Devisenstelle in Freiburg zum Zwecke der obengenannten Firmengründung freigegeben und gelangte so in den Besitz des Dr. Delpy. Dieser hatte von seiner in der Schweiz wohnenden Mutter eine Hypothekenforderung in Höhe von 15.000.--sfrs. für den Aufbau der zu gründenden Firma erhalten. Der Jude Maier trat gegen Zahlung eines Betrags von 11.250.--sfrs. in

bar

82-34 Schwing

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den

8.1.67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



S



bar und Ausstellung eines Schuldscheines über 650.-- sfrs. seine Forderung gegen Frau Reinhardt in Höhe des Sperrmarkbetrages von 17.000.-- RM an Dr. Delpy ab. Durch diese Handlungen soll es Juden Maier den Gegenwert für die 17.000 Sperrmark zu erhalten. Von einer Strafverfolgung mußte abgesehen werden, da Maier nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt und die Tat im Auslande begangen hat.

Auf Grund des vorgenannten Sachverhalts habe ich nach dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 - RGBl. I S. 479 - die zur Einziehung erforderliche Feststellung getroffen, daß die Bestrebungen des Juden Maier und seiner Ehefrau volks- und staatsfeindlich gewesen sind. Das im Inlande befindliche Vermögen der Vorgenannten wurde durch Beschluß des Reichspräsidenten in Regensburg eingezogen.

Der Jude Maier hatte mit Schreiben vom 27.10.1941 an das Reichswirtschaftsministerium Einspruch gegen die Einziehung des Vermögens erhoben. Das Schreiben ist an das Reichswirtschaftsministerium über abgegeben worden.

Das Reichswirtschaftsministerium hat beantragt, der Schweizerischen Gesandtschaft mitzuteilen, daß sich infolge des wirtschaftsschädigenden Verhaltens des Juden Maier außerstande sehen, die getroffenen Maßnahmen abzuändern oder aufzuheben.

Maier hat sich mündlich mit dem Reichswirtschaftsministerium auseinandergesetzt. Im Auftrage:

§ 69 Abs. 1 Ziffer 1 und 4 des Ges. Dr. Bilfinger

Geprüfter Akteur des Reichs

Ernennungsurkunde vom 12.12.1938

Spillberg Gmünd

Beglaubigt

Lippert

Kanzleiangehöriger

K328473

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vertragender Legationsrat



*[Large handwritten flourish or signature]*



**er Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

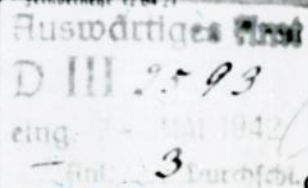
Berlin SW 11, den  
Prinz-Albrecht-Straße 8

29. April

1942

B 4, b-4 -- M. 12669 -

In der Antwort vorliegendes Geheißzeichen u. Datum anzugeben



An das

Weiterleitung an  
DU - um Genehmigung  
Berlin, den

Auswärtige Amt

Berlin W 8

Wilhelmstr. 74-76

Betrifft: Prüfung der Voraussetzungen für den Vermögens-  
verfall auf Grund der Elften Verordnung zum  
Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 (RGBl. I, S.  
722) bei dem Juden Alfred Maier, geb.am  
5.8.1877, wohnhaft in Zürich, Alfred Escherstr.  
24.

Bezug: Ohne.

Anlagen: 3 Durchschriften.

K328454

Der obengenannte Jude unterhält bei der Stuttgarter  
Bank in Stuttgart ein Bankguthaben, aus denen er an eine im In-  
lande befindliche Jüdin eine Unterstützungszahlung leisten will.  
Die Bank bittet um Prüfung, ob das Guthaben auf Grund des § 3  
der vorbezeichneten Verordnung dem Reiche verfallen ist, und hat  
dieserhalb eine Bescheinigung des Zivilstandesamtes der Stadt  
Zürich - Abteilung für Familienregister - vom 30.1.1942 beigelegt,  
nach der der Jude Maier und seine Ehefrau Hedwig geb. Strauss,  
geb.am 30.7.1894, das Bürgerrecht der Stadt Zürich und damit die  
schweizerische Staatsangehörigkeit besitzen. In der Bescheinigung  
ist jedoch der Zeitpunkt des Erwerbs der schweizerischen Staats-  
angehörigkeit nicht angegeben.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amts befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

45

Zur Prüfung der Frage, ob das Vermögen des  
Juden Maier auf Grund obiger Verordnung dem Reiche  
verfallen ist, bitte ich, durch die zuständige  
Deutsche Auslandsvertretung den Zeitpunkt des Er-  
werbs der schweizerischen Staatsangehörigkeit fest-  
stellen zu lassen und mich hiervon in Kenntnis zu  
setzen.

Da die Angelegenheit eilt, darf ich um be-  
schleunigte Behandlung meiner Anfrage bitten.

Im Auftrage:

gez. F r a n k e n.



Beglaubigt:

Kanzleiangestellte

K328455

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

*[Large stylized signature]*



25. JUN 1942

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 25. Juni 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

II A 5 Nr. 380/42-212-

in der Antwort vorstehendes Gefühlszeichen u. Datum anzuzeigen

An  
das Auswärtige Amt  
- D III -  
in Berlin.

Bla

27.6.42

Auswärtiges Amt  
D III 3872  
eing. 30. JUN 1942  
Y Amt Durchsch.

**Betrifft:** Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit des  
Juden und schweizerischen Staatsangehörigen Max Maier  
und seiner Ehefrau Berte geb. Levi.  
**Bezug:** Dortiges Schreiben vom 24. 4. 1942 - D III 1198 -.  
**Anlagen:** 4 beglaubigte Abschriften.

Wie ich bereits in meinem Schreiben vom 20. 2. 1942 - II  
A 5 - Nr. 127<sup>VIII</sup>/42-212- angeführt habe, hat der Jude Max Maier  
aus dem Altsperrguthaben seiner Ehefrau Berte geb. Levi bei der  
Kreis-Hypothekenbank in Lörrach zur angeblichen Gründung der  
Firma Duroid G. m. b. H. den Betrag von 17.000.--RM zur Verfügung  
gestellt. Die Freigabe dieses Sperrguthabens und die Überweisung  
an die Ehefrau Wilhelmine Reinhardt - Bipp konnte nur mit Wissen  
und Billigung der Ehefrau des Juden Maier erfolgen. Über den  
Empfang dieses Betrages hat die Ehefrau Reinhardt-Bipp den in  
Abschrift beigefügten Schuldschein ausgestellt. Damit ist die  
Mitwirkung der Ehefrau Maier an den Handlungen ihres Ehemannes  
erwiesen.

Der Jude Maier trat am 24. 7. 1934 gegen Zahlung von  
11.250- sfr. und Ausstellung eines Schuldscheines über 650.--sfr.  
die Forderung an Frau Reinhardt- Bipp an den Mitinhaber der Fa.  
Duroid G. m. b. H. , Dr. Delpy, ab. Maier stellte darüber die  
in Abschrift beigefügte Abtretungsurkunde aus. Die Entgegen-  
nahme des vorstehend angeführten Betrages dürften als Vollendung  
der Handlungen des Juden Maier anzusehen sein.

*W. H. S. I. Roscher  
Mit Beglaubigung auf den  
Blatt-Platz der Aufzeichnung  
von*

Im Auftrage:  
gez. Dr. Bilfinger

K328486

Beglaubigt:  
Thürmer  
Kanzleiangestellte

82-31 Lörrach

Th

Übereinstimmung des vor<sup>stehenden</sup> Textes mit der bei  
n Akten des Politischen Archivs  
s Auswärtigen Amts befindlichen Vor-  
erlage wird bescheinigt.  
onn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

X



**er Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 4. März 1943  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

A 5 Nr. 116/43-212-

in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

an das  
Auswärtige Amt  
- D III -  
in Berlin W 8

Betrifft: Beabsichtigte Einziehung des inländischen Vermögens  
einer Jüdin schweizerischer Staatsangehörigkeit.

Anlagen: 1 Abwesenheitsurteil.

Nach dem mit der Bitte um Rückgabe beigefügten Abwesen-  
heitsurteil wurde die Jüdin schweizerischer Staatsangehörigkeit  
Nelly Traxler geb. Bum, wegen Devisenvergehens in vier Fällen  
zu einer Gesamtstrafe von einem Jahr 5 Monaten Gefängnis  
und zu Geldstrafen von 30.000,- , 20.000,-, 28.000,- und  
90.000,- RM verurteilt.

K328574 Mit

82 - 22 Kreis



(Dr. Sasse)  
**Vortragender Legationsrat**

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
**Vortragender Legationsrat**



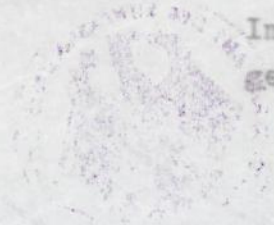
23281724  
25

...  
...  
...  
...

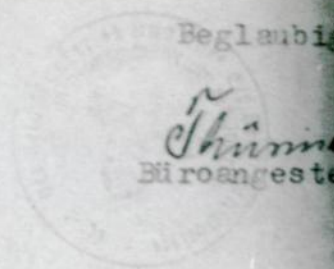
Mit Rücksicht auf das staatsabträgliche Verhalten der Genannten beabsichtige ich, ihr inländischer Vermögen das nach Deckung der Geldstrafen noch etwa 140.000,- RM betragen dürfte, zugunsten des Reiches einziehen zu lassen.

Ich bitte um Mitteilung, ob gegen die Einziehung Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Dr. Bilfinger



K328575



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



*[Handwritten signature]*



7 B 4 b-4 O. 2351

INFLA 4777

Date: \_\_\_\_\_ Page: 1/10

Auswärtige Amt

Berlin W 8

Wilhelmstr. 74-76

Betrifft: Die Jüdin Olga O b e r m a y e r,  
geb. am 24.5.1886 in Würzburg,  
zuletzt wohnhaft in Würzburg.

Bezug: Schreiben vom 17.4.1943 - Nr. Inl.  
II A 3129 7/1

Für die Verwaltung und Verwertung des  
aufgrund der Elften Verordnung zum Reichsbürger-  
gesetz dem Reich verfallenen Vermögens der Jüdin  
Obermayer ist allein der Oberfinanzpräsident  
Nürnberg in Nürnberg zuständig.

Ich habe daher das dortige Schreiben vom 17.4.1943 nebst Anlage dem Reichsminister der Finanzen in Berlin zuständigkeitshalber übersandt.

Im Auftrage:

gez. Hunsche

A.

F. & O.

K328564

Flu, Nov 22. D. 1973

302 Subjekt:

Kanzleangestellte

Fig 22 2-24-92

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



S

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 68, den 26. Mai 1943.  
Wilhelmstraße 102

Nr. 116/43 -.

K325582

4521

Vfg.

Weiterleiten an  
Hilf. II B bittet um Beteiligung

Berlin, den

Auswärtige Amt  
Berlin W 8  
Wilhelmstr. 74 - 76.

Betrifft: Beabsichtigte Einziehung des inländischen Vermögens der  
Jüdin schweizerischer Staatsangehörigkeit Nelly Trax-  
ler geb. Bum. in Zürich.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 30.4.1943 - D III 2093 *bb*

Die Einziehung des inländischen Vermögens der Obengenannten  
würde auf das Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermö-  
gens vom 26.5.1933 - RGBI. I, S. 293 - in Verbindung mit dem Ge-  
setz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens  
vom 14.7.1933 - RGBI. I, S. 479 - zu stützen sein. Vorher würde

der

82-32 *Thurmer*





**(Dr. Sasse)**  
**Vortragender Legationsrat**

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit den bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

*Sasse*

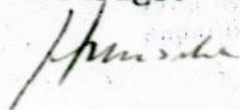
**(Dr. Sasse)**  
**Vortragender Legationsrat**



der Reichsminister des Innern nach dem vorbezeichneten Gesetz vom 14.7.1933 die Feststellung zu treffen haben, daß die Bestrebungen der Jüdin Traxler volks- und staatsfeindlich gewesen sind.

Für eine beschleunigte Stellungnahme wäre ich dankbar.

Im Auftrage:



K328783



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 07

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat





**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 22. Juni  
Prinz-Albrecht-Straße 81

194 3

Fernsprecher: Ortsvorkehr 120040 - Fernvorkehr 126421  
Reichsbankguthaben: 1146 - Postfachkonto Berlin 2385

B 4 c <sup>1</sup> Nr. 116/43 -.

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt

- R II -

z.Hd. von Herrn Amtsgerichtsrat Scheer

in Berlin

Am Karlsbad 8.

Weiterleiten *an Int. J. 4 an Reichs*

Inl. II B bitten um Bestätigung

27. 6. 43

K328584

Betrifft: Beabsichtigte Einziehung des inländischen Vermögens  
der Jüdin schweizerischer Staatsangehörigkeit Nelly  
Traxler, geb. Bum, in Zürich.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 30.4.1943 - D-III 2093 -.

Anlagen: 1 Abwesenheitsurteil.

Unter Bezugnahme auf die fernmündliche Besprechung am  
19. ds.Ms. wird nochmals das gewünschte Urteil mit der Bitte

*an 5m*

um

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

*Sasse*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



um Rückgabe übersandt.

Im Auftrage:  
gez. J e s k e

Beglaubigt:

K528585

*Raschack*  
Kanzleiangeestellte

Bln., d. 3. Juli 1943

Urschriftlich  
dem  
Herrn Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 11  
Prinz-Albrecht-Str. 8

zurückgereicht.

*Yper*



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

*Sasse*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 20. September 1943.  
Prinz-Albrecht-Straße 8

Ortsanruf 12 00 40 · Fernanruf 12 64 21

Reichsbankgirokonto: 1/146 · Postscheckkonto: Berlin 2386

B 4 c 1 Nr. 116/43 -.

Wie im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichens, das Datum und  
den Gegenstand angeben

an  
das Auswärtige Amt  
in Berlin W 8  
Wilhelmstr. 74-76.

Betrifft: Inländisches Vermögen der Jüdin Nelly Traxler.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 26.7.1943 - Inl. II A 9421 -.

In der oben bezeichneten Angelegenheit ist die Freigabe  
des inländischen Vermögens veranlaßt worden.

Im Auftrage:

gez. H u n s c h e

K328595

Verlaubt:

*Rosenfeld*

Kriegsfinanzstelle

82-22 Pfneig

K1

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat





30/3

Schweiz  
Judenvermögen

19 45

\_\_\_\_\_

82-32  
Schweiz


\*\*)

\*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 250 bis R 256), für Vertretungsstempel (Ausland).  
\*\*) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.7.67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

22



**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

1 B 4 b-4 -- O. 2452 -

in der Antwort nachstehendes Befehlszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 16. März 1943  
Deinz-Albrecht-Straße 8

Seitensdruck: Ostpostkarte 120040 - Fernsprechkarte 120041  
Reichsbahnverkehrsamt: 1/146 - Postfachkonto: Berlin 2388

2446

An das

Auswärtige Amt

in Berlin.

Betrifft: Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 (RGBl. I, S. 722); hier: die Jüdin Margarete Wilhelmine O s s i p o w, geb. Kaulla, geb. am 8.1.1913 in Stuttgart, Schweizer Staatsangehörige und wohnhaft in Lausanne.

Bezug: Ohne.

K328637

Dr. Paul O s s i p o w, geb. am 28.12.1912 in Warschau, wohnhaft in Lausanne, Chemin de Bellevue 30, hat sich hier mit wiederholten Eingaben gegen die Anwendung der Bestimmungen des § 3 der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.1941 bei seiner Ehefrau, der am 8.1.1913 in Stuttgart geborenen Jüdin Margarete Wilhelmine, geb. Kaulla, gewandt. Er behauptet, daß diese Bestimmungen nicht anwendbar seien, weil seine Ehefrau durch die am 29.11.1937 erfolgte Eheschließung mit ihm zwar die deutsche Staatsangehörigkeit verloren habe, jedoch nicht staatenlos im Sinne dieser Bestimmungen geworden sei. Denn die Aberkennung seiner russischen Staatsangehörigkeit durch die Sowjetunion sei, so folgert er, als rechtsunwirksam anzusehen, weil die Sowjetunion weder von der Schweiz noch vom Deutschen Reich de jure anerkannt worden sei. Er sei somit staatsrechtlich nicht staatenlos, sondern Staatenloser ehemaliger russischer Nationalität gewesen, wie auch aus der vorgelegten Fotokopie seines Nansenpasses ersichtlich sei. Hieraus folge, daß seine Ehefrau durch die Eheschließung mit ihm staatsrechtlich nicht als ehemalige Deutsche, sondern als Staatenlose ehemaliger russischer (d.h. ehemaliger kaiser-

82-32a 4. März 1943 -2-



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8.1.67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

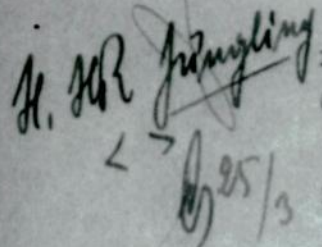
*[Large handwritten signature]*

lich-russischer) Nationalität anzusehen sei. O s s i p o w , der - wie seine Ehefrau und sein Kind - im Jahre 1942 Schweizer Bürger geworden ist, bat mit seiner letzten Eingabe vom 9.1.1943 um Bescheid an die Schweizerische Gesandtschaft in Berlin, "zu Händen von Herrn Attaché Fischer".

Bei der Auslegung des Begriffes "Staatenlos" ist die frühere Nationalität ebenso unbeachtlich wie die Tatsache der Nichtanerkennung der Sowjetunion durch das Deutsche Reich und die Schweiz. Die Ehefrau war deutsche Staatsangehörige und ist durch die Eheschließung mit dem staatenlosen O s s i p o w ebenfalls staatenlos geworden. Die Voraussetzungen des § 3 der Elften Verordnung zum Reichsbürgergesetz sind daher in vollem Umfange gegeben, wie bereits ~~durch meine Entscheidung~~ nach § 8, Abs. 1, a.a.O., vom 4.12.1942 festgestellt ist. Die Verwertung des verfallenen Vermögens der Ehefrau Ossipow durch den zuständigen Oberfinanzpräsidenten Kassel in Kassel erfolgt zu Recht.

K328638

Nach einem Schreiben des Schweizerischen Konsulats in Frankfurt/Main vom 22.1.1943 an den Leiter der Staatspolizeistelle in Frankfurt/Main, in dem dieser um Abstandnahme von der Überweisung der bei einem Spediteur in Frankfurt/Main lagernden Möbel und Kunstgegenstände der Ehefrau Ossipow an die Verwertungsstelle des Finanzamtes gebeten wird, ist der Vertrauensanwalt der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin bereits bei dem Oberfinanzpräsidenten in Berlin vorstellig geworden.

Ich wäre für eine  Unterrichtung der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin zwecks Bescheidung des O s s i p o w > dankbar.

Durchschrift dieses Schreibens hat der Oberfinanzpräsident Berlin-Brandenburg in Berlin erhalten.

Im Auftrage:

gez. H. u. n. s. c. h. e.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den

8.1.67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



**er Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 21. Dezember 1944  
Prinz-Albrecht-Straße 8

Ortsanruf 12 00 40 - Fernanruf 12 64 21

Reichsbankgirokonto: 1/146 - Postscheckkonto: Berlin 2386

IV A 4b (Festst.) - 607/44

Im Schriftverkehr dieses Geschäftszeichen, das Datum, und  
den Gegenstand angeben

An das

Auswärtige Amt

B e r l i n    W 8

K328863

+ 4292

29 DEZ 1944

Betrifft: Beschlagnahme des Eigentums der schweiz. Staats-  
angehörigen Paula W i n t e l e r, geb.  
Michelstaedter.

Bezug: Dort. Schreiben vom 6.11.1944 - Inl. II A 2305/II -

In der obenbezeichneten Angelegenheit ist der  
Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD für Italien  
um entsprechende Feststellung ersucht worden. Sobald das  
Ergebnis vorliegt, wird weitere Mitteilung erfolgen.

Im Auftrage:

Fexke

Fil Krause  
Büro Anruf

22.12.44

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 7. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

*[Large handwritten signature]*

# Auswärtiges Amt

## Inland II A/B<sup>\*)</sup>

30/4

Betreff:

USA

Judenvermögen

Band:

2

vom

19 47.

bis

19 44.

Forts. Band: 3

82 - 32

USA


\*\*) )

\*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).

\*\*) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

✓  
✓  
✓

**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

II A 5 Nr. 840<sup>III</sup>/41-212-.

Bitt in der Antwort vorstehendes Gefühlszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
B e r l i n W 8.

Berlin SW 11, den 9. Oktober 1941.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprechnr.: 12 00 40

( 8865 )

Betrifft: Vermögen eines jüdischen Emigranten, der inzwischen die amerikanische Staatsangehörigkeit erworben hat.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 16.6.1941 - I D III 2431-.

- - -

bei 5690 8880

Der im Jahre 1933 nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika ausgewanderte Jude Prof. Dr. med. Paul Neukirch, 21.12.85 in Frankfurt/Main geboren, zuletzt in Düsseldorf, Freiligrathstraße 17, wohnhaft gewesen, jetzt in New York, Park Avenue 829 bzw. Scarsdale N.Y., besitzt im Inland noch Vermögen in Höhe von etwa 12.000,--RM. Der Genannte will am 19.5.39 die Staatsangehörigkeit der USA erworben haben.

Bei reichsdeutschen jüdischen Emigranten ist ohne weiteres zu unterstellen, daß sie sich in der bei Juden üblichen Weise im Ausland deutschfeindlich betätigen. Ich beabsichtige daher, zur Einziehung des im Inland vorhandenen Vermögens die nach dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.33 (RGBl. I S. 479) erforderliche Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit zu treffen.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit des Juden Neukirch und die Einziehung seines hier vorhandenen Vermögens Bedenken bestehen. In politischer Hinsicht ist N. während seines Aufenthalts in Deutschland nicht hervorgetreten.

Im Auftrage:

*Riefm*

K528925

*Eintrag  
Antrag  
20.10.*

Mn

82 - 32

1142

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

Handwritten signature or initials in black ink.



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

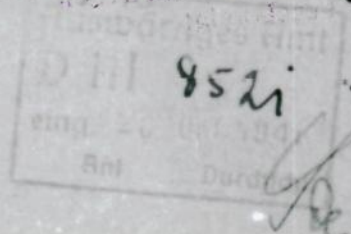
Berlin SW 11, den 14. Oktober 1941  
Dring-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

II A 5 Nr. 3283/41 - 212 -

in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin W 8.

Weiterleiten an  
DU bitte um Beteiligung  
Berlin, den 14. 10. 41



Betrifft: Vermögen eines jüdischen Emigranten, der in-  
zwischen die amerikanische Staatsangehörigkeit  
erworben hat.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 16.6.1941 - I D III 2491.

Der am 14.12.1936 nach den Vereinigten Staaten  
von Nordamerika ausgewanderte Jude Hans Israel Winter,  
geboren am 5.1.1900 in Köln, seine Ehefrau Margarete ge-  
borene Merril, geboren am 10.4.1898 in Köln, und deren  
Kinder Jean Ernst Winter, geboren am 28.7.1931 in Köln,  
und Margarete Emmy Winter, geboren am 12.7.1932 in Roden-  
kirchen b. Köln, letzter inländischer Wohnsitz Rondorf b.  
Köln, jetzt Milwaukee, Wisconsin USA, besitzen im Inland  
noch erhebliches Vermögen an Bankguthaben und Wertpapie-  
ren. Der Genannte hat inzwischen die amerikanische Staats-  
angehörigkeit erworben.

Bei diesen reichsdeutschen jüdischen Emigranten  
ist ohne weiteres zu unterstellen, daß sie sich in der  
bei Juden üblichen Weise im Ausland deutschfeindlich be-  
tätigen. Zur Einziehung des im Inland vorhandenen vermö-  
gens beabsichtige ich daher, die nach dem Gesetz über die  
Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.  
7. 1933 (RGBl. I S. 479) erforderliche Feststellung der  
volks- und Staatsfeindlichkeit zu treffen.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die Fest-  
stellung der volks- und Staatsfeindlichkeit und die Ein-  
ziehung des im Inland vorhandenen Vermögens der oben Ge-  
nannten Bedenken bestehen. In politischer Hinsicht sind  
sie während ihres Aufenthalts in Deutschland nicht her-  
vorgetreten.

Im Auftrage:

gez. R i c h t e r

Beglaubigt:

*Lippich*  
Kanzleiangestellte

Gs

K329005

82-32 WA

*Ann Jk:7*

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

9/11



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

II A 5 Nr. 1239/41 - 212 -

in der Antwort notwendiges Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 19. Januar 1942

Deinz-Albrecht-Straße 8

Telefon: 120040

An  
das Auswärtige Amt  
in Berlin W 5

Bef.  
Bewerben an  
OH tritt zur Beteiligung  
Berlin, den 19.1.42

Betrifft: Einziehung von Vermögen einer Jüdin, die amerikanische Staatsangehörige ist.

Ich beabsichtige, das inländische Vermögen der Jüdin Flora Weisharth, verw. Jakobsberg, geb. Schall, geboren am 27. 12. 1887 in Beuthen, Kreis Beuthen O/S, zuletzt in Beuthen O/S, Kitterstr. 3 wohnhaft gewesen, einziehen und hierzu die nach dem Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14. 7. 1933 - RGBl. I, S. 479 - erforderliche Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit treffen zu lassen.

Die Genannte hat nach ihrer am 30. 3. 1939 erfolgten Abwanderung nach den USA durch Heirat die amerikanische Staatsangehörigkeit erlangt. Ihr Vermögen besteht aus 1/2 Anteil an einem Grundstück in Beuthen im Werte von etwa 18 000,--RM.

Die W. hat wiederholt für die KPD und deren Untergliederungen (Rote Hilfe usw.) Spenden in verschiedener Höhe gegeben. Die Voraussetzungen für die Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit sind deshalb gegeben.

Ich bitte um Stellungnahme, ob gegen die beabsichtigte Maßnahme Bedenken bestehen.

Im Auftrage:  
gez. Richter.

Beglaubigt:

K328932

Lippuk  
Kanzleiangestellte



Th

82-32 K 12



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

EW

Berlin, den 62. Januar 1942 Zd III 409

i. Or.

an Chef der Niedersächsischen

Landespolizei

auf das Schreiben vom 19.

Januar 1942 - II St 5 Nr.

1239/41-212-, betr. Beob.

hinsichtlich Einweisung des inländischen

Arbeitsmanns in ein auswärtiges

Arbeitsamt, bezugnehmend auf

besagte Bes.

Mit Rücksicht auf die  
zu erwartenden Gegen-  
maßnahmen gegen das  
deutsche Volkstum in  
U. V. A. Befahren werden.  
Bei gegen die besagte  
Legen Maßnahmen.

Prof. Dr. H. O. Müller

Herrn Chef;

bei Dr. X

1. Teil. X

3. Teil.

2. 3. 4. Teil.

K528933

H. O.

(Müller)

1. 3. 4.

1942. 1. 16.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amts befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

74



**er Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 20. Januar 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

A 5 Br. 135/41 - 112 -  
In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Zfg.

Weiterleiten an

Auswärtige Amt

Du bittet um Beteiligung

Berlin.

Berlin, den 22.1.1942

Betrifft: Feststellung der Volks- und Staatsfeindlichkeit.

Bezug: Ohne.

Der Jude Max H a a s, geboren am 22.10.1907 in Karlsruhe hat am 13.1.1932 das Reichsgebiet verlassen und hält sich z.Zt. in New York auf. Nach Mitteilung der Staatspolizeileitstelle Karlsruhe hat H a a s vor ca. 1 1/2 Jahren der Badischen Bank in Karlsruhe mitgeteilt, dass er das amerikanische Bürgerrecht erworben habe. Amtliche Unterlagen darüber hat H a a s jedoch nicht beigebracht.

Es ist anzunehmen, dass H a a s diese Angaben gemacht hat, um sein Vermögen dem Zugriff der Behörden zu entziehen. Nach staatspolizeilichen Richtlinien sind die Voraussetzungen für die Einziehung des Vermögens auf Grund des Gesetzes über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 - RGBL. I S. 479 - gegeben. Ich bitte daher um die dortige Zustimmung zur Einziehung.

Im Auftrage:

gez. R i c h t e r

K328934

Beglaubigt:

Kanzleiangestellte

Gs

82-32

U. P. A.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

*Sasse*



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

*[Large handwritten signature]*



32/145

# Auswärtiges Amt

## Inland II-A/B

Betreff:

Interventionen

Schweiz

Band:   /  

vom

19 40,

bis

19 44.

Forts. Band:   /  

84-50 (Schweiz)


\*\*) )

- \*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).  
\*\*) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.

328/3



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6. 12. 66

*Sasse*



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

*[Large stylized signature]*

23. Juli 1942  
Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 11, den 8. Juli 1942  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: 12 00 40

5 - Nr. 710 VIII/41-212-  
In der Antwort vorliegendes Geheimsigzeichen u. Datum anzugeben

~~Ausfertiges Amt  
R59985/1942  
eing. - 2. AUG. 1942  
Ant. Durchschl.~~

Ausfertiges Amt  
D III  
eing. 24. JUL 1942  
Ant. Durchschl.

Das  
Ertigte Amt  
Berlin W 8.

Betrifft: Vermögen der Jüdin schweizerischer Staatsangehörigkeit Edith Landmann geborene Kalischer in Basel.

Bezug: Schreiben vom 12.6.1942 - D III 2490 -.

Zu den dortigen Ausführungen bemerke ich:

Die der Einziehung zugrunde liegenden Gesetze über die Einziehung kommunistischen Vermögens vom 26.5.1933 - RGBl. I, S. 293 - und die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens vom 14.7.1933 - RGBl. I, S. 479 - treffen grundsätzlich keinen Unterschied zwischen Ausländern und deutschen Staatsangehörigen. Auch gegenüber Ausländern ist zur Einziehung ihres inländischen Vermögens lediglich die in Gesetz vom 14.7.1933 vorgesehene Feststellung ausschlaggebend, ob die Bestrebungen des Betreffenden volks- und staatsfeindlich gewesen sind oder die einzuziehenden Vermögensteile zur Förderung volks- und staatsfeindlicher Zwecke Verwendung gefunden haben. Die Frage der Volks- und Staatsfeindlichkeit ist im vorliegenden Falle bejaht und unter dem 19.8.1941 festgestellt worden, daß die Bestrebungen der Edith Landmann volks- und staatsfeindlich gewesen sind.

Diese Feststellung ist nach meinem Dafürhalten durchaus berechtigt, weil die Betroffene gegen die Bestimmungen der Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden vom 26.4.1938 verstoßen und hierdurch zu erkennen gegeben hat, daß sie das Deutsche Reich wirtschaftlich schädigen wollte. Wenn im Rahmen des Strafverfahrens von dem Recht der Vermögensseinziehung kein Gebrauch gemacht wurde, so ist das für die Geheime

Staatspolizei

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6. 12. 66



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat





Staatspolizei kein Grund, nicht ihrerseits nach staatspolizeilichen Gesichtspunkten einzuschreiten und gegebenenfalls vermögensrechtliche Maßnahmen zu treffen.

Nach erneuter Prüfung des Falles weise ich noch auf folgende Zweifel hin, deren Klärung mir nicht möglich gewesen ist: Nach einem bei den hiesigen Akten befindlichen Schreiben des Bürgerrates der Stadt Basel vom 10.7.1939 ist der verstorbene Ehemann der Edith Landmann, Professor Dr. phil. Julius Landmann, geboren am 6.8.1877 in Lemberg, Bürger der Stadt Basel gewesen und hat somit die schweizerische Staatsangehörigkeit besessen. In dem Schreiben wird ferner bestätigt, daß Professor Landmann dieses Bürgerrecht bis zu seinem am 8.11.1931 in Kiel erfolgten Tode (der Verstorbene war ordentlicher Professor an der Universität in Kiel) beibehalten hat, und daß seine Frau und seine beiden Söhne heute noch Bürger der Stadt Basel sind. Demnach würde Frau Edith Landmann bereits am 8.11.1931 schweizerische Staatsangehörige gewesen sein. Ob dies der Fall gewesen ist, erscheint zweifelhaft, denn nach einem Schreiben des Deutschen Konsulats in Florenz vom 7.4.1936 - Nr. B 1 - hat die deutsche Staatsangehörige Dr. Edith Landmann, geborene Kalischer, geboren am 19.9.1877 in Berlin, dort die Ausstellung eines neuen Reisepasses beantragt, dessen Aushändigung jedoch infolge ihrer Rückkehr nach Kiel unterblieben ist. Hieraus ergibt sich, daß sich die Betreffende ja nach Lage der Verhältnisse als deutsche oder jetzt als schweizerische Staatsangehörige betrachtet. Den zuständigen Behörden ist nicht bekannt, daß Frau Landmann nach ihrer am 15.1.1939 erfolgten Abreise nach Basel eine fremde Staatsangehörigkeit erworben hat.

Ich sehe hiernach keine Veranlassung, die getroffenen Maßnahmen rückgängig zu machen.

In Auftrage:

gez. Engelmann

Beglaub

Kanzleiangestellte

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

6.12.66

*Sasse*

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



*[Large handwritten signature]*



**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 3. April 1943

Prinz-Albrecht-Straße 8

Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 - Fernverkehr 12 64 21

Auswärtiges Amt

III B

A 3090

12. APR. 1943

Leb. Dorn. d. 1943

IX/42-212-

Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Anschriftige Amt

D III -

Berlin 11

Betrifft: Eingezogenes Vermögen des schweizerischen Staatsangehörigen Erwin Dubler.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 22.12.1942 - D III 7149- und das diesige Schreiben vom 9.3.1943 - II 33 Nr. 38 IX/42-212-

Das bereits zugunsten des Deutschen Reiches eingezogene inländische Vermögen des Obengenannten wird z.Zt. noch von dem Oberfinanzpräsidenten Oberdonau verwaltet. Mit Rücksicht auf die dort zur Entscheidung vorliegende Verbalnote der Schweizerischen Gesandtschaft hatte ich die zuständigen Stellen angewiesen, die Verwertung des eingezogenen Vermögens einstweilen auszusetzen. Da infolge besonderer Umstände ein weiteres hinausschieben der Verwertung nicht

länger

84-50



*Sasse*



(Dr. Sasse)  
**Vortragender Legationsrat**

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 7. 67  
*Sasse*

(Dr. Sasse)  
**Vortragender Legationsrat**

*[Large handwritten signature]*

länger möglich ist, bitte ich nochmals um Mitteilung der  
dortigen Entschliessung.

Im Auftrage:

*Feske*

*Sasse*



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 8. 1. 67



*Sasse*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



**Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 68, den 28. Juli 1943.  
Wilhelmstraße 102

V B 4 c<sup>1</sup> Nr. 38/42 -.

In der Antwort erscheinendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

an  
das Auswärtige Amt  
in Berlin W 8.

Via: *Im. T. A.*  
Weiterleiten an  
Inl. II B bittet um Beteiligung

Berlin, den 7.8.43 *W*

Betrifft: Eingezogenes Vermögen des schweizerischen Staatsangehörigen Erwin Dubler.

Bezug: Dort. Schreiben vom 31.5.1943 - Inl. II A 3090 - und vom 9.7.1943 - Inl. II A 5075/1/1

*HRH J. J. J.*  
*HRH J. J. J.*  
In der oben bezeichneten Angelegenheit sind noch Ermittlungen im Gange, die noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Es wird gebeten, der Schweizerischen Gesandtschaft einstweilen einen Zwischenbescheid zugehen zu lassen.

Im Auftrage:  
gez. H u n s c h e

Beglaubigt:  
*Rausenack*  
Kanzleiangestellte

84-50

K.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6. 12. 66

*Sasse*



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 20. September 1943.

Prinz-Albrecht-Straße 8

Ortsanruf 12 00 40 - Fernanruf 12 64 21

Reichsbankgirokonto: 1/146, Postscheckkonto: Berlin 2386

4 c 1 Nr. 38/42 -.

Schriftverkehr dieses Geschäftszeichens, das Datum und  
den Gegenstand angeben

Auswärtige Amt

Berlin W 8

Uhlenstr. 74-76.

Betrifft: Vermögen des schweizerischen Staatsangehörigen Erwin  
Dubler.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 31.5.1943 - Inl. II A 3090 -.

Die Staatspolizeistelle Linz ist angewiesen worden, die Ein-  
ziehung des inländischen Vermögens des Obengenannten aufzuheben.

Im Auftrage:  
gez. H u n s c h e



84-50



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6. 12. 66



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



Inl. II A/B

Inland II A/B

Aktenreife Sachen -

(Neu-Eingänge)

- verschiedenes -

[ Serial K1552/K384543, K384598

Filmed PS 22

by Electric Counter

Jahr: 1944/45



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6. 12. 66



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



*Inl. II A*  
352/4 (alt. reife Suchen)  
Reichsminister des Innern

IV B 4 c <sup>2</sup> -Nr. 181/44

Antwort betreffendes Größtbescheiden u. Datum anzugeben

Berlin SW 11, den 9. März 1944  
Dohny-Albrecht-Str. 8  
Telefon 12 00 40

194 4

**Schnellbrief**

Inl. II A 5752  
24. MRZ 1944  
Amt (fach) Dopp. & Eing.

An das  
Auswärtige Amt

Z.Hd. von Herrn Legationsrat von Thadden o.V.i.A.  
in Berlin.

Betrifft: Ausbürgerung des deutschblütigen  
Werner von A l v e n s l e b e n,  
geb. am 23.4.1913 in Berlin.

Bezug: Schreiben vom 3.3.1944 - Inl. II A  
- Aktenz. nicht bekannt -

Anlagen: 2 Durchschriften.

Die Ausbürgerung des A l v e n s l e b e n wird mit der 310. Ausbürgerungs-  
bekanntmachung - vorsorglich mit Vermögens-  
verfall - durchgeführt. Von dem Vollzug der  
Ausbürgerung wird alsbald weitere Nachricht  
gegeben.

Im Auftrage:

*hünig*

310. h

13-76

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 6.12.66

*Sasse*



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

*[Large handwritten mark, possibly a stylized 'K' or 'L']*





# Auswärtiges Amt

[Inl. I-Partei]\*)



Betreff:

Eheschließung zwischen Deutschen  
und fremdrassigen Ausländern.

Band: —

vom

19 40,

bis

19 43.

Forts. Band: —

82 - 35 Sch. VI a


\*\*) )

\*) Raum für farbiges Unterklebeschild (Inland, R 230 bis R 236), für Vertretungsstempel (Ausland).  
\*\*) Raum für Geschäftszeichen der abgegebenen Registratur.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

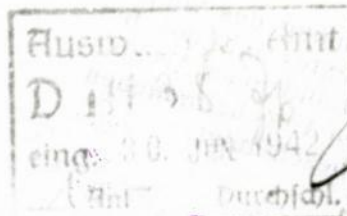
2

**Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD**

Berlin SW 11, den 24. Juni 1942.  
Prinz-Albrecht-Straße 8  
Fernsprecher: Ortsverkehr 12 00 40 - Fernverkehr 12 64 21

V B 4 a 2467/42  
In der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen u. Datum anzugeben

Vfg  
Weiterleiten an III  
DU bittet um Beseitigung (Bef. VII)  
Berlin, den 29.6.42.



An das  
Auswärtige Amt  
in Berlin W 8,  
Wilhelmstrasse 74-76.

Betrifft: Jüdin Gertrude Sara S c h ö n f e l d ,  
geb.am 10.10.1917.

Bezug: Ohne.

Anlagen: - 1

Die obengenannte Jüdin hat die Absicht, sich mit dem chinesischen Staatsangehörigen Tscheng Ke Tsei zu verheiraten. Diese beabsichtigte Heirat wurde staatspolizeilicherseits unterbunden, da die genannte Jüdin zweifellos durch den mit der Eheschliessung verbundenen Erwerb der chinesischen Staatsangehörigkeit der beabsichtigten Abschiebung entgehen wollte. Bisher habe ich von weiteren Maßnahmen gegen die Genannte Abstand genommen, da sie die anliegende Bescheinigung des chinesischen Botschafters vorlegte, nach der sie die chinesische Staatsangehörigkeit besitzen soll. Ich halte diese Bescheinigung für fingiert, da eine Botschaft eine derartige Bestätigung über die Staatsangehörigkeit nicht ohne weiteres ausstellen kann. Die Jüdin Schönfeld besitzt nach wie vor die deutsche Staatsangehörigkeit. Bevor ich ihre Abschiebung nebst ihrem am 14.12.1941 geborenen Kinde, dessen Vater

82-35 Sch VI



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



1769

der chinesische Staatsangehörige Tscheng.  
Ke Tsei ist, veranlasse, bitte ich um Mit-  
teilung der dortigen Auffassung.

Im Auftrage:

gez.: E i c h m a n n .



beauftragt:

*Krey.*  
Kanzleiangestellte.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit dem bei  
den Akten des Politischen Amtes  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat



23



CHINESISCHES KONSULAT  
BERLIN

Berlin, den 4. August 1942

An das

Auswärtige Amt

Berlin W 8

Wilhelmstr. 74/75

No. 33/42

Das Chinesische Konsulat beehrt sich, den Eingang des Schreibens D III 4376 vom 31. Juli ds. Js. zu bestätigen, welches die Bescheinigung über die chinesische Staatsangehörigkeit der Jüdin Gertrude Sara Schönfeld enthielt.

Die Echtheit dieser Bescheinigung lässt sich sehr schwer nachprüfen, da die s.Zt. in der chinesischen Botschaft verbliebenen Akten alle zerstört worden sind.

Der Verlobte der G.S. Schönfeld, Chen Ke Chai, sandte dem Konsulat auf dessen Aufforderung nur einen Dienstzettel des Standesamts 5 von Wien-Leopoldstadt, Karmelitergasse 9, mit dem bestätigt wird, "dass der Reisepass des chinesischen Staatsangehörigen Ke Tsei Tcheng wohnhaft Wien II Grosse Sperlgasse 40 heute (am 20.11.41) hieramts abgegeben wurde und mit einem Gesuch an das Oberlandgericht Wien I weitergeleitet wurde." Auf der Rückseite ist folgender Vermerk angebracht:

Vertrag des H. v. M.  
nicht anzuheben  
Dem vollständigen Ref.  
zur weiteren Veranlassung  
Berl. den 4. 8. 1942

Auswärtiges Amt  
D III 4376  
- 3. AUG 1942  
(Befreiung)

82-35 12.11.41

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Bonn, den 8. 7. 67

Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



269

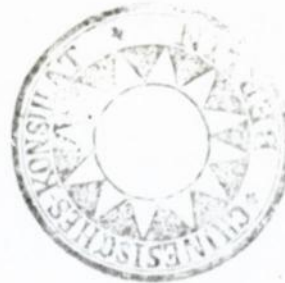
- 2 -

"Geheime Staatspolizei, Wien I Morzinplatz  
Antrag auf Beilegung von der Beibringung des ausländischen  
Ehefähigkeitszeugnisses.

Note vom 20.I. 1942 bisher ohne Erledigung" . -

Der Verlobte der G.S. Schönfeld hat andererseits nicht  
dem Konsulat mitgeteilt, auf Grund welcher Papiere die  
Vorgenannte die chinesische Staatsangehörigkeit erworben hat.

Das Konsulat erlaubt sich, dem Auswärtigen Amt wunsch-  
gemäss die Bescheinigung der Botschaft wieder zurückzusenden.



1 Anlage.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 7. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

1769



Die Übereinstimmung des vor/  
mstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

8. 1. 67

Sasse



(Dr. Sasse)  
Vortragender Rat

979



Auf Lager der Kasse wurde  
vom Dr. Dr. Bruckner gegen  
die beabsichtigte Abschreibung  
des Herrn Kessel und ihres  
Kindes nicht eingeleitet.

J. Dr.

(Anhang 1)

7/8

9/8

1/8

1855

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.  
Dann, den 8. 1. 67

*Sasse*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



25619





Politisches Archiv

# Auswärtiges Amt

Büro des Staatssekretär

## Akten

betreffend:

Ungarn

vom 1. Januar 1944,

bis 30. April 1944.

Bd.

**11.**

s. Bd.

*12.*

Abschrift  
Büro RAM

T e l e g r a m m

aus B u d a p e s t Nr. 48 vom 31.3.44

Für Botschafter Ritter.

Im Anschluss an Telegramm Nr.44 vom 31.3.

Der Höhere SS- und Polizeiführer teilt unter den 31. März mit: Kommunismus, Marxismus: In Kaschau wurden in Zusammenarbeit mit der ungarischen Polizei 21 Funktionäre der illegalen kommunistischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Gewerkschaft festgenommen. Banditen und Fallschirmspringer: Nach weiteren Meldungen erfolgen umfangreiche Vorbereitungen zur Durchführung von Sabotageakten gegen ungarische Verkehrswege durch die Alliierten in Verbindung mit dem Bandenführer Tito im Raume von Agram-Varasdin. Die Titobanden planen, Bandentrupps in Stärke von 2-4 Mann in Ungarn abzusetzen. Juden: Bis zum 31. März 1944 wurden insgesamt 3364 Juden festgenommen.

Spionageabwehr: Wegen Spionageverdachts wurden 4 Juden festgenommen, darunter Martin Kupferschmidt und Johann Iritz, die Spionageverbindungen nach England und der Schweiz unterhalten haben dürften. Die Vernehmung des Beauftragten der polnischen Exilregierung für Ungarn, Edmund Fietowicz, hat Belastungsmaterial gegen 30 Personen erbracht.

Veesenmayer

Verteiler:

St. *3/11*

U.St.S.Pol

Pol IV

Inl II

110032

*Mus.*

Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Handwritten signature]*  
393 (a. sc.)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



Abschrift

Büro RAM

Telegramm

B u d a p e s t Nr. 44 vom 31.3.44

Für Botschafter Ritter.

Im Anschluss an Tel. Nr.26 vom 25.3.

Der Höhere SS- und Polizeiführer meldet unter dem 29. und 30 März 1944:

Legitimisten und **Opposition**: Bei Vernehmung führender Legitimisten wurde festgestellt, dass der Generalmajor a.D. und frühere Gesandte Rudolf Andorka etwa im Jahre 1940 von einem hier nicht näher feststellbaren Mitgliede der Ungarischen Regierung den Auftrag erhalten hat, in Madrid die Stimmung für eine Restauration der Habsburger in Ungarn zu sondieren. Weiter wurde bekannt, dass sich Graf Sigray im Jahre 1940 in Paris mit Otto von Habsburg getroffen hat.

Kommunismus, Marxismus: Bei der Untersuchung der Wohnung des flüchtigen führenden sozialdemokratischen Funktionärs, des Juden Josef Büchler, konnten zwei Briefe sichergestellt werden, die Büchler über Mittelsmann in Schweden aus England erhalten hat. Festgenommen wurde der ungarische Staatsangehörige Milorand Szaszdanits, ein früherer jugoslawischer Staatsangehöriger, wahrscheinlich führender Kommunist in Serbien gewesen, der jetzt unter dringendem Verdacht steht, für serbischer Widerstandsgruppen zu arbeiten. Die Revolte im Militärgefängnis Satoral-

jaujhely

Urteiler:

St.S. *m*

St.S. Pol

Pol IV

Pol II

116033

*Mus.*

Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Handwritten signature]*  
394  
(H. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. M.



ist jetzt geklärt. Sie ist darauf zurückzuführen, dass jede Gefängniszelle kommunistisch organisiert war. In vielen Zellen wurden grössere Mengen kommunistischen Werbematerials gefunden. Die Meuterei war seit langem vorbereitet. Sie wurde ausgelöst durch die in das Gefängnis gelangte Mitteilung, dass deutsche Truppen in Ungarn einmarschiert seien und den Gefängnisinsassen bei Auftauchen der SS der Tod gewiss sei. Bei dem Feuergefecht mit den Ausbrechern wurden etwa 50 Häftlinge erschossen. Nach Abschluss der Untersuchungen dürften 30-40 Todesurteile zu erwarten sein.

Juden: Gesamtfestnahmezahl beträgt am 30.3.: 3351. Am 28.3 fand unter Hinzuziehung der Judenvorstände aus den einzelnen Komitaten eine Sitzung mit dem Ziele statt, die gesamte Judenschaft Ungarn dem Zentralrat der Juden in Budapest zu unterstellen.

Banditen, Fallschirmspringer: In dem mit slowenischen und kroatischen Bevölkerungsteilen besiedelten westlichen Grenzraum nehmen Gerüchte und Anzeichen hinsichtlich Bandenbildung immer festere Formen an. Zwischen den serbischen Bevölkerungsteilen im unteren Draugebiet und den auf kroatischer Seite stehenden Banditen sind offenbar Verbindungen vorhanden. In den Abendstunden des 24.3. kam es in der Nähe des Ortes Dunaszep im unteren Draugebiet zu einem Zusammenstoss zwischen ungarischen Grenzjägern und aus dem kroatischen Raum eingedrungenen Banditen. Nach ungarischer Darstellung handelt es sich bei den



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Hl.*

Bandenangehörigen um Serben, die auf ungarischem Gebiet ihren Wohnsitz haben und sich zu den Bandeneinheiten auf kroatischer Seite geschlagen hatten. Die ungarische Grenzsicherung in dem gesamten Raum wurde darauf verstärkt. Die durch den Abzug deutscher Truppenteile vom kroatischen Gebiet bedingte erhöhte Bandentätigkeit hatte in den letzten Tagen zur Folge, dass von dort Angehörige des deutschen u. ungarischen Volkstums in grosser Zahl auf ungarisches Gebiet flüchteten. So überschritten beim Grenzübergang Batcs mit Unterstützung der deutschen und ungarischen Grenzsicherungskräfte etwa 700 Volksdeutsche aus Kroatien mit ihrer Habe die Gränze nach Ungarn. Die Flüchtlinge wurden von den Ungarn unterstützt. Auch von der ungarisch-slowakischen Grenze gehen Meldungen ein über vermutliche Bandenbildung auf slowakischem Gebiet. So kam es in der Nacht zum 26. bei Tormosz, 18 km östlich von Galanta, zu einem Gefecht zwischen ungarischen Grenzjägern und aus dem slowakischen Raum vordringenden Partisanen. Aus der Umgebung von Rosenberg in der Slowakei gingen gleichfalls verschiedentlich Meldungen ein, wonach eine etwa 300 Mann starke Partisanenbande sich dort aufhalten soll, möglicherweise mit dem Ziel, auf ungarisches Gebiet vorzudringen. Vertraulich wurde bei dem Grenzsicherungskommando Kaschau in Erfahrung gebracht, dass ein ungarischer Hauptmann der Reserve in der Sowjetunion Leiter eines Fallschirm-Agentenausbildungslagers sein soll. In diesem sollen zur

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. M.*  
396



Mit etwa 150 ungarische Soldaten, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren, zu Fallschirmagenten ausgebildet werden.

Rechtsbewegung: Vertrauliche Ermittlungen über die sogenannte "Lumpengarde" ergeben, dass bis September 1943 vier Ausbildungskurse mit einer Teilnehmerzahl von etwa 300 Personen abgehalten wurden, sodass mit etwa 12 - 13.000 Angehörigen von im Infanteriedienst und in der Durchführung von Sprengungen ausgebildeten Männern gerechnet werden kann. Die Ausbildung erfolgte in Zusammenarbeit mit der Honved. Der Führer der Lumpengarde, ~~Dr~~ Hejjas, soll in seiner Wohnung oder auf einem Gut über ein kleines Waffenlager verfügen. Die Stimmung innerhalb der Garde ist zur Zeit deutschfreundlich. Die Gardisten wollen sich bei der Regelung der Judenfrage in Ungarn tatkräftig betätigen.

Veesenmayer

110036

Die Übereinstimmung des ~~v~~/umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



*[Handwritten signature]*

(H. Sasse)

Vortragender Legationsrat I. Kl. *[Handwritten initials]*



Telegramm  
(G-Schreiber)

Nur als  
Verschlußsache  
zu behandeln.

Budapest, den 2. April 1944 - 19.15 Uhr  
Ankunft: " 2. " " - 22.00 "

Nr. 665 vom 2.4.

Im Anschluss an Drahtbericht  
vom ..... Nr. ....

Für Herrn Reichsaussenminister über Botschafter Ritter.

Der Höhere SS- und Polizeiführer mel-  
det unter dem 2. April 1944:

1.) Opposition:

Nach hier vorliegenden Meldungen besteht die Möglichkeit, dass die vor einem Jahr von dem ehemaligen Innenminister Kerestes-Fischer aufgezugene und zum Teil zum Kampf gegen Banditen bewaffnete Zivilorganisation Turani Vadasz (Turan-Jäger) im gegebenen Augenblick den Grundstock bilden kann für eine illegale national-ungarische Partisanenbewegung. Die Aufgabe der Turan-Jäger war, als zusätzlicher Landesschutz über die Ordnung und Sicherheit des Landes zu wachen. In der Batschka soll die Organisation über etwa 10 000 Mitglieder verfügen. Die ungarische Gendarmerie soll im allgemeinen gegen die Turan-Jäger eingestellt sein. Die erforderlichen Exekutiv- und Vorbeugungsmassnahmen sind veranlasst.

2.) Kommunismus:

Im Bereich des Einsatzkommandos 6, Neusatz, wurden drei Flugblätter kommunistischen Inhalts erfasst. Anhaltspunkte für Hersteller und Verbreiter sind nicht vorhanden. In der Nähe von Begec (Bereich E.K.6) gelang es ungarischer Gendarmerie eine Gruppe von Kommunisten zu stellen. Es handelte sich um 4 bewaffnete Kuriere, die 16 Personen aus der Batschka nach Kroatien bringen wollten. Bei dem Feuergefecht wurde einer der Kuriere erschossen, während es den drei anderen Kurieren gelang zu fliehen. 15 Personen der Gruppe, darunter ein Arzt und ein Ingenieur, konnten festgenommen werden. Die Bekämpfung kommunistische Strömungen stösst stellenweise infolge einer gewissen Abhängigkeit der Gendarmerie von der Staatsanwaltschaft auf einige Schwierigkeiten, die jedoch durch Einschaltung der Einsatzkommandos überwunden

werden

110048

H. T. 1 Kurz 1592

Verteilungsvorschlag  
für RAM

St. S. Kappler

U. St. S. Pol

Botschafter Ritter

Botschafter Gaus

Leiter Abt. Pers

" " Ha Pol

" " Recht

" " Kult Pol

" " Presse

" " Rundfunk

Chf. Prot

Dg. Pol

Gr. Leiter Int. I

Gr. Leiter Int. II

Arb.-Expl. bei

Ges. Schmutz

Bentler

Fisch

v. Grosse

VLR Melchior

Dr. Megele



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
39(Or. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. Jell.*



werden können.

3.) Banditen:

In der Nacht zum 30.3. gegen 3 Uhr 15 wurde von Banditen in der Batschka (Bereich E.K.6) ein Sprengstoffanschlag auf den fahrplanmässigen Güterzug auf der Strecke Boroc - Palanka verübt. Durch eine 12 - 15 kg schwere Sprengladung wurde der Gleiskörper in 1 m Tiefe und 1,5 m Durchmesser aufgerissen. Die Explosion erfolgte, als die Lokomotive die Sprengstelle passierte. Die Lokomotive und ein Packwagen entgleisten. Eine Person wurde getötet, mehrere andere verletzt. In derselben Nacht wurden an der Bahnstrecke Palanka-Szepliget zwischen 4 und 6 Uhr von unbekannten Tätern 9 Telefonmasten 1 m über dem Boden abgesägt. Die verschiedenartige Ausführung dieses Sabotageaktes lässt auf zwei getrennt arbeitende Gruppen schliessen. In Kisacz (im Bereich E.K.6) Neusatz wurden von ungarischer Gendarmerie 75 kg Ekrasit und 20 kg kommunistisches Propagandamaterial gefunden. In Vokany, Komitat Baranya (Bereich E.K.7 - Fünfkirchen) wurden vor einigen Tagen während der Nachtzeit von vier Männern in der SS-Uniform die Waffen des deutschen Volksbundes eingesammelt und abtransportiert. Da die Ermittlungen bisher ergebnislos geblieben sind, wird vermutet, dass es sich hier um Banditen in deutscher Uniform handelt, die die Waffen über die Drau in das Bandengebiet geschafft haben. Eine weitere Bandentätigkeit im Bereich des E.K.7 war noch nicht festzustellen, obgleich an dem gegenüberliegenden Ufer der Drau an mehreren Stellen Banden liegen.

4.) Juden:

Gesamtfestnahmezahl 3451. Festnahmen besonders wichtiger Personen sind nicht gemeldet worden. Obwohl die ungarischen Behörden sich bemühen, glauben zu machen, dass die Bevölkerung nicht ganz mit dem von deutscher Seite betriebenen Vorgehen gegen die Juden einverstanden sei, muss von seiten der Einsatzkommandos immer wieder festgestellt werden, dass gerade das Vorgehen gegen die reicheren Juden erhebliche Zustimmungsaussagen bei der ungarischen Bevölkerung auslöst. Kein Verständnis hat die Bevölkerung allerdings für vereinzelt vorgekommene öffentliche Misshandlungen von Juden oder für eigenmächtige Ausräumung von jüdischen Geschäften durch Angehörige deutscher militärischer Verbände. In diesen Fällen regt sich sofort das Mitgefühl mit den armen Juden. Im übrigen bemühen sich die Juden, alle ihnen erteilten Auflagen gewissenhaft zu erfüllen.

5.) Abwehr:

In Tatetlen, 30 km von Debrecen entfernt, wurde ein Internierungslager der ungarischen Wehrmacht



Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1968



3994  
*[Handwritten signature]*

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat *I. Kl.*



Wehrmacht für 6 italienische Offiziere und 14 Soldaten ermittelt. Das Lager befindet sich in einer Villa, die der Filmschauspielerin Lilian Harvay gehört. Die Italiener werden dort von der ungarischen Wehrmacht in sehr grosszügiger Weise behandelt. Es besteht der Verdacht, dass es sich um Badoglio-Anhänger handelt. Die notwendigen Massnahmen sind veranlasst.

Veesenmayer

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.



Geheime Reichssache  
Verschlusssache  
Telegramm behandeln.

T e l e g r a m m

aus B u d a p e s t Nr. 53 vom 3.4.1944

Vermerk:

Telegramm wurde  
von Diplogerma Bu-  
dapest unmittelbar  
nach Fuschl durchge-  
geben.  
Tel.Ktr.6.4.

Für Herrn Reichsaussenminister  
über Botschafter Ritter.

Im Anschluss an Drahtbericht Nr.48 vom 31.3.d.J.

Der höhere SS- und Polizeiführer meldet unter dem  
1. April 1944:

Kommunismus, Marxismus:

Von den 43 bekannten Bezirkssekretären der Sozial-  
demokratischen Partei Ungarns wurden in Budapest und  
Umgebung weitere 6 in Haft genommen. Von 18 Partei-  
funktionären steht fest, dass sie flüchtig sind. Fahn-  
dung erfolgt in Zusammenarbeit mit der ungarischen Po-  
lizei.

Juden:

Bis zum 1. April 1944 wurden insgesamt 3441  
Juden festgenommen.

Unter anderem wurde der jüdische Journalist Sandort  
Sajo inhaftiert. Es handelt sich bei ihm um einen  
deutschfeindlich eingestellten Pressejuden, in dessen  
Wohnung sich laufend reichsfeindliche Elemente sammel-  
ten. Zu den ständigen Gästen seines Hauses gehörten  
auch prominente Persönlichkeiten wie der frühere Hon-  
vedminister Nagy. Der Zentralrat der Juden wurde zur be-  
schleunigten karteimässigen Erfassung der Juden veran-  
lasst. Dem Zentralrat wurde mitgeteilt, dass er für ein  
anständiges Verhalten der Juden Sorge zu tragen habe  
und anderenfalls mit schweren Strafen zu rechnen sei.  
Bei diesen Besprechungen kommt immer wieder die beinahe  
feindselige Haltung der Neologen gegen die orthodoxen  
Juden zum Vorschein. Die Städte Ungvar, Munkacs und  
Beregassz, in denen ein besonders hoher Prozentsatz an  
Juden wohnt, wurden durch Absperrung isoliert. In den  
Städten wurden Ältestenräte der Juden gebildet.

Abwehr:

Der Generaldirektor Dr. Franz Messner in Budapest  
wurde wegen Landesverrats festgenommen. M. ist deut-  
scher und brasilianischer Staatsangehöriger und war Be-  
triebsführer der Gummifabrik Semperit-Werke A.G. Wien.  
Der festgenommene polnische Pater Felix Peter Witovs-  
lawsky konnte überführt werden, im Jahre 1940 Spreng-  
stoff in einem Kloster untergebracht zu haben. Er will  
ihn anlässlich der Auflösung der polnischen Gesandt-  
schaft in Budapest von dem Gesandtschaftssekretär Kra-  
jevski erhalten haben. Festgenommen wurde der angeblich  
polnische Arzt Dr. Stefan Nowak, der sich Flüchtlings-  
lager

Dies ist Exemplar Nr. ...

110063



Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*Sasse*  
(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat *I. Hl.*

lager in Barcs aufhielt. Er hat nach seiner Abschiebung aus Budapest in das Lager Barcs versucht, 6 Mann einer englischen Flugzeugbesatzung, die in Ungarn notgelandet waren, nach Kroatien über die Grenze zu bringen. An seiner Person bestehen erhebliche Zweifel. Er besitzt kein Ausweispapier und spricht einwandfrei reines Deutsch, obwohl er angeblich nur polnische Schulen besucht hat. Die Aktion gegen die Badoglio-Anhänger wurde fortgesetzt. Unter den 9 Festgenommenen befinden sich der frühere Legationssekretär Giorgio Cirado. Ferner wurden verhaftet der jüdische Generaldirektor der Shell A.G. Budapest, Adalbert Waldmann und der Gutsbesitzer Alexander Szemere, ebenfalls Jude.

Veesenmayer

110064

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat *I. All.*

402



T e l e g r a m m

aus B u d a p e s t Nr.65 vom 5.4.44

C i t i s s i m e !

Für Herrn Reichsaussenminister über  
Botschafter Ritter.

Die Reaktion der Budapester Bevölkerung auf die beiden Luftangriffe führte in breiten Kreisen zu einer Verstärkung der antijüdischen Einstellung. Es wurden gestern auch Flugzettel verbreitet, in denen für jeden getöteten Ungarn das Leben von 100 Juden gefordert wird. Wenn dies auch praktisch nicht durchführbar ist, da wir dann mindestens 30 000 bis 40 000 Juden erschiesen müssten, so liegt in dem Grundsatz der Vergeltung eine wirksame Propagandamöglichkeit, je nach dem auch eine abschreckende Wirkung. Ich hätte keine Bedenken, bei nächstem Angriff für jeden getöteten Ungarn zehn passende Juden erschiesen zu lassen. Ich habe auch auf Grund einer Rücksprache gestern abend mit den Ministern Ratz und Kunder den Eindruck, dass die Regierung eine solche Massnahme von sich aus durchzuführen bereit sein dürfte. Andererseits muss eine einmal eingeleitete, derartige Aktion dann auch konsequent durchgeführt werden. In Berücksichtigung der von Herrn Reichsaussenminister dem Führer nahegebrachten Vorschläge bezüglich eines Angebots aller Juden als Geschenk an Roosevelt und Churchill bitte ich um Unter- richtung, ob diese Idee weiter verfolgt wird, oder ob ich mit derartigen Vergeltungsmassnahmen nach dem nächsten Angriff beginnen kann.

Veesenmayer

Verteiler:

St.S. 3  
U.St.S.Pol 1  
Dg.Pol 1  
Pol IV b 2  
Inl II 1

110065

Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. Hl.*  
403



T e l e g r a m m

aus B u d a p e s t Nr.64 vom 4.4.1944

Für Botschafter Ritter.

Im Anschluss an Telegramm Nr.53 vom 3.ds.Mts.

Der Höhere SS-und Polizeiführer meldet unter dem 3.  
April 1944:

Juden: Gesamtfestnahmezahl: 3459

Der jüdische Bauingenieur Ernst Haves und seine Ehefrau wurden in Haft genommen. Es wurden bei ihnen Waffen und 2000 Stück Broschüren des Josef Csetinyi gefunden. Csetinyi tritt in seinen Schriften für die Revision ein, jedoch mit deutschfeindlicher Grundtendenz.

Spionage, Abwehr: Festgenommen wurde der Reichsdeutsche Kaufmann Wilhelm Bachmann, der mit dem für den französischen Nachrichtendienst tätig gewesenen Juden Kontz-Korda in Verbindung gestanden hat. Die ungarischen Staatsangehörigen Margit Kovac, geb. Laviczka und Eva Galgoczi wurden festgenommen wegen Verdachts, Agentinnen von zwei bereits einsitzenden Angehörigen des IS gewesen zu sein. Schliesslich wurde der Jude Pal Vajda in Haft genommen. Vajda war bis 1940 als Korrespondent der Reuter-Agentur London und Assopress USA einer der Hauptagenten des IS in Ungarn. Er wurde im Jahre 1940 vom ungarischen Kriegsgericht wegen Hochverrats zu einer Kerkerstrafe verurteilt, jedoch auf Betreiben Ullein-Reviczky's und des amerikanischen Gesandten wieder auf freien Fuss gesetzt. V. soll ferner auch Beziehungen zur japanischen Gesandtschaft und zur ungarischen Staatspolizei unterhalten haben.

Veesenmayer

Verteiler:

St.S. 3  
U.St.S.Pol 1  
Dg.Pol 1  
Pol IV b 2  
Lnl II 1  
ER von Grote 1

Dies ist Exemplar

110072

1253



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



(H. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Kl.*

404



Telegramm

aus Budapest Nr. 87 vom 14.4.44.

Für Herrn RAM über Botschafter Ritter.

Im Anschluss an Telegramm Nr. 79 vom 11. April.

Der Höhere S- und Polizeiführer meldet:

Opposition:

Als weitere führende Mitglieder der liberalen "Bürgerlichen Freiheitspartei" wurden in Budapest die Juden Dozent Dr. Elemar Pollatschek, Direktor Alexander Orszagh und Advokat Friedrich Markany festgenommen. Hierbei handelt es sich um die Finanzmänner der bürgerlichen Freiheitspartei.

Kommunismus:

Als Führer der Trotzkiistischen Gruppe wurde in Budapest der ungarische Staatsangehörige Istvan Marton festgenommen, der sich schon zur Zeit Bela Khuns hervorgetan hatte. Marton hatte in letzter Zeit eine trotzkiistische Zelle in Stärke von 10-15 Personen gebildet und war auch schon von der ungarischen Polizei verfolgt worden.

Unter Hinzuziehung der ungarischen Polizei wurde in Kaschau eine Überholung der Gewerkschaften der SPU durchgeführt. Aus dem sichergestellten Material konnte auf die kommunistische Einstellung einzelner Mitglieder SPU geschlossen werden.

Juden:

Gesamtfestnahmezahl: 6.408.

Spionage-Abwehr:

In Budapest wurden wegen Spionageverdachts der Jude Simon Tolnai und der englische Staatsangehörige Hubert Stell Lambert festgenommen. Tolnai stand mit dem festgenommenen polnischen Emigranten Wladislaw Jankowski in Verbindung und soll sich für diesen nachrichtendienstlich betätigt haben. Dem englischen Staatsangehörigen Lambert wird verdächtiger Umgang mit deutschfeindlich eingestellten höheren ungarischen Beamten und Aristokraten zur Last gelegt.

Es konnte ermittelt werden, dass der festgenommene Jude Opoka-Löwenstein, der frühere Sekretär im polnischen Flüchtlingskomitee Anlaufstelle für Kuriere der "Polnischen Sozialistischen Partei" war. Er stellte die Verbindung zwischen dem Generalgouvernement und den führenden Parteifunktionären in London unter Mithilfe des polnischen Delegaten in Budapest, Fiatowicz, her. Material, das Anfang 1944 aus dem Generalgouvernement für Opoka-Löwenstein eingegangen war, konnte bei dem festgenommenen polnischen Emigranten Sokolowski vorgefunden und sichergestellt werden.

Veesenmayer.

116131

rk:  
amm wurde  
der Gesandt-  
Budapest  
elbar nach  
hl durchge-  
n.  
o, 15.4.44.

Verteiler:

RAM  
RAM  
St. S.  
St. S. Pol.  
G. Pol.  
Pol. IV b  
Int. II



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*Sasse*  
407  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.



Telegramm  
(G.-Schreiber)

B u d a p e s t , den 17. April 1944 -  
Ankunft: (Berlin) " 19. " 1944 - 17.00 Uhr

Nr. 105 v. 17. IV.

Für Herrn Reichsaußenminister über  
Botschafter Ritter.

Vermerk:

Telegramm wurde von  
Gesandtschaft Budapest  
unmittelbar nach  
Einschl durchgegeben.  
Telko, den 19. IV.

Der Höhere SS- und Polizeiführer meldet:  
Juden: Gesamtfestnahmezahl 7073  
Spionageabwehr: In Budapest wurden  
wegen Spionageverdachts festgenommen:  
Der italienische Staatsangehörige Kosta  
Knezevic, der englische Staatsangehörige  
Hubert Scott, der ungarische Staatsangehörige  
Lajos Gyoergyei, die polnische Emigrantin  
Kazimira Materko. Ferner wurde in Budapest  
der Jude Paul Lord in Haft genommen, weil er  
in dem Verdacht steht, zusammen mit dem  
jüdischen Direktor Miller der Bauxit AG  
Pläne von ungarischen Flugplätzen, Munition  
fabriken und anderen kriegswichtigen Betrieben  
in die Schweiz geschafft zu haben.

Wegen achsenfeindlicher Einstellung  
wurde der italienische Staatsangehörige  
Fernando Gianola, Direktor der ungarisch-  
italienischen Bank in Budapest, festgenommen.  
Gianola ist Badoglio-Anhänger. Weiterhin  
wurde in Budapest der Gesandtschaftsrat  
Aladar Szegedy-Haszok, ungarischer Staats-  
angehöriger, in Haft genommen. Szegedy-  
Haszok stand im Verdacht, Angehörigen der  
polnischen Widerstandsbewegung ungarische  
Pässe ausgestellt zu haben. Szegedy-Haszok  
hat inzwischen zugegeben, daß er in drei  
Fällen polnischen Flüchtlingen ungarische  
Pässe ausgehändigt habe. U.a. wurden Pässe  
an den Sohn des derzeitigen Ministerpräsi-  
denten der polnischen Exilregierung, Marian  
Mikolajczyk, und an die angebliche Repräsen-  
tante im polnischen Innenministerium in Lon-  
don Maria Hulwicz übergeben. Szegedy-Has-  
zok gab an, hierbei im Auftrag seines vorge-  
setzten Dienststellenchefs gehandelt zu haben.  
Befindet sich seit der Regierungsumbil-  
dung außer Landes. Wegen Abhörens und Ver-  
breitens ausländischer Rundfunknachrichten  
wurde der Jude Karl Szanto und wegen Ver-  
dachts, einen Schwarzsender unterhalten zu  
haben, die Juden Erna Holtscher in Budapest

Verteiler:

Nr. 1 a RAM  
Nr. 2 a, 2b, St.S.  
Nr. 3 3 a BRAM  
Nr. 4 U.St.S. Pol  
Nr. 5 5a Dg. Pol  
Nr. 6 Pol IV b  
Nr. 7 Inl. II

) festgenommen.

Veesenmayer

116175

Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amts befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
408 Vortragender Legationsrat I. Kl.



T e l e g r a m m .  
(G.-Schreiber)

Budapest, den 27. April 1944 - 19.10 Uhr  
Ankunft: " 27. " 1944 - 23.25 "

Nr. 1089 v. 27.4.44

+ )Inl. II g.Rs. Im Nachgang zu Drahtbericht Nr. 117 vom 19.d.M. +)

Von den von Honvedministerium für den Abtransport bereitgestellten Juden werden am 27. und 28 April zwei Transporte mit je rund 2000 arbeitsfähigen Männern und Frauen im Alter von 16 bis 50 Jahren nach Auschwitz abgefertigt.-

Durch Rücksprache mit ungarischer Polizei und Aufsuchen der Bereitstellungslager ist sichergestellt worden, daß Juden neutraler und Feindstaaten vom Abtransport ausgenommen werden.

Veesenmayer

Verteiler:

Inl. II 2 Stck.

RAM 3 "

St.S. 3 "

USStS Pol 1 "

Dg.Pol 1 "

Pol IV 1 "

Dies ist Exemplar Nr. . . .

116256

1595



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*Sasse*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.  
409



Politisches Archiv

# Auswärtiges Amt

Büro des Staatssekretär

## Akten

betreffend:

Ungarn

vom 1. Mai 1944

bis 24. Juli 1944

Bd.

12

s. Bd.

13.



Nur als  
Verschlussache  
zu behandeln

T e l e g r a m m

aus Budapest Nr. 153 vom 5.5.44.

Für Herrn Botschafter Ritter

Im Anschluss an den Drahtbericht Nr. 150 vom 3.5.

Der Höhere SS- und Polizeiführer meldet mir am 4. Mai.

ermerk:  
a Diplogerma  
aapest unmit-  
lbar an Fuschl  
tergeleitet.

1.) Rechtsbewegung: Von KDS Budapest konnte nach längeren Ermittlungen Vidor Linnich von Denesfay ermittelt und festgenommen werden. Der Genannte ist einer der führenden Köpfe der Rongyos Garde und steht im Verdacht, Teile dieser Gardes zu einer deutschfeindlichen Bewegung zusammenzuschliessen.

2.) Kommunismus: Das Oberkommando Neusatz führte unter Beteiligung ungarischer Gendarmerie im Serbienviertel von Neusatz eine Aktion gegen die kommunistische Partei Jugoslawiens durch. Festgenommen wurden sieben Personen, darunter 4 Frauen. Umfangreiches Propagandamaterial, grössere Mengen Sanitätsmaterial, eine Pistole und eine Handgranate konnten sichergestellt werden. Ausserdem wurden eine Anlaufstelle und Absteigquartiere für Leute ermittelt, die aus Budapest und Oberungarn nach Kroatien oder zu den dortigen Banden überwechseln wollten.

3.) Banditen: Wegen Verdachts, an der Aufstellung einer Banditengruppe beteiligt zu sein, wurden in Budapest die Juden Samu und Lipot Weisz festgenommen. Nach Meldung des KDS Szeged drangen vier bewaffnete Banditen in den Maierhof des Serben Mija Zikelic in der Gemeinde Boldogaszófalva ein. Sie brachten zunächst die drei kleinen Kinder des Genannten auf den benachbarten Maierhof, schleppten den Z. in den Stall und erschossen ihn. Die Ehefrau des Z. war während des Überfalls im Dorfe, so dass sie verschont blieb. Darauf zündeten die Banditen den Maierhof an und hinterliessen dort sowie im Dorf im Abzugverfahren hergestellte Flugblätter. Eine Übersetzungsschrift des Flugblattes ist beigelegt. Es trifft tatsächlich zu, dass Z. einmal der ungarischen Gendarmerie Angaben über bei ihm übernachtende Banditen gemacht hat. Nach Angabe der ungarischen Gendarmerie ist dies bereits der sechste Fall, in dem Leute, die der Gendarmerie Anzeigen über Banditen gemacht hatten, vor diesen später erschossen wurden.

4.) Juden: Gesamtfestnahmezahl aus Sonderaktion 196.700. Im südwestlichen ungarisch-kroatischen Grenzbereich des KDS Stuhlweissenburg wurde aus vorbeugend polizeilichen Gründen eine Konzentrierungsaktion gegen die dort wohnhaften Juden durchgeführt. Es wurden in der Hauptsache die Städte Ólsnitz, Tschekaterna, Perlau und Grosskanitze gesäubert. Erfasst wurden insgesamt 2.740 Juden. Am 3.5. hat in

Verteiler:  
RAM 2  
St.S. 3  
St.S. Pol 1  
g. Pol 1  
Pol IV b 1  
nl. II 1  
Res. Frohwein 1

116300

H. 66A



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Rk.

in Siebenbürgen die Sonderaktion gegen die dort wohnhaften Juden begonnen. Die Aktion wird voraussichtlich in etwa 5 Tagen beendet sein. Es ist mit einem Ergebnis von etwa 11.000 Personen zu rechnen.

5.) Reichsverrat: Im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen General Ujszaszi und Oberst Kadar wurden am 3.5.1944 der letzte ungarische Militärattache in der Türkei, Oberst Otto Natz, sein Gehilfe, der Inspektor des Honvedministeriums Franz Bagyeni und der Direktor der ungarischen Seeschiffahrtsgesellschaft Istanbul Lothar Kocves da Koevesshaza in Haft genommen.

6.) Flüchtige Kriegsgefangene: Von KDS Budapest konnten vier aus dem Reich geflüchtete französische Kriegsgefangene und ein belgischer Kriegsgefangener in Haft genommen werden. Sie werden der Kriminalpolizei-stelle Wien überstellt.

Veesenmayer

110301



Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1968



412 (Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. M.

**Vermerk:**

Von Dipl. Germa Budapest  
unmittelbar an Fuschl  
durchgegeben.

Tel.Ktr. 17.5.44.

Nur als  
Verschlußsache  
zu behandeln

**T e l e g r a m m**  
( G - Schreiber )

B u d a p e s t, den 16. Mai 1944  
Ankunft (Berlin): 17. " "

Nr. 182 vom 16. 5.

Für Herrn Botschafter R i t t e r.

**Verteiler:**

3 Stk.	an	RAM
3 "	"	St.S.
2 "	"	BRAM
1 "	"	U.St.S.Pol.
1 "	"	Dg.Pol.
1 "	"	Pol.IVb
1 "	"	Inl.II(Arb.St.)
1 "	"	LR.v.Grote.

Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 176  
vom 14. 5. 44.

Der Höhere SS- und Polizeiführer  
meldet mir am 15. Mai:

**1.) Kommunismus:**

Im Zuge der im Bezirk Neusatz laufenden Aktionen gegen Kommunisten und Banditen wurden in der Nacht zum 6. Mai in Ujverbass weitere 27 Mitglieder der kommunistischen Partei Jugoslawiens festgenommen. Unter den Festgenommenen befinden sich auch Verbindungs-Männer zu der in der Nähe von Ujverbass unter Führung eines gewissen Sekicki stehenden Bandengruppe, die etwa 15 Mann stark ist. Die festgenommenen Verbindungsmänner geben an, daß die Banditen in der Nacht fast ständig in das Dorf kamen, ihnen aber ihren Aufenthaltsort nicht angaben. Am 9.5. wurden in der gleichen Angelegenheit weitere 7 Personen festgenommen, darunter befindet sich ein gewisser Milen Prodancovic, der engster Mitarbeiter des aus Neusatz geflüchteten Kommunistenführers "Cika". In der Wohnung des Prodancovic wurden außer Sanitätsmaterial auch Teile eines Vervielfältigungsapparates und eine Radiobatterie gefunden. Während der Durchsuchung traf dort die Schwester des P.Milena ein, die Flugzettel in der  
Tasche

110350

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



Tasche trug. Beide verweigern vorerst ihre Aussage, sodaß über den Aufenthaltsort der "Cika" bisher noch nichts bekanntgeworden ist.

## 2.) Banditen:

Nach Mitteilung der ungarischen Gendarmerie sind am 11. 5. bei Izvár, nördlich Beregszász 20 bis 30 Agenten mit Fallschirm abgesetzt worden. Es wurden 10 Schirme und eine MP I gefunden. In der näheren Umgebung von Munkacs halten sich noch zwei weitere kleine Banden auf. Zur Bekämpfung sind 2 Kompanien ungarischer Feldgendarmerie und die Garnison von Szolyva eingesetzt.

Nach einer Mitteilung der slowakischen Grenzpolizei befindet sich bei Temetevaggyar, 30 km nw. Munkacs, eine Bande in Stärke von etwa 150 bis 200 Mann. Diese Bande besteht aus fahnenflüchtigen Soldaten verschiedener Nationalitäten, ist angeblich aus der Slowakei nach Ungarn herübergewechselt und soll sich im Wald bei Modrogon und Postell aufhalten.

Am 11. 5. wurde im Wald von Nagyberg, nordöstlich Beregszász, eine neue Bande in Stärke von 10 Mann festgestellt. Zur Bekämpfung wurden ungarische Gendarmerie und Honved eingesetzt. Verluste: 2 Tote, ein Gendarm, ein Waldhüter verwundet, Bandenverluste unbekannt.

## 3.) Juden:

Im Karpathenraum und in Siebenbürgen sind nunmehr insgesamt etwa 300.000 Juden konzentriert. Ihre Abbeförderung hat am 14. 5. begonnen. Es fahren täglich vier Sondersüge mit je 3.000 Juden.

Vom KDS Budapest wurde die berufslose bulgarische Staatsangehörige Maria Tosceff wegen Verschleppung jüdischen Vermögens und Abgabe von Reisepässen an Juden in Budapest in Haft genommen.

## 4.) Spionage:

Wegen dringenden Verdachts der Tätigkeit für den französischen Nachrichtendienst wurde vom KDS Budapest der Jude Karel Wittmann festgenommen.

## 5.) Flüchtige Kriegsgefangene:

In Budapest konnten wiederum zwei aus deutscher Kriegsgefangenschaft geflüchtete Franzosen verhaftet werden.

## 6.) Grenzangelegenheiten:

Nach Meldung des KDS Neumarkt wurde am 10. 5. von rumänischer Seite an der ungarisch-rumänischen Grenze totale Grenzsperre verhängt. Die deutsche Wehrmacht ist mit den zuständigen rumänischen Militärdienststellen in Verbindung getreten, um die Durchfahrt für Militärfahrzeuge zu erreichen.

Veesenmayer.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.  
414



Vermerk:

Telegramm wurde von  
Ges. Budapest unmittelbar  
nach Fuschl durchgegeben, Telegramm  
Telko 28. Mai 44

( G.-Schreiber)

B u d a p e s t, den 25. Mai 1944 -  
Ankunft: " 28. " 1944 - 1.00 Uhr

Nr. 212 v. 25. V. Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 207  
vom 24. Mai

Für Botschafter Ritter.

Der höhere SS- und Polizeiführer  
meldete mir am 24. und 25. Mai 1944:

1.) Banditen: Die vom Kds Klausenburg  
vernommene Funkerin einer am 5.5. abgesetz-  
ten Fallschirmagentengruppe gab an, daß  
die Gruppe den Befehl gehabt hätte, über po-  
nischem Gebiet, und zwar in der Nähe der  
Stadt Grossno großen A.A.E. abzuspringen.  
Erst nach zweifältigen Erkundigungen stellte  
die Agenten fest, daß sie sich in Ungarn  
befanden. Die Gruppe soll mit polnischem  
Geld ausgestattet gewesen sein. Ihre Aufgab-  
bestand angeblich darin, Truppenbewegungen  
festzustellen, Munitionslager, Brücken usw.  
zu erkunden, Sabotageakte auszuführen, mit  
der Bevölkerung Verbindung aufzunehmen  
und Banditengruppen zu bilden. Die Ergeb-  
nisse der Arbeit sollten laufend durch  
Funk übermittelt werden. Die Funkagentin  
will im Fallschirmspringen nicht ausgebil-  
det worden sein. Die Handhabung des Fall-  
schirms wurde ihr erst kurz vor dem Ab-  
sprung erklärt. Nach Mitteilung des Kds  
Kaschau hat der slowakische Minister Mach  
auf einer Konferenz der Führer der slowaki-  
schen Gendarmerie, Polizei usw. unter Hin-  
weis auf entsprechende deutsche Vorstellun-  
gen ein schärferes Vorgehen gegen Juden,  
Tschechen, Banditen und Vorkehrungsmaßnahmen  
zur Verhinderung von Sabotage gefordert.  
Er gab der Polizei die Weisung, wichtigeren  
illegalen Verbindungen größere Aufmerksam-  
keit zu widmen, ihn persönlich von allen ent-  
sprechenden Vorgängen in Kenntnis zu setzen  
und gegen Banden notfalls in Verbindung  
mit der slowakischen Wehrmacht einzuschreiten  
die sich mit dieser Zusammenarbeit einver-  
standen erklärt hat. Juden und Tschechen  
sollen aus der Ostslowakei nach dem Westen  
verbracht werden. Kds. Kaschau meldet,  
daß

Verteiler:

2 Stück an RAM  
3 " " St.S.  
1 " " U.St.S. Pol  
1 " " Dg. Pol  
1 " " Pol IV b  
1 " " Inl. (Arb.St.)  
1 " " L R v. Grote,

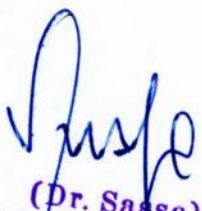
110417



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



daß am 24. 5. das Dorf Banykowica, 7 km östlich Polena, von Banditen angezündet wurde. Die Honved befindet sich zur Zeit im Gefecht mit den Banden, deren Stärke und Bewaffnung noch unbekannt sind.

2.) Juden: 24. 5. Gesamtzahl der ins Reich abtransportierten 117.082. Vom Kds Budapest wurde wegen deutschfeindlichen Verhaltens, Abhörens und Verbreitens der Nachrichten des Londoner Senders und wegen Verdachts einen Geheimsender zu besitzen, ein jüdisches Ehepaar festgenommen.

25. 5. Gesamtzahl der ins Reich Abtransportierten 138.870. Komitat und Stadt Munkacs sind seit dem 23. 5. restlos von Juden geräumt.

3.) Spionage: Dem Kds Budapest wurde vertraulich bekannt, daß diejenigen Polen, die in der "Klinika Pension" einquartiert sind, versuchen wollen, Ungarn auf illegalem Wege zu veranlassen. In diesem Zusammenhang wurden 4 polnische Flüchtlinge festgenommen, von denen einer falsche Papiere bei sich führte.

Von der Abwehrstelle Breslau wurde daraufhingewiesen, daß sich der ehemalige Leiter der politischen Abteilung der Wojwodschaft Kattowitz, der frühere Stadtinspektor Withold Chomransky, in der Nähe von Budapest als Emigrant illegal aufhalten solle. Darauf wurde vom Kds Budapest im polnischen Offiziersinternierungslager Raab der ehemalige polnische Oberleutnant Marian Comransky festgenommen. Ob Identität vorliegt, steht noch nicht einwandfrei fest. Chomransky war bei der Polizei in Kattowitz tätig, wurde aber in Ungarn als Militärflüchtling anerkannt. Hier stand er eine Zeitlang im Dienste des Fremdenkontrollamtes und war an der Überprüfung von Auslandsreisen polnischer Flüchtlinge beteiligt. Von der ungarischen Staatssicherheitspolizei wurde dem Kds Budapest der polnische Jude Leo Biren übergeben, der hier mit falschen Ausweispapieren auf den Namen Leon Sawatzki lebte. Diese Papiere will Biren in Krakau gekauft haben. In Krakau ist Biren im Winter 1934/44 arbeitsvertragsbrüchig geworden und von dort über die Slowakei nach Ungarn geflüchtet.

4.) Sabotage: Durch die Luftangriffe auf Budapest am 3. und 12. 5. entstanden auf dem Gelände der Fanto A.G. kleinere Brände, die im Keime hätten erstickt werden können. Die leitenden Personen dieses Betriebes, Direktor Fanyes, Dipl. Ing. Laszlo Thoman und Direktor Fabri, alle drei Juden, sabotierten jedoch die ersten Bekämpfungsmaßnahmen, sodaß der größte Teil des Werkes dem Feuer zum Opfer fiel. Die Genannten wurden festgenommen.

5.) Donau-Verminung: Am 16. 5. ist beim Stromkilometer 154/8 der stromabwärtsfahrende Motorschlepper "Kreszenc Wallner" auf eine Treibmine gelaufen. Das Heck des Schleppers wurde stark beschädigt. Der Schlepper konnte jedoch auf Strand gesetzt werden. Bei Kisapos sind drei Kähne des Schleppers "Szialiget" auf Minen gelaufen. Verluste: 2 Tote, 2 Schwerverwundete. Die Kähne sind gesunken.

Am 10. 5. lief ein Kahn des Schleppers "Tatra", 20 km westlich Ujvidek, auf eine Mine und sank. Ein zweiter Kahn wurde stark beschädigt.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958 416



*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. M.



6.) Reichsverrat: Wegen dringenden Verdachts, Badoglio-Anhänger finanziell unterstützt zu haben, wurde vom Kds. Budapest der ungarische Staatsangehörige Istvan Ambro in Haft genommen.

Ferner wurde in Budapest wegen deutschfeindlicher Äußerungen und Verdachts, einen Geheimsender betrieben zu haben, der ungarische Staatsangehörige Dipl.Ing. Ageston Kisshazy festgenommen.


7.) Sonstiges: Wegen deutschfeindlicher Äußerungen wurden vom Kds Budapest vorübergehend der britische Staatsangehörige Guy Martin und seine Ehefrau Elisabeth geb. Arady, eine geb. Ungarin, festgenommen. Martin ist seit 30 Jahren in Ungarn ansässig und hat hier ein eigenes Unternehmen.

Veesenmayer.

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. M.*



Vermerk:

Von Diplogerma Budapest  
unmittelbar an Fuschl  
übersandt.  
Telko, den 14. VI.

T e l e g r a m m

( G.-Schreiber)

B u d a p e s t, den 13. Juni 1944 -  
Ankunft: " 14. " 1944 -

Nr. 249 v. 13. VI.

Der Höhere SS-Polizeiführer meldet mir  
am 10. und 12. Juni 1944:

1.) Spionageabwehr:

Wegen Tätigkeit für die polnische  
Widerstandsbewegung und für den Nachrichten-  
dienst der polnischen Militärorganisation,  
wurden vom Kds Budapest 4 Polen festgenommen

Ferner gelang es, den ehemaligen Ver-  
treter des Leiters der örtlichen Budapest-  
Placierung, Oberstleutnant Josef Slys, fest-  
zu nehmen, der sich bisher dem Zugriff der  
Sicherheitspolizei durch ständiges Wechseln  
seines Aufenthaltsortes entziehen konnte.  
Slys kam im Jahre 1940 mit einem Diplomaten-  
paß, der ihn als Beamten der polnischen  
Exil-Regierung legitimierte, nach Budapest  
und war in der "Placowka Wegrin" bis zum  
Mai 1942 als Vertreter des Ingenieurs Fietz,  
Deckname Fietowicz, tätig. Slys ist ehema-  
liger österreichisch-ungarischer Offizier,  
der sich in italienischer Kriegsgefangen-  
schaft sofort der polnischen Legion des  
Generals Haller angeschlossen hat. Er galt  
in Budapest als persönlicher Vertrauensmann  
des derzeitigen polnischen Kriegsministers.

In Budapest wurde der polnische Emigrant  
Wladislaw Pietrzykowski festgenommen. P.  
ist polnischer Finanzrat, soll aus dem  
Generalgouvernement nach Ungarn geflohen sein  
" weil er von deutschen Behörden zum Tode  
verurteilt worden sei" und war dann im un-  
garischen Innenministerium mit der Bearbeitung  
von polnischen Flüchtlingsfragen befaßt.

2.) Grenzangelegenheiten.

Wegen Menschen schmuggels wurde der  
ungarische Staatsangehörige Sigismund Nyikos  
in Budapest festgenommen. N. hat seit Mo-  
naten gewerbsmäßig Juden und andere verdäch-  
tige Personen illegal über die Grenze nach  
Rumänien und nach der Slowakei verbracht.  
Diese illegalen Abwanderer hat er zu Trans-  
portgruppen von 12 bis 15 Personen in

Verteiler:

2 Stück an B RAM  
3 " " St.S.  
1 " " U.St.S.Pol.  
1 " " Dg.Pol.  
1 " " Pol IV  
1 " " Inl. II (Arb.Ex.)  
1 " " Ges. Frohwein  
1 " " Pol I M.

Dies ist Nr. ....

+) grüne

110513



Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *Jell.*

418



in Budapest zusammengestellt.

### 3.) Banditen: Fallschirmagenten:

Dem in Koprivonica/Kroatien liegenden Ustascha-Kommando ging am 27. 5. 1944 eine vertrauliche Mitteilung zu, nach der in der Ortschaft Djuretina von den Banditen Gewehre, Munition und Uniformen versteckt worden seien. Als die Ustascha-Einheit am gleichen Tage einen Vorstoß dorthin unternahm, erhielt sie nach Überschreiten der Drau starkes MG-Feuer; wie sich später herausstellte, war die Meldung über das Waffen- und Munitionsversteck nur zum Schein abgegeben worden, um die Ustascha-Einheit aus Koprivonica herauszulocken. Die Banditen hatten die Absicht, die Zeit der Abwesenheit des Ustascha-Kommandos auszunutzen, um die gegenüber Koprivonica auf ungarischer Seite liegende Bahnlinie zu sprengen.

KdS Kaschau meldet: Am 2. 6. 1944 sind von Feindflugzeugen zwischen Bustyahaza und Talaborfalu 4 Fallschirmspringer abgesetzt.

Am 3. 6. 1944 gegen 24 Uhr sind 4 Banditen in dem Ort Nyirlugos aufgetaucht.

Nach Mitteilung der Feldkommandantur 811 Beregszasz sind die Beskiden und die Verecke-Paßstraße für Einzelfahrer gesperrt. Die Straßen dürfen nur im Geleit mit entsprechender Bedeckung nach Anmeldung bei der Ortskommandantur Nunkacs befahren werden.

### 4.) Juden:

Gesamtzahl der ins Reich Abtransportierten: 303.499. KdS Neumarkt nahm 4 Juden fest, die die Absicht hatten, mit gefälschten Taufscheinen und Ausweispapieren über Rumänien nach Palästina zu flüchten.

### 5.) Kirche:

Am 10. 5. 44 wurde in Borgotale bei Bistritz der griechisch-katholische Pfarrer Georg Zagrai von der ungarischen Gendarmerie festgenommen und in das Gerichtsgefängnis Bistritz eingeliefert. Zagrai hat 4 rumänische Bauern, die mit der Bewachung der versiegelten Judenwohnungen betraut waren, aufgefordert, in die Wohnungen einzudringen und Wertgegenstände und sonstige Waren zu entwenden. Während die Bauern die Einbrüche ausführten, zechte der Pfarrer Zagrai mit den Gendarmeriebeamten in einem Lokal, um diese von ihrem Kontrollgang abzuhalten.

### 6.) Sabotage, Donauverminung:

Am 9. 6. 44 wurden bei Dunagyhaz von deutschen Pionieren mehrere dünne Glasflaschen mit einer Flüssigkeit aus der Donau gefischt. Beim Zerschlagen der Glasflaschen blieb die Flüssigkeit auf dem Wasserspiegel und verursachte Brandwunden bei Berührung.

Anlässlich der Störflüge am 11. 6. 44 in den Vormittagsstunden wurden von feindlichen Flugzeugen zwischen Donaföldvár und Pacs Minen in die Donau geworfen.

### 7.) Reichsverrat:

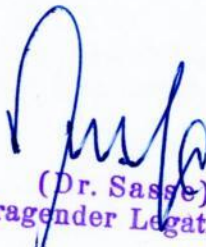
110514



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

419



7.) Reichsverrat:

KdS Fünfkirchen nahm den Landwirt Adam Großmann, ungarischer Staatsangehöriger, deutscher Abstammung fest, weil er der geistige Urheber und Verfasser eines an das Honvedministerium gerichteten Schreibens ist, in dem gegen das Abkommen zwischen der Deutschen und der ungarischen Regierung über die Musterung von Volksdeutschen zur Waffen-SS Stellung genommen wird.

Gleichfalls wurde wegen Gegenpropaganda gegen die 3. Waffen-SS-Aktion und als Hetzer gegen das Deutschtum der Landwirt und Abgeordnete des ungarischen Reichstages Adam Riesz, eben falls ungarischer Staatsangehöriger deutscher Abstammung festgenommen. Riesz war früher Abgeordneter der Kleinlandwirte-Partei und ist im Jahre 1939 zur Regierungspartei übergetreten. Sein Abgeordnetenmandat hatte er nur mit deutscher Unterstützung erlangt.

8.) Stimmung der Bevölkerung:

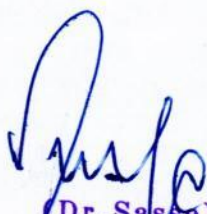
KdS Kaschau meldet, daß im dortigen Bereich die Nachricht von der Invasion die allgemeine Spannung gelöst und eine gewisse Zufriedenheit hervorgerufen habe. Man rechnet überwiegend mit einer Niederlage der anglo-amerikanischen Invasionstruppen. Bei der Amtseinführung des neuen Obergespan von Eger, Der Horvath, am 5. 6., die von Imredy persönlich vorgenommen wurde, löste das Erscheinen Imredys unter der Bevölkerung großen Jubel aus. Seine Ansprache wurde mit starkem Beifall aufgenommen.

ohne Unterschrift.

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*  
420



Telegramm  
aus Budapest Nr. 1820 vom 17.6.

Nur als  
Verschlussache  
zu behandeln

Für Botschafter Ritter.

Vermerk:

Tel. wurde von Ge-  
sandtschaft Budapest  
unmittelbar nach  
Fuschl durchgegeben.  
Telko.

Im Anschluss an Drahtbericht Nr. 258 vom 15.  
Juni. Der höhere SS- und Polizeiführer meldet mir  
am 15. Juni:

1.) Kommunismus.

KDS Budapest nahm den Juden Deutsch und seine  
Frau fest, weil er im Verdacht steht, bolsche-  
wistischer Agent zu sein. Deutsch war von 1932 bis  
1936 in Moskau und wurde dort mehrfach von seiner  
Frau besucht. Nach ihrer Rückkehr aus Moskau hat sie  
sich des öfteren geäußert, dass sie dort für GPU-  
Kommissare als Schneiderin tätig gewesen sei.

2.) Juden.

Gesamtzahl der ins Reich abtransportierten:  
326,009. Aus Kreisen des rumänischen Generalkonsuls  
in Klausenburg wurde in Erfahrung gebracht, dass  
die nach Rumänien geflüchteten ungarischen Juden  
dort wie politische Flüchtlinge behandelt worden  
und ihnen durch die rumänische Regierung die Ausreise  
nach Palästina ermöglicht werden soll.

.Veesenmayer

Verteiler:

RAM 2x  
St.S. 3x  
U.St.S. Pol 1x  
Dg. Pol 1x  
Pol I M 1x  
Pol IV b 1x  
Inl.II(Arb.Expl.) 1x  
Ges. Frohwein 1x

110543

Mus. G.S.

3684

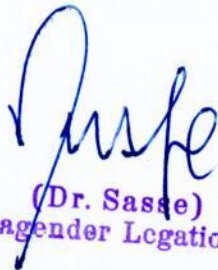


Die Ubereinstimmung des ~~vor~~/umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



421

  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

Telegramm.  
(G.-Schreiber)

Budapest, den 12. Juli 1944

14,10 Uhr

Ankunft : 12. " "

22,50 "

Nr.1942 vom 11.7.

Auf Drahterlaß Nr.2054 x)  
vom 8. Juli 1944.-

x)P 11193

Reuter-Meldung, wonach  
König von Schweden persönliches Te-  
legramm an Reichsverweser zwecks In-  
tervention in Judenfrage gerichtet  
habe, trifft zu. Es wird versucht,  
Wortlaut zu beschaffen.

Wegen Behauptung Reuters  
über "Endphase Judenvernichtung in  
Ungarn" verweise auf ungarisches amt-  
liches Communiqué über Abtransport  
ungarischer Juden zum Arbeitseinsatz  
ins Reich, das voraussichtlich in  
Kürze herausgegeben werden wird.

Verteiler Nr. 4

Nr. 1 } Gene (Abt. 20)

Nr. 1a }  
Nr. 2 } " RAM

Nr. 2a }  
Nr. 3 } " St. S.

Nr. 3a }  
Nr. 3b }  
Nr. 4 } " RAM

Nr. 4a }  
Nr. 4b }  
Nr. 5 } " RAM

Nr. 5a }  
Nr. 5b }  
Nr. 6 }  
Nr. 7 }  
Nr. 8 }  
Nr. 9 }  
Nr. 10 }  
Nr. 11 }  
Nr. 12 }  
Nr. 13 }  
Nr. 14 }  
Nr. 15 }  
Nr. 16 }  
Nr. 17 }  
Nr. 18 }  
Nr. 19 }  
Nr. 20 }  
Nr. 21 }  
Nr. 22 }  
Nr. 23 }  
Nr. 24 }  
Nr. 25 }  
Nr. 26 }  
Nr. 27 }  
Nr. 28 }  
Nr. 29 }  
Nr. 30 }

V e e s e n m a y e r

110704

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*Sasse*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. M.*





gute Pers. Berater

22

Dieter Wolschong

gute Pers. Berater  
Wolschong, Dieter



# Fragebogen Nr.

## für den Antrag auf Erteilung eines Sichtvermerks zur Reise nach Deutschland

(In zwei Stücken **deutlich** auszufüllen.)

(Gesondert auszufüllen für alle Personen über 6 Jahre; Kinder unter 6 Jahren sind in dem Fragebogen der sie begleitenden Erwachsenen mit Vor- und Zunamen sowie Alter in Spalte 16 aufzuführen.)

Lichtbild

1. Familien- und Vornamen  
(bei Ehefrauen auch Mädchenname),  
Schriftstellernamen, Künstlernamen, bei  
Russen auch Vatersname

W i s l i c e n y

(Familienname, möglichst in Blockschrift)

Dieter Wolfgang

(Vornamen, Rufname unterstreichen)

2. Geburtstag und -ort  
(auch Kreis, Bezirk, Staat)

geboren am 13. I. 1911 in Regulowken

Kr. Angerburg/Ostpreussen

(Kreis, Bezirk, Staat)

3. Familienstand  
(bei Ehefrauen auch Familienname,  
Vornamen, Geburtstag und -ort des  
Ehemannes)

ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden, getrennt lebend  
(Nichtzutreffendes ist zu streichen)

seit ./.

Ehemann

(Familienname)

(Vornamen)

geboren am ./. in

Staatsangehörigkeit

DR.

seit

bei Doppelstaatern: die weitere

./.

seit

bei Änderung oder Verlust: die frühere

bis

Wohnsitz oder dauernder  
Aufenthaltort

Pressburg, Kuzmanygasse 1 a

(genaue Anschrift und Telefon-  
nummer)

Tel. ./.

Was für einen Paß besitzen Sie?  
(Art des Passes, Nummer, Behörde,  
Ausstellungsort, Datum, Geltungs-  
dauer)

Dienst -

Paß-Nr. 1960/40

ausgestellt durch den Polizeipräsidenten Berlin  
Berlin

in

am 23.8.40 gültig bis zum 23.8.1941

Stand (Beruf) mit Angabe der Firma,  
Organisation oder Behörde, ihrer An-  
schrift, Telefonnummer sowie der  
Art der Tätigkeit  
Als Unterlagen darüber werden vor-  
gelegt

SS-Hauptsturmführer

Reichssicherheitshauptamt



8. Reiseweg (Aufenthaltsorte in Deutschland) mit Grenzeingangs- und Grenzausgangsstelle	Grenzeingangsstelle: über <b>alle Grenzübergangsstel.</b> Grenzausgangsstelle:
9. Zu wem wollen Sie reisen? (anzugeben sind Ort, Straße und Hausnummer sowie die aufzusuchende Person oder Firma)	a) _____ b) _____ c) <b>./.</b> d) _____ e) _____
10. Reisezweck (genau für jeden Ort)	zu 9 a) _____ zu 9 b) <b>dienstlich</b> zu 9 c) _____ zu 9 d) _____ zu 9 e) _____
11. Beabsichtigter Zeitpunkt der Einreise und Dauer des Aufenthaltes in Deutschland?	Einreise etwa am: <b>./.</b> Aufenthaltsdauer _____
12. Wann sind sie zuletzt in Deutschland gewesen? (wo, bei wem, genaue Anschrift)	<b>./.</b> in _____ bei _____
13. Sprechen Sie deutsch?	<b>./.</b>
14. Gewährsleute (genaue Anschrift und Telefonnummer) a) hier, b) in Deutschland (mindestens zwei)	<b>./.</b>
15. Art des beantragten Sichtvermerks	Ein- und Wiederausreise — <del>XXXXXXXXXXXX</del> — <u>mehrmal</u> (Nichtzutreffendes ist zu streichen)
16. Bemerkungen (auch Angaben über Namen und Alter von Kindern, die mitreisen)	<b>./.</b>

Pressburg  
(Ort)

21. Oktober

(Eigenhändige Unterschrift des Antragstellers, genaue Anschrift und Telefonnummer)  
 Pressburg, Deutsche Gesandtschaft,  
 Kzmanygasse 5, Tel. 5740

5740



Fernschreibstelle

Fernschreibname Laufende Nr.

Angenommen  
Aufgenommen

193

Befördert:

193

Reg. Eingangstempel:

um:

Uhr

um:

Uhr

von:

an:

durch:

durch:

Bemerkte:

G - Schreiber

1255 NR 61 OLR AUSWAMT +

Fernschreiben

Posttelegramm

von

Deutsche Gesandtschaft

DG PRESSBURG NR 61 VOM 7/8 12.55 =

An

Auswärtig Ref.DII

Berlin

Bestimmungsort

Nr. 80307

Berater für Judenfragen SS Hauptsturmführer  
 Wisliceny meldet heute, dass er vom Reichs-  
 sicherheitshauptamt mit sofortiger Wirkung als Berater  
 abberufen sei und bis zum 31.8. abzuwickeln habe. Erbitten  
 Erwirkung eines Gegenbefehls, da Wisliceny hier unentbehr-  
 lich ist. Erbitten weiterhin Verhinderung der Abberufung  
 der vom Reichsicherheitshauptamt zur Verfügung gestellten  
 Berater, da eine solche Massnahme die Arbeit des gesamten  
 Beraterkorps in Frage stellen würde.

Ludin

fll

1.) Nach Abgang H. G. R. Ringelmann  
 vorlegen

Richt zu übermitteln:

Unterschrift des Aufgebers

Fernsprech-Anschluß des Aufgebers

Pen. Berater, Wollung



Fernschreibstelle

Fernschreibname Laufende Nr.

Befördert:

um:

an:

durch:

Angenommen

Aufgenommen

193

um:

Uhr

von:

durch:

Reg. Eingangsstempel:

Bemerkte:

Fernschreiben

Posttelegramm

Fernspruch

von Deutsche Gesandtschaft

An den Amtschef I Reichssicherheitshauptamt  
SS-Brigadeführer Streckenbach

Berlin

Bestimmungsort

Betr.: SS-Hauptsturmführer Wisliceny

Wisliceny hat am 1.8. den Befehl erhalten, sofort seine Dienstgeschäfte als Berater für Judenfragen abzuwickeln und bis zum 1.9. zu seiner alten Dienststelle SD Leitabschnitt Danzig zurückzukehren. Da Wisliceny hier unabkömmlich und unersetzlich ist, bitte ich dringend, diesen Befehl zurückzunehmen und den weiteren Verbleib Wislicenys als Berater in Pressburg zu befehlen. Ich bitte, um rascheste Erledigung, da sich Wisliceny infolge des alten Befehls für verpflichtet hält abzureisen, falls nicht rechtzeitig ein Gegenbefehl eintrifft.

Ludin, Deutscher Gesandter

nicht zu übermitteln:

Unterschrift des Aufgebers

Fernsprech-Anschluß des Aufgebers



# Geheime Staatspolizei — Stapelleitstelle Wien

## Nachrichten-Übermittlung

Aufgenommen Zeit Tag Monat Jahr 22. VIII. 41 von durch L. o.	Raum für Eingangsstempel 	Befördert Zeit Tag Monat Jahr an durch
G. = Nr. 1642	Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben Fernspruch	

+ BERLIN NUE 133 467 22.8.41 1815 = SCHU =  
 AN DIENSTSTELLE PRESSBURG — Z. H. VON KK. GOLTZ. =  
 = BETR. : SS — H ! STUF. WISLICY. =  
 = BEZUG: DORT. FS. VOM 21.8.41 — NR. 1636. =  
 = LAUT MITTEILUNG VON SS — BRIGADEFUEHRER STRECKENBACH  
 BLEIBT W. ZUNAECHST IN PRESSBURG. =

= RSHA — ROEM. 4( P) I. A. GEZ. WIPPER +

Pressburg, den 23.VIII.1941.

Unter Rückerbittung  
 dem Herrn Gesandten  
 mit der Bitte um Kenntnissnahme vorgelegt.

Waisung v. L. I. Gmulin

Kriminalkommissar.

H. Gps. H. I. Ke.

Sindes vorlegen.

25.8.41

Pers. Bereich

Wissung



# Geheime Staatspolizei — Stapoleitstelle Wien

## Nachrichten-Übermittlung

Aufgenommen Tag Monat Jahr 16. 8. 41 durch [Signature]			Raum für Eingangsstempel 26. AUG. 1941		Befördert Zeit Tag Monat Jahr an durch			
Nr. 1652			Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben Funkspruch					

BERLIN NUE 135 240.25.8.41 1845 : SCHU =  
AN DIE DIENSTSTELLE DES BEAUFTRAGTEN FÜR DIE  
SICHERHEITSPOLIZEI IN PRESSBURG. =  
MIT DER BITTE UM WEITERLEITUNG AN DEN GESANDTEN  
GA - OBERGRUPPENFÜHRER LUDIN. =  
BETR.: SS - H' [Signature] WISLIZENY. =  
DIE RUECKBERUFUNG W. 'S. ENTSPRICHT DER DURCH DIE  
FORDERUNG DES AUSWAERTIGEN AMTES ZUNAECHST GESCHAFFENEN  
LAGE. DA ABER Z. ZT. VERHANDLUNGEN SCHWEBEN UEBER DIE  
ENDGUELTIGE KLAERUNG DES EINSATZES VON ANGEHOERIGEN  
DER SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD IM AUSLANDE BIN ICH  
MIT EINEM VERBLEIBEN DES W. 'S IN PRESSBURG  
EINVERSTANDEN, BIS DIE VERHAELTNISSE ENDGUELTIG  
ERKLAERT SIND. ICH WÄRE ABER DANKBAR, WENN W. IN DER  
ZWISCHENZEIT ZWEI TAGE ZU EINER DIENSTLICHEN  
RUECKSPRACHE HHIERHER GESANDT WERDEN KOENNTE.

HEIL HITLER - GEZ. I. V. STRECKENBACH -

SS - BRIGADEFÜHRER.

Unterschrift des Aufgebers

4 D. Drewitz, Berlin SW 61.

Fernsprech-Anschluß des Aufgebers

Pen: Brater, [Signature]



Fernschreibstelle

--	--	--

Fernschreibname

Laufende Nr.

Angenommen  
Aufgenommen

Datum:

19

um:

Uhr

von:

durch:

Befördert:

Datum:

19

um:

Uhr

an:

durch:

Rolle:

Bemerkte:

NR 207 DG PRESSBURG 22.45 JX ERH +

Fernschreiben

BERLIN USW 2 NR 207 29 2225 =

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT PRESSBURG = NR 942 = G E H E I M  
= MIT BEZIEHUNG AUF DORTIGES FERNSCHREIBEN 135 BOM 13.8.  
SS- GRUPPENFUEHRER HEYDRICH HAT MITGETEILT, DASS ER DIE  
ENTSCHEIDUNG UEBER DIE WEITERE VERWENDUNG DES  
SS-HAUPTSTURMFUEHRERS WISLICENY ZURUECKGESTELLT HABE  
BITTE DAHER WEITERE WEISUNG ABZUWARTEN = LUTHER + +

Nicht zu übermitteln:

Unterschrift des Aufgebers

Fernsprech-Anschluß des Aufgebers

Nr. 1579 a. Verlag und Druck: Heß, Braunschweig-München. 3219. 40. 144 000

Pers. Berater



W i s l i c e n y  
SS-Hauptsturmführer.

Pressburg, am 19. August 1942

An die

Deutsche Gesandtschaft -Beraterabteilung-  
z.H.v.Herrn Ministerialrat Dr.Grüninger

P r e s s b u r g

10.8.42  
6874

SS-Obersturmbannführer Eichmann, Reichssicherheitshaupt-  
amt Berlin - VI B 4 - , teilte mir am 19.8.42 fernmündlich  
mit, dass für den 28.8.42 in Berlin eine Arbeitstagung sämt-  
licher Judensachbearbeiter vorgesehen ist und dass ich zu  
dieser Tagung erscheinen müsse. Falls mein Gesundheitszustand  
es mir erlaubt, muss ich an der Tagung in Berlin teilnehmen.

Ich bitte um Unterrichtung des Auswärtigen Amtes und  
Genehmigung der Dienstreise.

Wislitsky  
SS-Hauptsturmführer.

Herrn Ges.Rat Dr.Endrös

mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung.

Pressburg, 20.8.42

Grünig

21.8.42

FERNSCHREIBSTELLE  
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
PRESSBURG

236

Laufende Nr. der Fernschreibstelle

Aufgenommen:

Datum :

um :

von :

durch :

Vermerke :

= GSCHREIBER =

# FERNSCHREIBEN

von :

S BERLIN AW NR 230 25 10 40 ETAT :

Bestät

NR 230 ERH 1045 DG PBG KOZ +

an :

DIPLOGERMA PRESSBURG

NR 1332 =

Bestimmungsort

MIT DIENSTREISE WISLICENCY EINVERSTANDEN . = LUTHER +



G/1.

Fernschreiben.

Berlin, den 3.12.42. 13,55 Uhr.  
Pressburg, den 3.12.42. 14,05 Uhr.

Auswärtig  
~~Deutscher Fernambtschreiber~~

Berlin

~~XXXXXXXXXXXX~~

Nr: 2148 vom 3.12.42.  
G- Schreiben.

*Vogel f.*  
*Pen. Becker, W.*

Herrn Unterstaatssekretär Luther.

Auf F.S. Erlass Nr: 1995 vom 27.11.42 G- Schreiben.  
Betreffend Berater.

Beratertätigkeit für Hlinkajugend ist im Einverständnis mit Ministerpräsident Tuka nach endgültigem Ausscheiden des Oberbannführers Förster beendet worden. Hauptbannführer Muths wird lediglich als Leiter der Kinderlandverschickung ( KLV ) verwendet. Wegen Dr. Brocke habe ich mit Fernschreiben Nr: 2135 vom 1.12.42 gesondert berichtet.

Berater für Judenfragen ist vorläufig noch unentbehrlich. Vorzeitige Beendigung seiner Tätigkeit würde nicht nur vollständigen Stillstand in Judenfragen herbeiführen sondern auch Gefahr hervorrufen, dass antijüdische Maßnahmen heimlich rückgängig gemacht und jüdischer Einfluss in gewissen Kreisen verstärkt, wenn auch getarnt sich bemerkbar machen würde.

gez. Endrös.

*Pen. Becker, W.*



tsche Gesandtschaft

den 29. Januar 1943.

iz. Pers. Berater Nr. 642 ✓

Befug auf den Bunderlaß  
o. 7. 1925 V Pa 1591/17064ftt: Ministerialpass des  
Referenten Wisliceny  
(Berater)

chdrucke

Der Ministerialpass Nr. 2734 des Beraters H-Haupt-  
sturmführer W i s l i c e n y ist im Hinblick auf den  
seitwärts bezeichneten Bunderlaß auf drei weitere Mona-  
te bis Ende April d.J. verlängert worden, da er ein  
Kommando nach Griechenland erhalten hat und unverzüg-  
lich abreisen mußte.

An

Auswärtiges Amt  
Referat D Vin Berlin

gez. Endrös

4  
Pers. Berater, W. Wisliceny

ak Na. 3.2.43  
1880/43

133

Mit einem Durchdruck

FERNSCHREIBSTELLE  
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
PRESSBURG

# FERNSCHREIBEN

von: Deutsche Gesandtschaft

DG PRESSBURG NR. 139 27/8 20.00=

FS NR 139 /1536 2010 JM AUSW BLN +

Laufende Nr. der Fernschreibstelle

Beförderer:

Datum: 27.8 1943  
um: 20.10 Uhr  
an: Berlin  
durch: f

an: Auswärtig

Vermerke:

offen

Berlin

Bestimmungsort

Citissime

Nr. 1536

Der Berater für Judenfragen  $\frac{1}{2}$ -Hauptsturmführer Wisliceny teilt mit, dass er die Nachricht erhalten habe, er habe sich am 31. August bei  $\frac{1}{2}$ -Gruppenführer Müller, Amtschef im Reichssicherheitshauptamt dienstlich zu melden. Als Grund der Rücksprache wurde Berichterstattung über die Lösung der Judenfrage in Griechenland angegeben. Wisliceny bittet daher um Genehmigung einer Dienstreise vom 30.8. - 3.9. nach Berlin. Falls die Gesandtschaft bis zum Ablauf des 29.8. nicht im Besitz einer gegenteiligen Weisung ist, wird angenommen, dass die Reise genehmigt ist.

Ludin

*LM*

*L 2818*

Wiedervorlg.n. Abgang.

*Per Berater, Wisliceny*



134

- Der Polizeiattaché -

Pressburg, den 16. Dezember 1943.

Herrn

Kanzler G ö r i n g

P r e s s b u r g .  
-----

Betrifft: Verlängerung des Ministerialpasses Nr. 2734.

Der zur Zeit nach Athen abgeordnete W-Hauptsturmführer Dieter W i s l i c e n y hat mir den Ministerialpass übersandt mit der Bitte um weitere Verlängerung. Ich darf um baldige Erledigung und Zusendung mit Bezug auf die fernmündliche Rücksprache bitten.

*Erst*  
*H. Munkauf*  
*b. bis 31.3.44*  
*verlängern*  
*n. Ber. an d. 16/12*  
*16/12*

135





# Auswärtiges Amt

Botschaft:

Gesandtschaft: *Pressburg*

## Akten

312/5

betreffend:

*Judentum*

vom *5. August 1939,*

bis *30. Juni 1942.*

Bd.

*1*

s. Bd.

*2*

*Pol 4 Nr. 2*



Berlin W8. den 22. Juli 1940.

Wilhelmstraße

Deutsche Gesandtschaft  
Preßburg

Eing. 26. JUL. 1940

Geb. Nr.

Geld

Ant.

In seinem Buch

"Die Verbreitung der Juden in der Welt - 1937 -"

führt ZANDER Folgendes aus:

"Nächst Ungarn weist in Europa die Tschechoslowakei die meisten Juden auf. Auf einem Gebiet von 140.400 qkm wurden unter nahezu 15 Millionen Einwohnern 356.830 Juden (= 2,4 %) nach der Religionszugehörigkeit gezählt. Davon weisen die Landesteile auf:

136.737 Slowakei  
102.542 Karpatorußland  
76.301 Böhmen  
41.250 Mähren-Schlesien.

Von der Gesamtzahl der Juden entfallen hiernach 38,3 % auf die Slowakei, 28,7 % auf Karpatorußland, 21,4 % auf Böhmen und 11,6 % auf Mährisch-Schlesien. Aber der Judenanteil an der Gesamtbevölkerung ist weitaus am größten in Karpatorußland, wo er 14,1 % beträgt, während er im judenreichsten Landesteil Slowakei nur 4,1 % beträgt und - unter dem Landesdurchschnitt - in Mähren-Schlesien 1,2 % und in Böhmen 1,1 % ausmacht.

In den Hauptstädten der 4 Landesteile ist die Zahl der Juden diese:

34.425 Prag (Böhmen)  
14.882 Preßburg (=Bratislava, Slowakei)  
11.003 Brunn (Mähren (Schlesien))  
7.357 Uzhorod (= Ungvár, Karpatorußland).

In der Landeshauptstadt Prag wohnt fast die Hälfte der böhmischen Juden. Sie machen hier 4,2 % der Einwohnerschaft aus. Von den sonstigen Städten mit je mehr als 300 Juden sind in Böhmen zu nennen:

3.213 Teplitz-Schönau	491 Eger
2.773 Pilsen	444 Komotau
2.120 Karlsbad	430 Kolin
1.392 Reichenberg	425 Königgrätz
1.138 Böhm. Budweis	425 Leitmeritz
985 Außig	405 Marienbad
799 Gablonz a.d. Neiße	369 Trautenau
760 Saaz	354 Bodenbach
731 Turn (Trnovany)	344 Klattau
662 Brüx	311 Tabor
518 Pardubice	301 Böhm. Leipa

An die

Deutsche Gesandtschaft

P r e s s b u r g

In

E084322

Prot. 4 K. 2



Die Ubereinstimmung des ~~vor~~  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

Hochschule  
Landesrat

01.01.1918

In 8 dieser Gemeinden geht der Judenanteil über den Landesdurchschnitt hinaus, und zwar sind von je 100 Einwohnern Juden: 10,4 Teplitz-Schönau, 9,0 Karlsbad, 5,6 Marienbad, 4,4 Turn, 4,2 Saaz, 3,6 Reichenberg, 2,6 Böhm. Budweis, 2,5 Klattau. In Pilsen und Königgrätz entspricht der Judenanteil gerade dem Landesdurchschnitt von 2,4 %, in den übrigen obengenannten Gemeinden liegt er darunter, aber durchweg über dem böhmischen Durchschnitt von 1,1 %.

In Karpatorußland ist nicht die Hauptstadt Uzhorod (Ungvár), von deren Einwohnerschaft die Juden 27,6 % ausmachen, die judenreichste Stadt, sondern Mukacevo; die hier gezählten 11.313 Juden bilden mehr als 2/5 der Bevölkerung (=43,3%). Unter den sonstigen politischen Bezirken dieses Landesteils gibt es keinen mit weniger als 1000 Juden, wie aus der folgenden Übersicht erhellt:

12.661 Tacoro	6.535 Svalava
11.276 Chust	6.317 Mukacevo (Land)
9.455 Rachov	4.966 Volové
9.427 Berehovo	4.287 Uzhorod (Land)
8.424 Sevlyus	2.404 Berezny Vel'ky
7.078 Irsava	1.042 Perecin.

In den Bezirken Tacovo, Chust, Rachov und Berehovo geht der Judenanteil durchweg über den karpatorussischen Durchschnitt von 14,1 % hinaus; in allen Bezirken aber liegt er über dem tschechoslowakischen Landesdurchschnitt.

In der Slowakei hat die Hauptstadt Pressburg mit 14.882 zwar die meisten Juden (= 12% d.E.), aber in der Haupthandelsstadt der Ostslowakei, in Kosice (=Kaschau), wo 11.195 Juden gezählt wurden, ist der Judenanteil größer (=16%). Von den übrigen politischen Bezirken der Slowakei seien noch diejenigen mit je mehr als 3000 Juden genannt:

4.858 Presov	3.472 Bardejov
4.761 Michalovce	3.389 Chlumec Královsky
4.661 Nitra	3.222 Streda Dunajska
3.708 Zánky Nové	3.204 Komárno
3.473 Galanta	3.170 Trnava.

In allen diesen Bezirken liegt der Judenanteil über dem slowakischen Durchschnitt, insbesondere in Michalovce (9,5 %), Bardejov (8,8 %), Chlumec Královsky (8,4 %), Presov (7,6 %) und Streda Dunajska (7,2 %).

In Mähren-Schlesien schließlich wohnen weit mehr als 1/4 der jüdischen Einwohner dieses Landesteils in der Hauptstadt Brünn (11.003 = 4,1 % der Bevölkerung). Im übrigen sind die Hauptverbreitungsgebiete der Juden die folgenden politischen Bezirke mit je mehr als 1000 Juden:

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Kl.*

70



6.872 Mährisch-Ostrau  
2.198 Olmütz (Stadt)  
2.139 Freistadt  
1.856 Hodonin

1.539 Tesin Cesky  
1.445 Prostějov  
1.200 Iglau  
1.069 Troppau.

In Mährisch-Ostrau sind die Juden nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig am zahlreichsten vertreten; ihr Anteil beträgt hier 5,8 %. In der Stadt Olmütz machen sie 3,3 % der Einwohnerschaft aus. Am niedrigsten ist der Judenanteil im Bezirk Troppau (= 0,9 %), während er sich in den übrigen politischen Bezirken zwischen 1,5 und 1,8 bewegt."

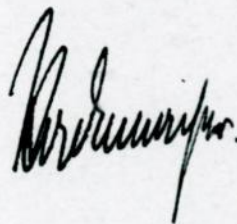
Ich bitte, nach Möglichkeit festzustellen, wie weit diese Angaben auch heute noch zutreffen. Eventuell dort vorliegende Literatur bitte ich zu beschaffen und einzusenden.

Wichtig ist, hier zu wissen, mit wieviel Juden in den einzelnen Ländern zu rechnen ist, in welchen hauptsächlichen Großindustrie- und Handelsunternehmen sie bestimmenden Einfluß haben, und wie groß das Gesamtjudenkapital dort schätzungsweise anzu nehmen ist.

Ich bitte, diese Fragen möglichst beeilt zu klären, da sie für die Vorbereitungen zum Friedensvertrag wichtig werden können.

Durchschrift dieses Erlasses geht dem Reichsprotector in Böhmen und Mähren, Prag, zur Beantwortung der Fragen, soweit sie Böhmen und Mähren betreffen, zu.

Im Auftrag



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I.H.*



25. September 1940.

Preßburg, den

Durchdruck

Deutsche Gesandtschaft

Aktenz.: Pol.4 Nr.2

- Nr.5197 -

Auf den Erlaß vom 22.VII.1940

-D III - 991/II -

Betr.: Verbreitung des Judentums in der Slowakei.

2 Durchdrucke

Anlage.

Bei der gegenwärtigen Gesetzeslage in der Slowakei sind einwandfreie statistische Angaben über die zahlenmäßige Verbreitung des Judentums und seinen Anteil an den wichtigsten Industrie- und Handelsunternehmungen nicht zu erhalten. Das Ergebnis der letzten Volkszählung vom 31.XII.1938, welches bei einer Gesamtbevölkerungszahl von 2,690.002 Einwohnern nur 28.763 Juden ausweist, gibt ein völlig falsches Bild, weil bei dieser Volkszählung die Bestimmung der Volkstumszugehörigkeit nicht nach objektiven Merkmalen vorgenommen, sondern es dem subjektiven Bekenntnis des Einzelnen überlassen wurde, seine Volkstumszugehörigkeit selbst zu bestimmen. Auch die Begriffsbestimmung "Jude" nach der slowakischen Regierungsverordnung vom 18.IV.1939 wird den rassischen Verhältnissen innerhalb der Bevölkerung nicht gerecht. Nach der zitierten Verordnung ist "Jude":

- 1.) Wer israelitischen Bekenntnisses ist oder war, auch wenn er nach dem 30.X.1918 zu irgendeinem christlichen Bekenntnis übergetreten ist.
- 2.) Wer konfessionslos ist oder war und von mindestens einem Elternteil israelitischen Bekenntnisses abstammt.

E 084331

- 3.) Wer von einer unter den Punkten 1) oder 2) angeführten Personen abstammt (ausgenommen solche Nachkommen, die selbst vor dem 30. Oktober 1918 zu

irgendeinem

in das  
Auswärtige Amt  
-Kulturabteilung-

in Berlin.



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat *I. Kl.*

72

irgendeinem christlichen Bekenntnis übergetreten sind).

4.) Wer nach dem Tage des Inkrafttretens diese Verordnung die Ehe mit einer unter den Punkten 1) bis 3) genannten Person eingeht, für die Dauer dieser Ehe.

5.) Wer nach dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung mit einer unter den Punkten 1) bis 3) genannten Person in aussererhelicher Gemeinschaft lebt, sowie die in einer derartigen Gemeinschaft gezeugten Nachkommen.

Nach Schätzungen führender slowakischer Persönlichkeiten gibt es zurzeit in der Slowakei noch etwa 90.000 Juden.

Die nach Gründung des selbständigen slowakischen Staates ergriffenen Massnahmen gegen das Judentum haben eine Abwanderung in grösserem Umfang nicht hervorgerufen, da bisher das Judentum an die Ernsthaftigkeit dieser Massnahmen nicht glaubte und in der gegenwärtigen Situation eine Auswanderung nicht möglich ist, da die Juden von den anderen Staaten Europas nicht aufgenommen werden.

Die grösseren Industriebetriebe sind noch sehr stark verjudet. Der Grosshandel befindet sich zu etwa 90%, der Detailhandel in Preßburg zu etwa 40% und in der Ostslowakei bis zu 95% in jüdischer Hand.

Statistisches Material über die Geschichte und Verbreitung des Judentums in der Stadt Preßburg ist in der Anlage - soweit die Gesandtschaft seiner habhaft werden konnte - beigelegt.

Material über das Gesamtjudenvermögen in der Slowakei, das zurzeit gerade von den slowakischen Behörden festgestellt wird, wird zur gegebenen Zeit nachgereicht.

gez.: von Killinger.

4 28.9.  
E 084332

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1958



73

*Sass*

(Dr. Sass)

Vortragender Legationsrat *I. M.*



Fernschreibstelle

V. G. Pky

--	--	--

Fernschreibname Laufende Nr.

18

Angenommen  
Aufgenommen

Befördert:

Datum: 19

Datum: 2. 7. 1941

um: Uhr

um: 12.40 Uhr

von:

an:

durch:

durch:

Rolle:

Bemerkte: offen 1240 NR 18 ERH SR AUSWAMT +

Fernschreiben

Deutsche Gesandtschaft

+ D G PRESSBURG NR 18 2/7 12.35 =

An

Auswärtig Berlin - Abteilung Protokoll

Abgangstag

Abgangszeit

Bemerkte für Beförderung (vom Aufgeber aufzufüllen)

Bestimmungsort

cito

Nr. 681 ✓ Auf Einladung des Gauleiters von Oberschlesien beabsichtigen am 8. und 9. VII. die Berater für Sozialpolitik, Kreisleiter Smagon, und für Judenfragen, Hauptsturmführer Wysliceny, die Judenarbeitslager in Ostoberschlesien zu besuchen. Sie werden von folgenden slowakischen Herren begleitet:

- 1.) Ministerialrat Dr. Koso vom slowakischen Innenministerium,
- 2.) Präsident Moravek, Leiter des Zentralwirtschaftsamts,
- 3.) " Kassowitz und

einem bis jetzt namentlich nicht feststehenden Vertreter der HG. Der Besuch wird von Seiten der Gesandtschaft sehr befürwortet, da ähnliche Einrichtungen in der Slowakei geschaffen werden sollen. Die Reise soll mit Kraftwagen erfolgen. Annehme Einwilligung

Nicht zu übermitteln:

Unterschrift des Aufgebers

Fernsprech-Anschluß des Aufgebers

P. 4 82

Dieser Teil wird von der Fernschreibstelle ausgefüllt.

Beitrag

Die Ubereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



74  
*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. JH.



gung, wenn bis 6.7. keine andere Weisung eingetroffen.

Ludin

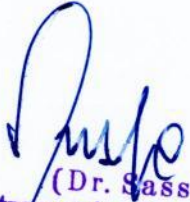
2 Lt.



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. M.*

# Öftrarb

--	--	--

Angenommen: ..... 193  
Aufgenommen: .....  
um ..... Uhr  
von .....  
durch .....

Refördert 10/1/193  
um 11.40 Uhr  
an Aus Bahn  
durch 70

Bernerte

11.40 NR 82 AUSW BLN BR ERH +

## Bernschreiben

4 DG PRESSBURG NR 92 VOM 10/9 11.25 =

an das Auswärtige Amt

B e r l i n

Bestimmungsort

94670

Herrn Generalkonsul Wuester sofort auf den Tisch.

In den nächsten Tagen erscheint die Veröffentlichung der neuen slowakischen Judengesetze. Die neue Judengesetzgebung steht vollständig auf dem Rassengedanken und geht in ihrer Schärfe teilweise über deutsche Judengesetze hinaus. So ist u.a. die Bestimmung getroffen, dass ein arischer Ehepartner, der eine Ehe mit einem Juden nicht löst, unter die Judengesetze fällt. Die Begriffsbestimmung des Juden entspricht den Nürnberger Gesetzen. Da es in der Weltöffentlichkeit zweifellos grosses Auf-

Nicht zu übermitteln:

1937.  
Otto Drewitz, Berlin SW 61.

Unterschrift des Aufgebers

Verknüpfungs-Anschluß des Aufgebers

Vol. 4 N. 2

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1968



*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*  
76



sehen erregen wird, dass in einem Staat, in dem ein katholischer Geistlicher Staatspräsident ist, derartige weitgehende Judengesetze erlassen werden, erbitte ich Veranlassung zu grösstmöglicher Beachtung auch durch die deutsche Presse.

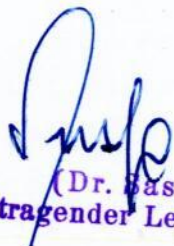
Ludin

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



77

  
(Dr. Gasse)  
Vortragender Legationsrat I. H.

Auswärtiges Amt

Nr. D III 7845

Deutsche Gesandtschaft	Prag, den 4. Oktober 1941.
Preßburg Wilhelmstr. 74-76	
Eing. 10. OKI 1941	
Ggb. Nr. 5466	
..... Geld	..... Entl.

Zeitungsnachrichten zufolge bereitet das Slowakische Innenministerium die Ausweisung aller beschäftigungslosen Juden aus der Slowakei vor.

Die neue Verordnung gelte ohne Rücksicht auf die Heimatzuständigkeit oder Staatsangehörigkeit der auszuweisenden Juden.

Ich bitte, über die Angelegenheit Erkundigungen einzuziehen und zu berichten.

An

*U. v. Andráš (Bes.)*  
die Deutsche Gesandtschaft

Im Auftrag

*Preßburg*  
*5466*

*Rademacher*

*2. 11. + 15. 2*



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Hl.

78

Konzept

Pressburg, den 22. Oktober 1941

DEUTSCHE GESANDTSCHAFT

Aktenn.: Pol.4 Nr. 2 Nr. 5466 ✓

Betr.:Judenabweisungen aus der Slowakei

Bezug: Erlasse Nr. D III 7845 vom 4.10.1941

2 Durchdrucke

Das Slowakische Innenministerium  
bereitet nicht eine Ausweisung der Juden  
aus den Landesgrenzen der Slowakei vor,  
sondern beabsichtigt eine interne Zusammen-  
siedlung der Juden an bestimmten Orten der

auch die Räumung der Hauptstadt.

Es handelt sich bei dieser Mass-  
nahme um die vom deutschen Berater ange-  
regte Bildung von Ghettos, nach dem Vorbild  
des Generalgouvernements.

4  
Ludin

An das

Auswärtige Amt

B e r l i n

Pol. 4 Nr. 2

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. M.



Dieser Zeit wird von der Fernschreibstelle entgegengenommen.

Fernschreibstelle 7. 9. Pbg

184  
Fernschreibname Laufende Nr.

Angenommen  
Aufgenommen

Datum: 17. 11. 41 19 41  
um: 16. 40 Uhr  
von: Quers. Blau  
durch: Krs

Befördert:

Datum: ..... 19 ..  
um: ..... Uhr  
an: .....  
durch: .....  
Rolle: .....

Deutschland  
Eing. 17. NOV. 1941  
Tgb. Nr. ....  
Geld .....  
Lohn .....

Bemerkte: + 16.40 NR 146 ERH D G PBG KLU +

Fernschreiben

S BLN AW NR 146 17.11. 1640 =

Abgangstag	Abgangszeit	An	Bestimmungsort
		AN DIE DEUTSCHE GESANDTSCHAFT	
		PRESSBURG =	
FERNSCHREIBER G - SCHREIBER =			

NR 1280 =

IM ZUGE DER ABSCHIEBUNG DER JUDEN AUS DEUTSCHLAND SOLLEN  
AUCH JUDEN ANDERER EUROPÄISCHER STAATSANGEHÖRIGKEIT MIT  
ERFASST WERDEN. AUS GRÜNDEN DER COURTOISIE WIRD  
GEBETEN, DER DORTIGEN REGIERUNG ANHEIMZUSTELLEN, DIE  
JUDEN IHRER STAATSANGEHÖRIGKEIT IN ANGEMESSENER FRIST AUS  
DEUTSCHLAND ABZUBERUFEN ODER SIE VON DEUTSCHER SEITE IN  
DIE GHETTOS IM OSTEN MIT ABSCHIEBEN ZU LASSEN. EINEM  
BERICHT UEBER DIE STELLUNGNAHME DER DORTIGEN REGIERUNG  
WIRD ENTGEGENGEGESEN. = LUTHER. +

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



83

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



4. 12. 42

*F. J. 73850*  
Fernschreiben  
G-Schreiber

Deutsche Gesandtschaft
Empf. 17. NOV. 1941
Geb. Nr.
Zeit
St. Nr.

Berlin, den 17.11.1941 16<sup>40</sup> Uhr  
Preßburg, den 17.11.1941 16<sup>40</sup> Uhr

*mit waarna besproken*  
Deutsche Gesandtschaft  
Preßburg

*CU 70/72*  
*Nr. 1280*  
*12/4*

Im Zuge der Abschiebung der Juden aus Deutschland sollen auch Juden anderer europäischer Staatsangehörigkeit mit erfasst werden. Aus Gründen der Courtoisie wird gebeten, der dortigen Regierung anheimzustellen, die Juden ihrer Staatsangehörigkeit in angemessener Frist aus Deutschland abzurufen oder sie von deutscher Seite in die Ghettos im Osten mit abschieben zu lassen. Einem Bericht über die Stellungnahme der dortigen Regierung wird entgegengesehen.

Luther

*2/6. Jesanaten*  
*2/6. G. Anders (Präsident)*  
*R 17/4*

*Dr. Ringelmann z. D.*

*Pol. 4 N. 2*



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



82   
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Hl.*

## Fernschreibstelle

--	--	--

Fernschreibname Laufende Nr.

Angenommen  
Aufgenommen

Befördert:

Datum: 19

Datum: 4. 12. 1941

um: Uhr

um: 12.45 Uhr

von:

an:

durch:

durch:

Rolle:

Vermerke: +++ NR 30 12:45 ERH AUSW BLN BE +++

## Fernschreiben

++ D G PRESSBURG NR 30 4/12 11.30 =

An

Auswärtig

Abgangstag

Abgangszeit

Berlin

Vermerke für Beförderung (vom Aufgeber auszufüllen)

Bestimmungsort

G-Schreiber

138704 Auf Drahterlaß vom 17. November Nr. 1280.

Slowakische Regierung hat auf Anfrage geantwortet, sie sei mit Abschiebung der Juden slowakischer Staatsangehörigkeit in die östlichen Ghettos grundsätzlich einverstanden, müsse jedoch großen Wert darauf legen, daß slowakische berechnigte Ansprüche auf bewegliche und unbewegliche Vermögen dieser Juden durch Abschiebung in den Osten nicht gefährdet würden. Nach slowakischer Darstellung handelt es sich fast durchweg um Juden, die nach den Ereignissen des Oktober 1938 aus der autonomen Slowakei ins heutige Protektoratsgebiet übersiedelt sind und ihre Vermögen rechtswidrig mitgenommen haben. Slowakische Regierung anfragt, ob seinerzeit auch die Vermögenswerte der Juden slowakischer Staatsangehörigkeit im Reich im einzelnen registriert worden sind, sodaß für künftige Verhandlungen über Rückführung dieser Vermögenswerte nach Abtransport der Juden Grundlagen vorhanden wären; ferner fragt sie an, ob deutscherseits Bereitwilligkeit besteht, auf Grund dieser Unterlagen die Rückführung der jüdischen Vermögenswerte bzw. ihre Nutzbarmachung im slowakischen volkswirtschaftlichen Interesse zu

Nicht zu übermitteln:

Unterschrift des Aufgebers

Fernsprech-Anschluß des Aufgebers

Bel. 4 K. 2



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. H.*



Fernschreibstelle

--	--	--

Fernschreibname Laufende Nr.

Angenommen: 193  
Aufgenommen:  
um: Uhr  
von:  
durch:

Befördert: 193  
um: Uhr  
an:  
durch:

Reg. Eingangstempel:

Bemerkte:

Fernschreiben  
Posttelegramm  
Fernspruch

von

An

Bestimmungsort

gestatten und über die Durchführung im einzelnen zu verhandeln.  
Habe bereits erklärt, daß berechnigte slowakische Interessen  
an jüdischen Vermögenswerten deutscherseits ~~nicht~~ sicher im  
Rahmen des Möglichen gewahrt würden. Erbitten Weisung, wie slo-  
wakische Anfrage im einzelnen beantwortet werden kann.

Ludin

2/4. fernschreiben aufgele.

~~2/4. fernschreiben aufgele.~~

20. 20/12

20. 20/12

20. 20/12

20. 20/12

Nicht zu übermitteln:


Unterschrift des Aufgebers

Fernspruch-Anschluß des Aufgebers

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Hl.*



128  
FERNSCHREIBSTELLE  
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
PRESSBURG

*J. Lehn*  
**FERNSCHREIBEN**

von :

S BLN AW 2 NR 119 16/2 1630 =

Bestätigt NR 119 ERH 1630 DG PBG KOZ +

Laufende Nr. der Fernschreibstelle

Aufgenommen *14/II 42*  
Datum : 19  
um : 1630 Uhr  
von : *Russ. Blee*  
durch : *Rra*

an :

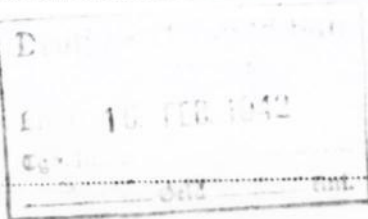
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT.

PRESSBURG

.Bestimmungsort

Vermerke :

GSCHREIBER =



228

IM ZUGE DER MASSNAHMEN ZUR ENDLOESUNG DER EUROPÄISCHEN  
JUDENFRAGE IST DEUTSCHE REGIERUNG BEREIT, SOFORT 20.000  
JUNGE KRAEFTIGE SLOVAKISCHE JUDEN ABZUNEHMEN UND NACH  
DEM OSTEN ZU VERBRINGEN. WO ARBEITSEINSATZBEDARF  
BESTEHT. BITTE, DORTIGE REGIERUNG HIERVON ZU  
VERSTAENDIGEN. SOBALD GRUNDSAETZLICHES EINVERSTAENDNIS  
DER SLOWAKISCHEN REGIERUNG VORLIEGT, WUERDEN  
EINZELHEITEN DURCH DEN BERATER FUER JUDENFRAGEN MUENDLICH  
EROERTERT WERDEN = LUTHER +



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. M.*

2930. 20.5.42  
Fernschreiben

G-Schreiber

16. FEB. 1942

Berlin, den 16. II. 1942 16,30 Uhr

Preßburg, den 16. II. 1942 16,30 Uhr

Deutsche Gesandtschaft

Preßburg

Nr. 228

Im Zuge der Maßnahmen zur Endlösung der europäischen Judenfrage ist Deutsche Regierung bereit, sofort 20,000 junge kräftige slowakische Juden abzunehmen und nach dem Osten zu verbringen, wo Arbeitseinsatzbedarf besteht. Bitte dortige Regierung hiervon zu verständigen. Sobald grundsätzliches Einverständnis der Slowakischen Regierung vorliegt, würden Einzelheiten durch den Berater für Judenfragen mündlich erörtert werden.

Luther

h. Gesandter  
21/2.

Wise 18.2.

Tulip... How...  
Pol. 4 K. 2



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



86

  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.



Fernschreiben

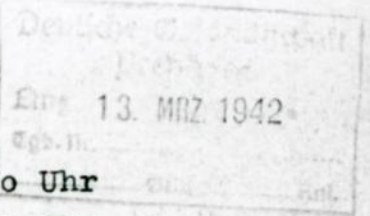
G-Schreiben

Berlin, den 13.III.1942 13,20 Uhr

Preßburg, den 13.III.1942 14,10 Uhr

Deutsche Gesandtschaft

Preßburg



Nr.374 Demnächst treffen dort ein:

1) Oberstammführer Alfred Weidenmann, der vom 14.3. bis 15.4. zu Verhandlungen mit der NASTUP-Filmgesellschaft wegen des Verleihs und Einsatzes des Weidenmann Films "Hände hoch" reist.-

2) SS-Obersturmbannführer Eichmann im Auftrage des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD zu Vorbesprechungen zur Evakuierung von 20.000 Juden aus der Slowakei.

Garben

*Original  
Kills. 12 N.1*

*1. 1. 1942  
2. 1. 1942 (mit 1942)*

*HR vom Hauptstadt Film Wirkung*

*Im feld Her. 1942*

*20/III*

*Kurs 1942*

*Wirkung 1942*

*Pol. H N.2*

*Ni: Nr. 1 vom 1942*

*nat. 1942*

*16.3.*

Die Ubereinstimmung des ~~vor~~/umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



88

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



FERNSCHREIBSTELLE  
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
PRESSBURG

196  
Laufende Nr. der Fernschreibstelle

Aufgenommen:

Datum: 26.3.1942

um: 19:40 Uhr

von: August W.

durch: Klu

Vermerke:

MIT G SCHREIBER

# FERNSCHREIBEN

von:

S' BEN AUSW NR 176 20.3.19.20

19.40 NR 176 ERH D G PBG KLU +

an:

DIPLOGERMA PRESSBURG

20. MRZ 1942

Bestimmungsort

NR 417 DER CHEF DER SICHERHEITSPOLIZEI D UND DES SD, BERLIN - TEILT MIT SCHREIBEN VOM 18. MAERZ 1942 BETR.:  
ABBEFORDERUNG VON JUDEN AUS DER SLOWAKEI FOLGENDES  
MIT: IM RAHMEN DIESER AKTION IST VORGESEHEN, DASS DER SLOWAKEI  
DIE ZAHLUNG EINES BETRAGES VON RM 500.-- FUER JEDEN  
ABGENOMMENEN JUDEN AN DAS REICH ZU UEBERTRAGEN. =  
DER ERWAEHNT EINGEMALIGE BETRAG VON RM 500.-- JE  
KOPF DIENT ZUR BESTREITUNG DER KOSTEN, DIE BEI DER  
UNTERBRINGUNG, VERPFLEGUNG, BEKLEIDUNG UND UMSCHULUNG  
DIESER JUDEN IN NAECHSTER ZEIT ENTSTEHEN WERDEN. ZU  
BERUECKSICHTIGEN IST HIERBEI, DASS ERFAHRUNGSGEMAESS DIE  
ARBEITSLEISTUNG DER NOCH NICHT UMGESCHULTEN JUDEN AN SICH  
AEUSSERST GERING IST UND SICH DIE UMSCHULUNG ERST IN  
EINIGER ZEIT AUSWIRKEN WIRD. -

UNTER ZUGRUNDELEGUNG DES AUGENBLICKLICHEN  
JUEDISCHEN VERMOEGENS IN DER SLOWAKEI (UEBER 3 MILLIARDEN  
SLOWAKISCHE KRONEN) WIRD OHNE WEITERES ANGENOMMEN, WIE  
AUCH BEREITS BESTAETIGT WURDE, DASS VON SEITEN DER  
SLOWAKEI GEGEN DIESE REGELUNG NICHT NUR KEINE  
EINWENDUNGEN ERHOBE WERDEN, SONDERN DIE ZAHLUNG DIESER  
BETRAGES UEBERNOMMEN WIRD. -

ICH DARF UM ENTSPRECHEND BALDIGE WEITERE  
VERANLASSUNG BITTEN, DA BEREITS IN DEN NAECHSTEN TAGEN  
NACH ABSCHLUSS DER IN PASSAU STATTFINDENEN



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vorlegendender Legationsrat I. Hl.

FAHRPLANKONFERENZ, BEI DER U.A. DIE FAHRPLAENE FUEER DIESE  
20 TRANSPORTE UNTER HERANZIEHUNG EINES VERTRETERS DES  
SLOWAKISCHEN MINISTERIUMS FUEER OEFFENTLICHE ARBEITEN UND  
VERKEHR - EISENBAHNSEKTIONEN - ERSTELLT WERDEN, DIE ERSTE  
TRANSPORTE DIESER AKTION GEFAHREN WERDEN.

ES WIRD UM BEEILTE STELLUNGNAHME HIERZU GEBETEN.

LUTHER ++++

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



91

  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



Fernschreiben

G-Schreiben

Berlin, den 20.III.1942 19,20 Uhr

Preßburg, den 20.III.1942 19,40 Uhr

Deutsche Gesandtschaft

Preßburg

Nr.417 ✓

Der Chef der Sicherheitspolizei D und des SD, Berlin - teilt mit, Schreiben vom 18.März 1942 betr.: Abbeförderung von Juden aus der Slowakei folgendes mit: Im Rahmen dieser Aktion ist vorgesehen, der Slowakei die Zahlung eines Betrages von RM 500,-- für jeden abgenommenen Juden an das Reich zu übertragen.

Der erwähnte einmalige Betrag von RM 500,-- je Kopf dient zur Bestreitung der Kosten, die bei der Unterbringung, Verpflegung, Bekleidung und Umschulung dieser Juden in nächster Zeit entstehen werden. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß erfahrungsgemäß die Arbeitsleistung der noch nicht umgeschulten Juden an sich äußerst gering ist und sich die Umschulung erst in einiger Zeit auswirken wird.-

Unter Zugrundelegung des augenblicklichen jüdischen Vermögens in der Slowakei (über 3 Milliarden) slowakische Kronen) wird ohne weiteres angenommen, wie auch bereits bestätigt wurde, daß von seiten der Slowakei gegen diese Regelung nicht nur keine Einwendungen erhoben werden, sondern die Zahlung dieses Betrages übernommen wird.-

Ich darf um entsprechend baldige weitere Veranlassung bitten, da bereits in den nächsten Tagen nach Abschluß der in Passau stattfindenden Fahrplankonferenz, bei der u.a. die Fahrpläne für diese 20 Transporte unter Heranziehung eines Vertreters des slowakischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten und Verkehr- Eisenbahnsektionen - erstellt werden, die ersten Transporte dieser Aktionen gefahren werden."

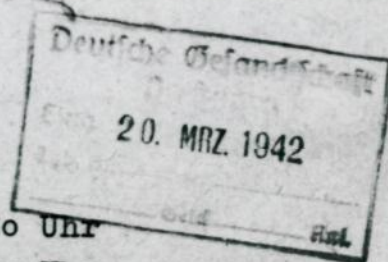
Es wird um beeilte Stellungnahme hierzu gebeten.

Luther

20.4.1942

Abraham

20.4.1942



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. H.*

89



FERNSCHREIBSTELLE  
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
PRESSBURG

# FERNSCHREIBEN

D G PRESSBURG NR 25 6/4 13.50 =

25  
Laufende Nr. der Fernschreibstelle

Best. 13.55 NR 25 ERH AUSW AMT ZN

Befördert:

Datum: 8. IV 19 42

um: 5-15 Uhr

an: Kinn. Gen.

durch: [Signature]

an: Auswärtig

Vermerke:

G- Schreiber

Berlin

.Bestimmungsort

Nr. 52006

Zu Erlass D III 1625 vom 23.3.42

Die Slow. Regierung hat sich mit Abtransport aller Juden aus der Slowakei ohne jeden deutschen Druck einverstanden erklärt. Auch der Staatspräsident persönlich hat dem Abtransport zugestimmt, trotz Schrittes Slow. Episkopats. Der Abtransport bezieht sich auf alle Juden die im Slow. Judenkodex als solche festgelegt sind. Ausserhalb des Judenkodex ~~als solche~~ stehende Juden, das sind Rassejuden die vor dem Jahre 1938 getauft wurde und deren Zahl 2000 betragen dürfte, sollen nach Mitteilung des Staatspräsidenten an mich in Lagern im Lande konzentriert werden. Der Abtransport der Juden geht inzwischen laufend ohne besondere Zwischenfälle vor sich. Im übrigen verweise ich auf die bereits in dieser Sache abgegangenen Berichte.

gez. Ludin

Mark Ausgang

Handwritten signature

Pol. + K. 2

Handwritten signature



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



92  
*Sasse*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Hl.*

FERNSCHREIBSTELLE  
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
PRESSBURG

Laufende Nr. der Fernschreibstelle

Aufgenommen *11/IV 42*  
Datum : *11/IV* 19 *42*  
um : *20* Uhr  
von : *ausr. Berlin*  
durch : *Ran*

Vermerke :

MIT G-SCHREIBER

*P. Fieber*  
**FERNSCHREIBEN**

von :

S BERLIN AW NR 67 11/4 1940 =

Bes. NR 67 ERH 2000 DG PBG KOZ +

an :

= DIPLOGERMA PRESSBURG =

533 =

.Bestimmungsort

IM ANSCHLUSS AN DRAHTERLASS VOM 20. MAERZ 1942 NR . 417  
BITTE STELLUNGNAHME DORTIGER REGIERUNG WEGEN ZAHLUNG  
RM 500.-- FUER JEDEN ABGENOMMENEN JUDEN HERBEIFUEHREN .  
SCHRIFTBERICHT . = LUTHER . +

Die Ubereinstimmung des ~~vor~~  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



94  
*Sasse*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

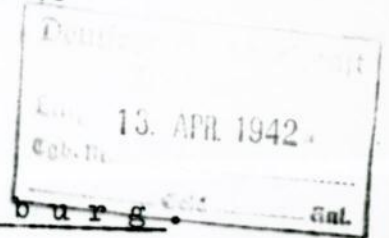


Fernschreiben.

Berlin Auswärtiges Amt den 11.4.42, 19 Uhr 40  
Pressburg, 11.4.42, 20 Uhr.

An Diplogerma

Pressburg



G-Schreiber.

Nr.533 -/Im Anschluss an Drahterlass vom 20.März 1942 Nr.417 .  
Bitte Stellungnahme dortiger Regierung wegen Zahlung RM 500.-  
für jeden abgenommenen Juden herbeiführen.

Schriftbericht - Luther.

Wro Agency

Für Erlaubung

~~für Befragung bei  
Kampfergrüßend 14.4.~~

Wrosl.

Zu Pol. 4 Nr. 2


Judenkammer

H. Hammer  
20.4.42. 20.4.42. 20.4.42.  
schr. Mitteilung an 20.4.42.

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

# Auswärtiges Amt

DV - M - SS 357

Berlin, den 21. April 1942

SS-Stubaf. Reg. Rat Suhr

Deutsche Gesandtschaft

Br. Burg

25 APR 1942

reist - ~~reisen~~ im Auftrage - ~~im Einverständnis~~ *2476*  
des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

in der Zeit vom bis 3.5.42  
nach der Slowakei

**Reisezweck:** Regelung der mit der Abschiebung der Juden  
aus der Slowakei nach dem Osten zusammenhängenden ver-  
mögensrechtlichen Fragen.

An

die Deutsche Gesandtschaft

Im Auftrag

*Min. um 22. III. 1942*  
*Libyaburg*  
*22. III.*

*Gen. C. F. Müller*  
*Pol. 4. K. 2*



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1968



*Sasse*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Hl

95



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*Sasse*

96

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



D. W i s l i c e n y  
SS- Hauptsturmführer.

Pressburg, am 25. April 1942

An die

Deutsche Gesandtschaft  
z.H.d.Herrn Ministerialrat Dr. Grüninger

P r e s s b u r g

Anliegend erlaube ich mir, Ihnen einen Entwurf für eine Verbalnote an die slow. Regierung zu übersenden. Sollte dieser Entwurf nicht der diplomatischen Form entsprechen, bitte ich um eine geeignete Bearbeitung. Es erscheint mir notwendig, dass vielleicht die Verbalnote schon am Montag dem Ministerpräsidenten zugestellt wird, da am 28.4.42 Regierungsrat Dr. Sur vom Reichssicherheitshauptamt mit Kenntnis des Auswärtigen Amtes in Pressburg informative Besprechungen über die Zahlung des Ansiedlungsbetrages führen will.

*Wisliceny*  
SS-Hauptsturmführer.

*geg. n. Brief*

27. IV

*Dr. Ringelmann } zw. Dr.  
Dr. Grüninger }*

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1938



97 Sasse

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.



FERNSCHREIBSTELLE  
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
PRESSBURG

# FERNSCHREIBEN

von :

BERLIN AUSW NR 11 2/5 00,15 =

Laufende Nr. der Fernschreibstelle

+ NR 11 ERH 00.20 D G PRESSBURG KJZ +

Aufgenommen :

Datum : 19 12

um : 12 Uhr

von : [Signature]

durch : [Signature]

an :

DIPLOGERMA PRESSBURG

Vermerke :

GSCHREIBER =

.Bestimmungsort

NR 640 ✓ = IM ANSCHLUSS AN DRAHTERLASS VOM 11. APRIL D.

JS .- NR . 533.-

BITTE SLOWAKISCHER REGIERUNG FOLGENDES MITZUTEILEN  
REICHSREGIERUNG UEBERNIMMT GARANTIE DAFUER , DASS DIE  
IM ZUGE DER ENTJUDUNG DER SLOWAKEI ABGENOMMENEN JUDEN  
ENDGUELTIG IN OSTGEBIETEN VERBLEIBEN UND KEINE  
MOEGlichkeit ZUR RUECKWANDERUNG NACH DER SLOWAKEI  
ERHALTEN . AUF DAS IN DER SLOWAKEI BEFINDLICHE VERMOEGEN  
DIESER JUDEN SLOWAKISCHER STAATSANGEHOERIGKEIT WIRD  
AUSSER DER FORDERUNG AUF ZAHLUNG EINES BETRAGES VON  
RM 500 FUER JEDEN ABGENOMMENEN JUDEN VON DEUTSCHER  
SEITE KEIN ANSPRUCH ERHOBEN .-

REICHSREGIERUNG IST BEREIT , IM LAUFE DES MONATS  
MAI D . JS . WEITERE 20 000 ARBEITSFAEHIGE JUDEN AUS  
DER SLOWAKEI ABZUNEHMEN UND NACH DEM OSTEN ZU  
VERBRINGEN . EINZELHEITEN WERDEN WIE BISHER GEREGLT . =

LUTHER +



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

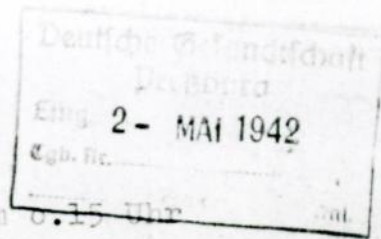
Bonn, den 24. Juni 1958



*Sasse*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. M.  
99

Fernschreiben

Lfd. Nr.d.Fernschreibstelle 12



ab Berlin am 2.5. um 0.15 Uhr  
an Pressburg am 2.5. um 0.20 Uhr

G-Schreiber.

Nr.640 ✓ Im Anschluss an Drahterlass vom 11. April d.Js. -  
Nr.533.

Bitte slowakischer Regierung folgendes mitzuteilen:  
Reichsregierung übernimmt Garantie dafür, dass die im Zuge der  
Entjudung der Slowakei angenommenen Juden endgültig in Ostge-  
bieten verbleiben und keine Möglichkeit zur Rückwanderung nach  
der Slowakei erhalten. Auf das in der Slowakei befindliche Ver-  
mögen dieser Juden slowakischer Staatsangehörigkeit wird ausser  
der Forderung auf Zahlung eines Betrages von RM 500 für jeden  
abgenommenen Juden von Deutscher Seite kein Anspruch erhoben.-

Reichsregierung ist bereit, im Laufe des Monats Mai d.  
Js. weitere 20 000 arbeitsfähige Juden aus der slowakei abzu-  
nehmen und nach dem Osten zu verbringen. Einzelheiten werden  
wie bisher geregelt.

Luther.

*H. Ringelmann*

*RJ*

*W. 15/5 (Befehlshaber  
500 RM)  
V 26/5*

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



98 *[Handwritten signature]*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. H.*



Auswärtiges Amt

Berlin W 8, 26. Mai 1942  
Wilhelmstr. 74--76

Nr.D III 2873

10/6

Deutsche Gesandtschaft	
-3. JUN 1942	
Eg. Nr. 3365	
Abschrift	Original

der Deutschen Gesandtschaft  
P r e s s b u r g

mit der Bitte um kennntnissnahme übersandt.

1. H. fessandten In Auftrag  
2. H. W. Anders  
3. J. C. S.  
124/10

Ries

Handdepeche

Prot. + K. C. F. J. J. J.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1959



100  
*[Signature]*  
(D. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *T. H.*

# Auswärtiges Amt

DV -M- SS 436

Berlin, den 21. Mai 1942

Deutsche Gesandtschaft Dresburg
Eing. 27. MAI 1942.
Urb. Nr. 3159
Ant.

SS-Obersturmbannführer Eichmann

reist - ~~reisen~~ im Auftrage - ~~im Einvernehmen~~  
des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

in der Zeit vom 26.5. bis 28.5.42  
nach der Slowakei

Reisezweck: Besprechungen von Fragen im Zuge der z.Zt.  
laufenden Evakuierungsaktion von Juden aus der Slowakei

An

die Deutsche Gesandtschaft

in Pressburg

Im Auftrag

*Jim*  
*Huber*

*Pol. 4 Nr. 2*



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1968



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

102

A b s c h r i f t

Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin SW 11, den 15. Mai 1942  
Prinz-Albrecht-Str. 8

IV B 4 a 2145/42g (1090)

An das

Auswärtige Amt  
z.Hdn.v.Herrn Leg.Rat R a d e m a c h e r o.V.i.A.

B e r l i n

Betrifft: Abschiebung der Juden aus der Slowakei.

Bezug:     Dort.Schreiben vom 4.5.42  
          - D III 2006 Ang. II -

Auf das dortige Schreiben vom 4.5.1942 teile ich zur gefälligen Kenntnisnahme mit, dass in der Zeit vom 25.3. bis 29.4.1942 die ersten 20.000 - in der Mehrzahl arbeitsfähige - Juden aus der Slowakei nach Auschwitz und Lublin abgeschoben wurden. Inzwischen hat am 4.5.1942 die Abschiebung von weiteren 20.000 Juden nach Lublin eingesetzt. Es ist beabsichtigt, sofern nicht unvorhergesehene Schwierigkeiten auftreten, die Aktion anschliessend in dem Umfange fortzusetzen, dass mit einer Evakuierung von monatlich etwa 20.000 bis 25.000 Juden aus der Slowakei zu rechnen ist.

Die Bereitstellung von rollendem Material seitens der Slowakischen Regierung erleichtert die technische Durchführung der Evakuierung erheblich, da es der Deutschen Reichsbahn z.Zt. auf Grund der angespannten Verkehrslage nur schwer möglich wäre, die erforderlichen Sonderzüge zur Verfügung zu stellen.

Im Auftrage:

gez. Günther

*Pol. 4 M2* *Günther*

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968

101



*[Handwritten signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Jkl.*



FERNSCHREIBSTELLE  
DEUTSCHE LEGATIONSSCHAFT  
PRESSBURG

60

Laufende Nr. des Fernschreibstells

Aufgenommen: 6/VI 42  
Datum: 6/VI 19  
um: 21 Uhr 30  
von: Deutsch. Botsch.  
durch: Hrn.

Vermerke:

GSCHREIBER =

NR 850 =

S. P. Scher

# FERNSCHREIBEN

von:

S BERLIN AUSW NR 60 6/6 21.30 =

Bestätigung NR 60 ERH 2130 DG RBG KOZ +

an:

DIPLOGERMA PRESSBURG

Bestimmungsort

7. JUN 1942

Geb. Nr.

Anl.

DEMNAECHST TREFFEN DORT EIN:

1. SS - OBERSTURMFUEHRER NOVAK IM AUFTRAGE DES  
CHEFS DER SICHERHEITSPOLIZEI UND DES SD, UM ALS  
VERTRETER DES REICHSSICHERHEITSHAUPTAMTES AN DER ZWISCHEN  
DEN VERTRETERN DES REICHsverkehrsministeriums UND DES  
SLOWAKISCHEN MINISTERIUMS FUER OEFFENTLICHE ARBEITEN UND  
VERKEHR ANGESETZTEN FAHRPLANKONFERENZ " ABBEFOERDERUNG  
VON JUDEN " TEILZUNEHMEN. REISEDAUER BIS 12.6.42.-
2. REICHsBAHNDIREKTOR KOESTERS REICHsBAHNRAT  
BEBENROTH OBERREICHsBAHNRAT ROEHMER ABTEILUNGSPRAESIDENT  
SCHARRER UND OBERREICHsBAHNRAT MEYER IM AUFTRAGE DES  
REICHsverkehrsministers ZUR TEILNAHME AN BESPRECHUNGEN  
UEBER FRAGEN VON JUDENTRANSPORTEN.  
REISEDAUER BIS 15.6.42. = KRIEGER +

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1969

104



*Sasse*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.



Abschrift mit 2 Durchdrucken

Fernschreiben  
vom Auswärtigen Amt Berlin  
an Diplogerma Pressburg  
6.6.42 21 Uhr

Deutsche Gesandtschaft Pressburg	
Eing. - 7. JUN 1942	
Reg. Nr. ....	.....
Geld .....	Ant. ....

G- Schreiber -  
Nr. 850 ✓

Demnächst treffen dort ein :

1. SS - Obersturmführer Novak im Auftrage des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD , um als Vertreter des Reichssicherheitshauptamts an der zwischen den Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und des slowakischen Ministeriums für Öffentliche Arbeiten und Verkehr angesetzten Fahrplankonferenz - Abbeförderung von Juden - teilzunehmen. Reisedauer bis 12.6.42

2. Reichsbahndirektor Koesters Reichsbahnrat Bebenroth , Oberreichsbahnrat Roehmer , Abteilungspräsident Scharrer und Oberreichsbahnrat Meyer im Auftrage des Reichsverkehrsministeriums zur Teilnahme an Besprechungen ~~von~~ über Fragen von Judentransporten. Reisedauer bis 15.6.42

gez. Krieger

*Handwritten notes:*  
7. 6. 6. Anders 9. VI  
7. 6. 6. Gänning  
7. 6. 6. [Signature]  
127/6

*Handwritten notes:*  
Telefonisch erledigt  
am 10. 6. 1942  
Schmidt v.  
1. kann gesprochen  
2. Kisting gesprochen  
H. 11/6

*Handwritten notes:*  
Prot. 4 K. 6

*Handwritten notes:*  
finden  
An



Die Übereinstimmung des ~~vor~~  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



103  
*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

FEIRSCHREIBSTELLE  
DEUTSCHE ELSANDTSCHAFT  
PRESSBURG

75

Laufende Nr. der Fernschreibstelle

Aufgenommen: 8/VI 42  
Datum: 19  
um: 14 Uhr 45  
von: Ausw. Klein  
durch: An

Vermerke:

OFFEN MIT G-SCHREIBER=

R. Lehmann  
FERNSCHREIBEN

von:

S BLN AUSW AMT NR 75 VOM 8.6. 14.40=

Besät NR 75 ERH 1445 DG PBG KOZ +

an:

DEUTSCHE ELSANDTSCHAFT  
DAN D. PLOGERMA PRESSBURG  
EING. 8 JUN 1942  
C.D. M.

Bestimmungsort

NR 861=

IM ANSCHLUSS AN DRAHTERLASS VOM 1.5. D.J. NR 640.-  
BITTE BEI SLOWAKISCHER REGIERUNG DAHIN VORSTELLIG ZU  
WERDEN, DASS DIESE BALDIGST ERKLAERUNG UEBER BEREIT  
WILLIGKEIT ZUR ZAHLUNG VON 500 REICHSMARK FUER JEDEN AUS  
DER SLOWAKEI ABGENOMMENEN JUDEN ABGIBT. ES IST IN  
AUSSICHT GENOMMEN, DIE AUS DIESER ZAHLUNGSVERPFLICHTUNG  
ERWACHSENDEN BETRAEGE AUF IN DEUTSCHLAND BESTEHENDES  
CLEARINGSGUTHABEN FUER LOEHNE SLOWAKISCHER ARBEITER DAS  
GEGENWAERTIG NICHT TRANSFERIERT WERDEN KANN, ZU  
VERRECHNEN, SO DASS CA. RM 25 000 000 (I.Z.) ZUR  
AUSZAHLUNG VON UNTERHALTSBEITRAEGEN AN DIE ANGEHOERIGEN  
DIESER ARBEITER ZUR VERFUEGUNG STEHEN WUERDEN.= LUTHER+

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



106

*Sasse*

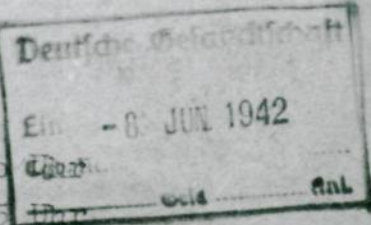
(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat *I. M.*



F e r n s c h r e i b e n

offen mit G-Schreiber



Berlin, den 8.6.1942 14,40

Preßburg, den 8.6.1942 14,45

Deutsche Gesandtschaft

Preßburg

Nr. 861

Im Anschluß an Drahterlaß vom 1.5.d.J. Nr. 640 Bitte bei slowakischer Regierung dahin vorstellig zu werden, daß diese baldigst Erklärung über Bereitwilligkeit zur Zahlung von 500 Reichsmark für ~~Juden~~ aus der Slowakei abgenommenen Juden abgibt. Es ist in Aussicht genommen, die aus dieser Zahlungsverpflichtung erwachsenden Beträge auf in Deutschland bestehendes Clearingguthaben für Löhne slowakischer Arbeiter das gegenwärtig nicht transferiert werden kann, zu verrechnen, so dass ca RM 25 000 000 (I.Z.) zur Auszahlung von Unterhaltsbeiträgen an die Angehörigen dieser Arbeiter zur Verfügung stehen würden.-

Luther

Pol. 4 N. 2

*Grünecke*

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958

105

*[Handwritten signature]*

(Dr. Casse)

Vortragender Legationsrat *I. M.*



Auswärtiges Amt

Berlin W 8. der 13. Juni 1942  
Wilhelmstr. 74-76

Nr. Pol IV 1750/42

1 Anlage

17. JUL 1942

In der Anlage übersende ich Abschrift der Übersetzung  
eines hier an der Auslandsbriefstelle Wien vorgelegten Brie-  
fes über Judenverschickung aus der Slowakei zur Kenntnis.

Im Auftrag  
gez. Heinburg

An  
die Deutsche Gesandtschaft

Preßburg

17/6  
L. 40

M. H.



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amts befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Handwritten signature]*  
(H. Sasse)  
107  
Vortragender Legationsrat I. M.

Übersetzung aus dem Englischen:

Absender: Die Executive der zionistischen Organisation  
Agentie für Palästina in Genf, 52 rue des Paquis.

Empfänger: Dr.L.Lauterbach, Organisations Dept.POB 92, Jerusalem.

Datum: 13.5.1942.

Brief Np.710/via Istanbul/ - Betrifft Situation in der Slowakei.

Ich hatte den Besuch eines Herrn aus Budapest, der auf dem Wege nach Südamerika ist. Er wurde von den Mitgliedern der Gemeinde in Budapest ersucht, mir folgende Details betreffend die Situation in der Slowakei mitzuteilen.

ab Von den 90 000 Juden in der Slowakei wurden bereits 20 000 nach Polen verschickt. Im Gegensatz zu den Erklärungen des Ministers des Innern Mr.Mach werden die Juden in der Slowakei nicht in Arbeitslager in der Slowakei geschickt (mein Brief Nr.666 mit Brief an den Nuntius in Bern vom 8. April mit Beilage) sondern werden nach Polen verschickt. In vielen Fällen wurden die Männer von ihren Frauen und Kindern getrennt. Was in Polen vorgeht, wenn die Transporte ankommen, weiß man nicht. Es wird von guten Autoritäten behauptet, daß eine große Anzahl von Mädchen im Alter von 16 bis 36 in Soldatenbordells gesteckt werden, die an der polnischen Grenze errichtet wurden. Viele Hundert Juden (Männer, Frauen und Kinder) sind nach Ungarn geflohen und die Zahl solcher Flüchtlinge ist im steten Anwachsen begriffen. Die ungarischen Juden sind erschreckt, daß die ungarischen Behörden nicht erlauben, daß diese Flüchtlinge dort verbleiben und dieselben zurückschicken wollen. Grauenhafte Ereignisse haben sich bereits an der Grenze abgespielt: so zum Beispiel war es einer Gruppe von 52 Juden, Frauen und Kinder inbegriffen, gegen Zahlung von enormen Summen die Grenze im Autocar zu erreichen. Man hatte ihnen versprochen, daß sie über die Grenze kommen werden können. aber im letzten Augenblick gab jemand das Signal und sie mußten umkehren und wurden der slowakischen Grenzpolizei übergeben, welche alle 52 Leute auf der Stelle nieder machte. Trotz dieser Vorkommnisse versuchen immer mehr und mehr Juden aus der Slowakei nach Ungarn zu kommen. Die jüdischen Vertreter in Budapest wissen nun nicht, was sie mit diesen anfangen sollen und sind über die möglichen Folgen erschreckt. Mein Besucher hier macht allerlei Vorschläge, welche aber unglückseligerweise von geringem praktischen Wert sind. Er sprach auch von einer Intervention des Vatikans

Ref 4 N.2

was  
Gül  
F



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

108

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
(D. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



- was ja wie Sie wissen bereits geschehen ist, jedoch hatten die Vorstellungen beim Vatikan keinerlei Erfolg gezeitigt. Man sagt, daß als ein Ergebnis dieser Vorstellungen das slowakische Staatsoberhaupt, Vater Tiso sich geweigert hat, die Ausweisungsdekrete zu unterschreiben und bleib aus diesem Grunde seinem Amte während 10 Tagen fern; in der Zwischenzeit hat der Minister des Innern Mach den Auftrag zu weiteren Ausweisungen und Transporten nach Polen gegeben. Ich habe bereits in meinen früheren Berichten erwähnt, daß man diesen schrecklichen Verfolgungen viel mehr Raum in der amerikanischen und englischen Presse sowie durch das Radio geben sollte, aber bis heute ist in dieser Hinsicht wenig geschehen. Ich bin immer noch der Meinung, daß doch einige der Anhänger Deutschlands durch solche öffentliche Warnungen beeinflusst würden und daß man sie für solche Vorfälle verantwortlich machen wird, und selbst jetzt müßten die jüdischen Organisationen bemüht sein, daß solche Fälle von Verfolgungen und Metzeleien in der Slowakei, in Kroatien und Rumänien viel öfter und krasser in der Presse und von den Sprechern der Demokratien erwähnt werden.

Ihr R. Lichtheim

Genfer Büro

Für die Richtigkeit Willicus - 2406

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

109



Pol. 4 r. 2



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968 110



*Sasse*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

FERNSCHREIBSTELLE  
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
PRESSBURG

# FERNSCHREIBEN

von :

+ D G PRESSBURG NR 204 30.6.42. 2210-

+ 22.25 NR 204 ERH AUSW AMT BG +

204  
Laufende Nr. der Fernschreibstelle

Befördert :

Datum : 30.6. 1942

um : 22.25 Uhr

an : Erh. Bln.

durch : Rhr

an :

Auswärtig

Vermerke :

Berlin

.Bestimmungsort

G-Schreiber

Nr. 1006 v.30.6.42

Auf Drahterlaß vom 8.Juni Nr. 861

Slowakische Regierung hat nunmehr durch Verbalnote , deren Wortlaut mit Schriftbericht folgt, ausdrücklich erklärt, daß sie bereit ist, für jeden übernommenen Juden 500 RM an Reichsregierung zu bezahlen. Wegen Art und Weise der Zahlung hat Außenministerium weitere Mitteilung vorbehalten. Besprechungen haben ergeben, daß Slowaken wünschen, die Frage der Durchführung der Zahlung durch den deutsch-slowakischen Regierungsausschuß klären zu lassen. Gesandtschaft hat im Außenministerium zur Kenntnis gebracht, daß deutscherseits Absicht bestehe Judengelder gegen zur Zeit nicht transferierbare slowakische Arbeiterlöhne zu verrechnen.

Ludin

305  
R30/6

R30/6

Die Übereinstimmung des ~~vor~~  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



111  
*Sasse*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. M.



FERNSCHREIBSTELLE  
DEUTSCHE GESANDTSCHAFT  
PRESSBURG

260

Laufende Nr. der Fernschreibstelle

Aufgenommen:

Datum: 30. 6. 1942

um: 13. Uhr 50

von: Anton N. N.

durch: N. N.

Vermerke:

G SCHREIBER =

Eing. 1- JUL. 1942

Co. Nr.

Geld Anl.

PRESSBURG =

Bestimmungsort

NR 976 =

FUER HERRN GESANDTEN LUDIN PERSOENLICH =

AUF DORTIGES TELEGRAMM NR 992 VOM 26.6. DIE VOM  
MINISTERPRAESIDENTEN TUKA ERBETENE DIPLOMATISCHE HILFE  
KOENNEN SIE IHM IN DER WEISE GEBEN, DASS SIE  
STAATSPRAESIDENTEN TISO GEGENUEBER GELEGENTLICH ZUM  
AUSDRUCK BRINGEN, EINSTELLUNG JUDENAUSSIEDLUNG UND  
INSBESONDERE DIE IM DRAHTBERICHT GESCHILDERTE  
AUSSCHLIESSUNG 35.000 JUDEN VON ABSCHIEBUNG WUERDE IN  
DEUTSCHLAND UEBERRASCHEN UMSOMEHR ALS BISHERIGE  
MITWIRKUNG SLOWAKEI IN DER JUDENFRAGE HIER SEHR  
GEWUERDIGT WORDEN SEI = WEIZSAECKER +

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*Sasse*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

113



Fernschreiben

G-Schreiben

Berlin, den 30.6.1942 23,45

Preßburg, den 30.6.1942 23,50 Uhr

Deutsche Gesandtschaft

Preßburg

Nr.976 /

Deutsche Gesandtschaft Preßburg
Eing. 1- JUL. 1942.
Eg. Nr. _____
Uhr _____ Std. _____

l 9/7

Für Herrn Gesandten Ludin persönlich.-

Auf dortiges Telegramm Nr.992 vom 26.6. Die vom Ministerpräsidenten Tuka erbetene diplomatische Hilfe können Sie ihm in der Weise geben, daß Sie Staatspräsidenten Tiso gegenüber gelegentlich zum Ausdruck bringen, Einstellung Judenaussiedlung und insbesondere die im Drahtbericht geschilderte Ausschließung 35.000 Juden von Abschiebung würde in Deutschland überraschen umsomehr als bisherige Mitwirkung Slowakei in der Judenfrage hier sehr gewürdigt worden sei.-

Weizsäcker

~~zu unio bausung~~

~~bai lin. Präs.~~

~~Präs. am 3.7.~~

~~Wiss. isoolagen~~

l 1/7

1. y 4.1.  
2. a. b. g. e. n. e. n.  
3. d. y. g. e. n. e. n.

TR  
Herr Weizsäcker  
Hande unterschrieben

l 14/2

g. e. n. e. n.

Pol. 4 7.2



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968





(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*





sch Nr. \_\_\_\_\_  
e. 74

446/K403722-K403749

1  FTO 

Electric Counter

332 1/2

Pressburg

27/46

27/46

Judenfrage

(Generalia)

D Pol. 4 Nr. 2 Gen. (K)

Herdegen  
D.R.W.Z.



Liegehefter  
Original ES/Normal

Druck: Herrn. Herdegen G.m.b.H.



Deutsche Legation  
- Konsulats-Teilung -

Friedburg, den

17. März 1941

Pa/41 Bericht Nr. 6745/41

2 Durchschläge  
1 Anlage

Betrifft: Judenauswanderung nach  
den USA.

ab 17.3. 1941  
Konzept  
Eilt!

Die Gesandtschaft beehrt sich in der Anlage Abschrift  
eines Schreibens des Beraters für Judenfragen bei der Slo-  
wakischen Regierung, des SS-Hauptsturmführers Wisliceny,  
betreffend Judenauswanderung nach den Vereinigten Staaten von  
Amerika, zur gefälligen Kenntnissnahme vorzulegen mit der  
Bitte, baldmöglichst Weisung erteilen zu wollen.

Im Auftrag

ges. Schenkelt

L. ..An

das Auswärtige Amt

B e r l i n

2. April 1941

b.  
10.4.  
27.4.

b.  
1.5.  
10.4.

2. April

Die Übereinstimmung des ~~Textes~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

115

D. W i s s i e n s ,  
Hauptstaatsführer  
und Berater für Juden-  
fragen.

Preßburg, den 15. März 1941.

B.Nr. 313/1941.

An die

Deutsche Gesandtschaft, Konsulatsabteilung,  
zu Hd. von H. Atsché Dr. J o h a n n e s ,

Preßburg.

Betrifft: Judenauswanderung nach USA.

Die Judenzentrale in der Slowakei hat sich vor einiger Zeit an mich gewandt und mich um Vermittlung gebeten, um einer Anzahl von Juden, die nach den USA auswandern wollen, die Durchreise durch das Reichsgebiet und das besetzte Frankreich zu verschaffen. Es handelt sich dabei um Juden, die entweder amerikanische Staatsangehörige oder ihre Visaverhandlungen beim amerikanischen Generalkonsulat in Budapest zum Teil abgeschlossen haben. Ich habe daraufhin Rücksprache mit dem Leiter der Zentralstelle für jüdische Auswanderung beim RSHA - H-Sturmchef Eichmann - genommen. Das RSHA verlangte als Vorbedingung den Nachweis von Passagemöglichkeiten über Lissabon. Die Judenzentrale hat mir daraufhin Telegramme des Joint Distribution Committee vorgelegt, nach denen Schiffsraum für Juden nicht zur Verfügung steht. Daraufhin hat die Zentralstelle für jüdische Auswanderung mir am 12. III. fernschriftlich mitgeteilt, daß die Juden in einem geschlossenen Transport durch Deutschland reisen können, vorausgesetzt, daß alle Transit- und Endvisa und die Passage in Ordnung wären. Ausserdem müssen die auswandernden Juden ausserhalb des wehrpflichtigen Alters sein.

Die Judenzentrale benötigt nun zur Vorlage beim amerikanischen Generalkonsulat in Budapest und beim spanischen und portugiesischen Konsulat eine amtliche Mitteilung der Deutschen Gesandtschaft, wonach ein Sammeldurchreisevisum erteilt wird, wenn Passagemöglichkeiten bestehen und die sonstigen Durchreise- und Endvisa in Ordnung sind. Über das Auswanderungsverbot für wehrfähige Juden wird die Judenzentrale von mir mündlich unterrichtet.



Die Ubereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1968



116  
*Sasse*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*


Ich bitte daher die Konsulatsabteilung, ein diesbezügliches Schreiben an die Judenzentrale für die Slowakei, zu Händen des Obmannes Schwarz, Preßburg, Venturgasse 3, zu richten. Gegebenenfalls bitte ich, dieses Schreiben an mich zu leiten, sodaß ich es der Judenzentrale übergeben kann.

Winkler  
H - Hauptsturmführer .

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Hl.*

117



# Auswärtiges Amt

Berlin W 8, den 17. Mai 1941  
Wilhelmstraße 74-76

Nr. D III 4015

Deutsche Gesandtschaft	
Preßburg	
Eing. 23. MAI 1941	
Egb. Nr. <u>24 29</u>	Geld <u>29</u> Anl.

In Abschrift

der Deutschen Gesandtschaft  
in P r e ß b u r g

auf den Bericht vom 17. März 1941 - Pa/41- Bericht-Nr.  
6745/41 - zur Kenntnis und mit der Bitte um weitere Ver-  
anlassung übersandt.

In Auftrag

Dr. G. G. G.

Dr. G. G. G.

Dr. G. G. G.

Dr. G. G. G.

Dr. G. G. G.

Dr. G. G. G.


Dr. G. G. G.

Dr. G. G. G.

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Hl.*

118

33 1/2

Abschrift D III 4015

Der Chef der Sicherheitspolizei  
und des SD

Berlin, den 9. Mai 1941

IV B 4b (Rz) (neu) 513 /41

An

das Auswärtige Amt Berlin.

Betrifft: Judenauswanderung aus der Slowakei nach USA.

Bezug: Dort.Schnellbrief vom 26.3.1941 - D III 2608 -

Auf das dortige Schreiben vom 26.3.1941 teile ich mit, daß ich seiner Zeit dem Sonderbeauftragten des Reichsführers SS beim deutschen Gesandten in Preßburg gegenüber der Auswanderung von 105 Juden, größtenteils amerikanischer Staatsangehörigkeit, zugestimmt habe.

In dem vorliegenden Schreiben des Beraters für Judenfragen - SS-H' Stuf. Wisliceny, Preßburg, handelt es sich um die Ausreise dieser 105 Juden.

Im Hinblick auf die zweifellos kommende Endlösung der Judenfrage und die ohnedies geringen Ausreisemöglichkeiten für Juden aus dem Reichsgebiet ist jedoch eine allgemeine Judenauswanderung aus der Slowakei und eine Durchreise durch das Reichsgebiet nach Tunlichkeit zu verhindern.

Im Auftrage:

gez. E i c h m a n n



Die Ubereinstimmung des ~~vor~~  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amts befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



119

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*





Zagreb  
- geheim -  
2/7

Geheime Reichssache

Zagreb

Pol 2 Nr. 2 - Polizeiattaché

9787/ E302714-839

2/7 Geheim

Polizeiattaché



Deutsche Gesandtschaft  
Pol 2 Nr.2 - A 248/42

Zagreb, den 6. Mai 1942

G e h e i m.

Im Anschluss an die gestrige Besprechung und unter Bezugnahme auf die Dienstanweisung für Ihre Dienststelle, bitte ich, die Rückreise des SS-Hauptsturmführers Franz Abromeid und des SS-Obersturmführers Hans Joachim Heinrich in die entsendenden Dienststelle zu veranlassen. Für beide Führer liegt weder dem Auswärtigen Amt noch mir ein Erlass vor.

gez. Kasche

Verteiler:

Polizei -Attaché 2 x

Ges.Rat 1 x

Gesandter z.d.A. 1 x

z.d.A. 1 x

*ges. 12.5.*

An

Herrn Polizei - Attaché H e l m

Z a g r e b

Tuškanac 18.

H302834

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
65 Vortragender Legationsrat *I. M.*

Deutsche Gesandtschaft

ol 2 Nr.2 -A 248/42

Zagreb, den 6. Mai 1942

Geheime Reichssache.

betrifft: Polizei -Attaché

bezug: Dortiger Drahterlass Nr.667  
vom 24.4.42

Doppel

Zum dortigen Drahterlass berichte ich:

- Zu 1. Sturmabannführer Beisner ist endgültig am 5.3.42 von hier nach Berlin abgereist.
- Zu 2. SS-Obersturmführer Kob verbleibt wegen Erledigung von Uebergangsarbeiten noch bis 31. Mai 42 hier. Er wird dann nach Berlin zurückkehren.
- Zu 3. a. Dienststelle Essegg ist bereits seit längerer Zeit voll aufgelöst.  
b. Dienststelle in Sarajevo hat nach Mitteilung des Sturmabannführers Helm allgemein sicherheitspolizeiliche Aufgaben. Sie untersteht den SD-Dienststellen in Belgrad. Erbitten hinsichtlich dieser Dienststelle Erlass.  
c. Den Erlass wegen des Obersturmführers Kovač erwarte ich.
- Zu 6. In gestriger Besprechung habe ich mich mit folgendem Personalbestand des Polizei-Attachés einverstanden erklärt:

Verteiler:  
das Auswärtige Amt

Abgesandt:

am

Anlagen

Berlin mit Kurier/Post



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



66

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.

1. SS-Obersturmführer Gerhard Hübner  
als Vertreter des Polizei - Attachés
2. SS-Hauptscharführer Karl Stüwe  
als Sachbearbeiter
3. SS-Oberscharführer Fritz Wissel  
als Verwaltungsführer
4. Angestellter Karl Schuhmacher  
als Registrator
5. Angestellter Anton Kramer  
als Dolmetscher
6. - 8. 3 weibliche Schreibkräfte.

2 als Dolmetscher ausserdem angestellte volks-  
deutsche Studenten werden bis zum Abschluss ihres  
Studiums im Juli 1942 noch weiter beschäftigt.

Bei der Dienststelle befinden sich mit Sonder-  
aufträgen: SS-Hauptsturmführer Abromeid für Juden-  
fragen und SS- Obersturmführer Heinrich für Kirchen-  
fragen. Ich habe Sturmbannführer Helm gestern mit-  
geteilt, dass beide zu ihren Ausgangsdienststellen  
nach Berlin bzw. Belgrad zurückkehren sollen, da  
weder im Amt noch hier über ihre Einsetzung ein Er-  
lass vorliegt.

Zu 7. / Ich habe Sturmbannführer Helm angewiesen, seine  
Fernschreibstelle bis 20. Mai 42 aufzulösen. Von  
dieser Zeit an wird der entsprechende Fernschreib-  
verkehr über die Fernschreibstelle der Gesandtschaft  
geleitet werden. Der Fernschreiber wird nach Abwicklung  
der Dienststelle nach Berlin zurückgesandt werden.

gez. Kasche

Verteiler:

Original      Ausw. Amt  
3 Doppel      "  
1 x Gesandter  
1 x z.d.A.

H302806

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



67

*Sasse*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



# Geheime Reichssache

Auswärtiges Amt

D II 113 g.Rs.

Auf den Bericht vom 6. Mai d.J.  
- Pol. 2 Nr. 2-A 248/42 g.Rs.-  
und Drahtbericht vom 23. Mai d.J.  
- Nr. 1090 -

Berlin W 8, den 13. Juli 1942.  
Wilhelmstr. 74-76

Dtsch. Gesandtschaft Zagreb  
Tageb. Nr. *Pol. 2 Nr. 2-A 248/42*  
eing. 16 JUL 1942  
Anl. Doppel

Zu 1.

W-Sturmchef Beissner ist inzwischen in Berlin eingetroffen. Es ist dafür Sorge getragen worden, daß eine erneute Verwendung Beissners im Ausland, besonders aber im Balkan, nicht erfolgt.

Zu 2.

W-Obersturmchef Kob ist mittlerweile nach Berlin zurückgekehrt.

Zu 3 b.

*2. d. A.*  
*20. f.*  
Auf früheren Wunsch des verstorbenen W-Obergruppenführers Heydrich soll die Dienststelle Sarajewo in ihrer gegenwärtigen Besetzung durch W-Sturmchef Dr. Heinrich und eine Sekretärin bestehen bleiben, um den bosnischen Raum zu überwachen. Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD hat jedoch dem Wunsch des Auswärtigen Amts entsprochen, daß die Dienststelle dem dortigen Polizeiattaché unterstellt wird. Gegen das Weiterbestehen in dieser Form bestehen hier keine Bedenken. Wie der Chef der Sicherheitspolizei und des SD hierzu mitgeteilt hat, wird er den dortigen Polizeiattaché, die Dienststelle Sarajewo und den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Belgrad auch auf eigenem Dienstwege hiervon in Kenntnis setzen.

Zu 3 c.

Angelegenheit W-Sturmchef Kowatsch dürfte dadurch ihre Erledigung gefunden haben, daß dieser sich nach Auskunft des W-Hauptamtes bereits wieder in Deutschland befindet.

Zu 6.

Gegen den nunmehrigen Personalbestand des dortigen Polizeiattachés bestehen keine Bedenken.

Zu

An

die Deutsche Gesandtschaft

A g r e m .

H302800

Die Ubereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amts befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Handwritten signature]*  
63

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Hl.*

*Abt. 1*  
*ausg. d. nov. -*  
*int. 23/72*

Zu 6 Abs. 3.

Über die Rückkehr des W-Hauptsturmführers Abromeid und des W-Obersturmführers Heinrich zu ihren Ausgangsstellen bitte ich zu berichten.

Zu 7.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD hat auch hierher mitgeteilt, daß die Fernschreibstelle des dortigen Polizeiattachés in der Zwischenzeit abgeschaltet worden sei.

Im Auftrag  
gez. Luther



*Postaubigt*

*Min. Kzl. Oversekr.*


H302801



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.

Zagreb, den 20. Juli 1942

Betrifft: Dienststelle Polizei-Attaché

Bezug: Schrifterlass D II 113 g.Rs.  
vom 13.7.42

4 Doppel

Geheime Reichssache.

1. SS-Hauptsturmführer Abromeid ist bereits seit Wochen wieder im serbischen Gebiet tätig und als Leiter der Aussenstelle des SD in Užice eingesetzt.

Sturmbannführer Helm fordert Abromeid jedoch dringend an für die Durchführung der Uebersiedlung der kroatischen Juden in die Ostgebiete. Diesem Antrag schliesse ich mich derart an, dass Abromeid vom 1. August 42 bis 30. September 42 zur Dienststelle des hiesigen Polizei-Attachés kommandiert werde.

2. SS-Obersturmführer Heinrich ist ebenfalls seit Wochen wieder in Belgrad. Er hat mich in Begleitung des Sturmbannführers Helm am 19.7. aufgesucht. Zweck war, mir Aufgabe und Lage der kirchen-politischen Arbeit vorzutragen, weil Helm Einsatz des Obersturmführers Heinrich zur Bearbeitung dieser Vorgänge hier für notwendig bezeichnet hat.

Heinrich trug etwa folgendes vor: Seine Dienststelle habe im Reich zuerst den Kampf gegen kirchenpolitische Umtriebe derart geführt, dass man mit Polizeimassnahmen verschiedenster Art vorgegangen sei. Während des Krieges habe man die besonderen Gesetze ausgenutzt, um der Kirche Vermögenswerte im grossen Umfange zu nehmen und sie dem Staat zuzuführen.

*gel. Fr 24.7.*

*al. (Kriegs-  
Anfragen)*

*2. H.*

*Worm. (Halt. Hupf.)*

An

das Auswärtige Amt

R302736

Berlin. Abgesandt:

am

Anlagen

mit Kurier/Post

22.7

*hsp*  
*h*

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



60

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat *F. M.*



Darüber hinaus sei man mit Verbindungsleuten in die Organisationen der Kirche eingedrungen, um sich Nachrichten zu verschaffen und Einfluss zu nehmen. - Kroatien sei nun ein besonders bedeutsamer Staat in dieser Hinsicht. Man unterstelle, dass die Regierung die katholische Kirche vor allem unterstütze. Von hier aus spinnen sich kirchen-politische Fäden nach Ost und Südost. Aus weltanschaulichen und aus politischen Gründen sei deren Überwachung durch Organe des SD besonders notwendig. Man könne darüber hinaus auch Einfluss in die Kirchen-Organisation hinein nehmen.

Ich erwähnte, dass für einen derartigen Einsatz in den für den Polizei-Attaché gegebenen Richtlinien keine Voraussetzung gegeben sei. Sollte ein solcher Einsatz also infrage kommen, müsste das SD-Hauptamt dies beim Auswärtigen Amt erwirken. - Wenn ich vom hiesigen Standpunkt aus dazu Stellung nehmen sollte, müsste ich mir zweierlei überlegen:

1. Ob bisher in Hinsicht der Bearbeitung kirchen-politischer Fragen Mängel entstanden seien und
2. ob durch den erstrebten Einsatz ein besonderer Vorteil für die deutsche Politik erreicht werden könnte.

Ich müsste dabei darauf aufmerksam machen, dass der Vorgänger des Sturabannführers Helm, Sturabannführer Beisner, mit gelegentlich von Vertrauensleuten in der Umgebung des Erzbischofs gesprochen, nie aber politisch bedeutsame Mitteilungen gemacht habe. Demgegenüber haben die Herren der Gesandtschaft auf üblichen Wegen ausreichende Kenntnis von allen wesentlichen Vorgängen erhalten. Darüber hinaus sind die Einflüsse der Gesandtschaft insbesondere hinsichtlich der Frage der orthodoxen Kirche ausreichend gewesen, um sich

Die Übereinstimmung des ~~vor~~  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Hl.*  
61



bei der Regierung durchzusetzen. Die Erfahrungen mit Sturmbannführer Beisner hätten überdies ergeben, dass für die Gesandtschaft keine Gewähr gegeben sei für eine restlos offene Arbeit des SD-Einsatzes gegenüber der Gesandtschaft. Von seiten Beisners seien Tätigkeit des Nachrichtendienstes und politische Einflussnahme zum Schaden der einheitlichen Linie der Reichspolitik durcheinander gebracht worden. Für die Reichspolitik sei aber nichts entscheidender als eine einheitliche Lenkung.

Im übrigen wies ich darauf hin, dass die Entwicklung kirchlich-religiöser Kräfte nicht so einfach zu beurteilen sei, wie der Obersturmführer Heinrich in seinem Vortrag dargestellt hätte. Die Erfahrungen mit den kirchen-politischen Massnahmen im Reich seien auch nicht so positiv, dass man deswegen auf erfolgreichen Einsatz der gleichen Methoden im Auslande rechnen könne. Im übrigen müsste im Auslande ohnehin ein anderer Gesichtspunkt gelten. Das was innerhalb des deutschen Volkes aus weltanschaulichen Gründen geschehe, komme nicht ohne weiteres für Uebertragung in fremde Länder infrage. Die Beurteilung aller im Auslande wirkender Kräfte könne daher nicht zuerst vom weltanschaulichen, sondern müsse vielmehr vom politischen Standpunkt aus erfolgen.

Ich habe Helm und Heinrich angewiesen, die Frage hier nicht weiter zu behandeln, da sie nur im Auswärtigen Amt entschieden werden könne.

gez. Kasche.

Verteiler:

Urschrift Ausw. Amt  
4 Doppel " "  
1 x Gesandter  
1 x z.d.A.

H302738



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
Vortragender Legationsrat *I. Kl.*

62

Telegramm

des Auswärtigen Amts in Berlin  
an Gesandtschaft Zagreb

Dtsch. Gesandtschaft Zagreb  
Tageb. Nr. 22. 2. 4430/42  
eideg. - 7. AUG. 1942, 18/2  
Anl. Doppel

Nr. 1279 v. 7. VIII.

Entzifferung

Verschlusssache B.

Auf Bericht vom 20. Nr. Pol. 2 Nr. 2 A 430/  
42.

Zu 1: Mit Abstellung SS Hauptsturmführers Abtomeid zum Polizeiatnaché zwecks Durchführung Übersiedelung kroatischer Juden in Ostgebiete von 1. August bis 30. September 1942 einverstanden.

Zu 2: Abstellung SS Obersturmführers Heinrich nach Zagreb zur Bearbeitung von Kirchenfragen wird nicht zugestimmt.

Reichssicherheitshauptamt wird über diese Entscheidung entsprechend unterrichtet werden.

Luther

H502795

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



59 (Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.



Durchdruck als Entwurf

tsche Gesandtschaft  
Nr.2-A 600/42

Zagreb, den

2. Oktober 1942

H302774

Erlasse vom 23. September 1942  
Nr.D II 194 g.Ps.Ang.2-

Geheime Reichssache!

Trifft: SS-Hauptsturmführer  
Abromeid

Doppel

Da Juden-Ubersiedlung aus italienischem Interessengebiet  
Kroatiens noch nicht abgeschlossen, bitte ich, Abstellung  
SS-Hauptsturmführers A b r o m e i d vorläufig bis Mitte  
November zu verlängern.

gez. Kasche

das

bewertige Amt

B e r l i n

Abgesandt:

am

Anlagen

mit Kurier/Post

12.9.40.

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*57*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

# Geheime Reichssache

20/42  
Auswärtiges Amt

Berlin W 835, den 23. Sept. 1942.

~~WILHELMSTRASSE 27~~

Rauchstr. 27

Nr. D II 194 g.Rs. Ang. 2

Otsch. Gesandtschaft Zagreb

Tageb. Nr.

eing. 1 - OKT. 1942

Anl.

Doppel

Pol 2. H 2 - A 600/42

Betr.: ~~W~~-Hauptsturmführer Abromeid.  
Mit Beziehung auf den Bericht vom  
20. Juli d.J. Nr. Pol. 2 Nr. 2-A 430/42-

Ich bitte um Bericht, ob die Tätigkeit des  
~~W~~-Hauptsturmführers A b r o m e i d mit dem 30. Sep-  
tember d.J. aufhört.

Im Auftrag

*Pier*

An

die Deutsche Gesandtschaft

in Agram.

*bis Mitte November  
verlängern*

H302775



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



58

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Hl.



# Auswärtiges Amt Zagreb

Betreff: **Zagreb** geheim

*Besetzte Ortgebiete  
Kultur-Telegramme*

Band: \_\_\_\_\_

vom *Nov* 19 *11*

bis *Febr* 19 *42*

Forts. Band: \_\_\_\_\_

*21/3*




*A/bis. Wdy.*DEUTSCHER POLITISCHER BERICHT.

Der englische Kardinal Hinsley hat über den Rundfunk eine Rede gehalten, in der er die wahnsinnigsten Behauptungen über angebliche deutsche Greuel in Polen aufstellt. Er will wissen, dass die deutschen Behörden im Generalgouvernement seit Kriegsbeginn 700.000 Juden hingerichtet hätten. Hinsley erklärte ausserdem, dass der Papst von der Wahrheit dieser Angaben überzeugt sei. Ähnliche Schilderungen machte der britische Propagandaminister Brendan Bracken auf einer eigens zu diesem Zweck zusammengerufenen Pressekonferenz.

Was Brendan Bracken verbreitet, ist ziemlich unerheblich. Sein ganzes Ministerium wurde nur zu dem Zweck gegründet, Lügen herzustellen und Lügen zu verbreiten, Brendan Bracken selbst wird dafür bezahlt, dass er diese Lügen so dick wie möglich aufträgt. Seine Aufgabe ist es, die Greuellüge als Kriegswaffe einzusetzen, so wie Lord Northcliff dies im letzten Kriege tat. Mit Brendan Bracken erübrigt sich daher jede Auseinandersetzung.

Anders liegt der Fall Hinsley. Als Erzbischof von Westminster ist dieser Kardinal der erste katholische Kirchenfürst Englands. Dass er diese Stellung benutzt, um durch Verbreitung von ungeheuerlichen Lügen den Hass zwischen den Völkern noch zu schüren, zeigt dass er den Sinn der Mission Christi nicht verstanden hat. Dass er im Namen seiner Hasspredigt sich dabei auf den Heiligen Vater beruft, ist eine Geschmacklosigkeit sondergleichen. Man darf erwarten, dass der Vatikan sie von sich aus verurteilt.

Hinsleys Behauptungen, dass die deutschen Behörden das Polentum im Generalgouvernement ausrotten, werden am besten durch Tatsachen widerlegt. Trotz der Zerstörungen und Schwierigkeiten, die der deutsch-polnische Krieg mit sich brachten ist das Generalgouvernement heute ein Gebiet mit vollkommen normalen Funktionen. Industrie und Landwirtschaft arbeiten wie in Friedenszeiten. Das Verkehrswesen bewältigt den Eigenverkehr des Generalgouvernements und mehr. Von seinen 120.000 Eisenbahnern sind nicht weniger als 112.000 Polen. Ebenso bilden Polen das Hauptkontingent der Postbeamtenschaft und der Polizei. All dies wäre nicht möglich, wenn die polnische Bevölkerung nicht vollkommen loyal mit den deutschen Behörden zusammenarbeitete und ein Vertrauensverhältnis zwischen beiden bestände. Wo kriegsbedingte Not herrscht, tun die deutschen Behörden ihr Bestes, diese zu lindern. Erst MG.



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*Sasse*  
53 (Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl. *I. Kl.*



Erst vor wenigen Tagen empfing Generalgouverneur Dr. Frank die Führer der polnischen Hilfsorganisationen. In gegenseitiger Aussprache sicherte der Generalgouverneur weitere Unterstützungen zu, während andererseits die polnischen Delegierten das Ausmass der bisher geleisteten Hilfe voll anerkannten. Wenn sich in Polen hier und da Sabotageakte ereignen, so sind dies Ausnahmen, die ihre Sühne finden müssen. Wie im Protektorat Böhmen und Mähren, konnte in allen Fällen festgestellt werden, dass die Saboteure nicht aus eigenem Antrieb oder gar um den spontanen Gefühlen der polnischen Bevölkerung Ausdruck zu geben, handelten, sondern in englischem oder russischem Auftrag. Wie im Protektorat, so werden auch ins Generalgouvernement von Engländern und Russen gelegentlich Agenten geschmuggelt, die mit der Landessprache vertraut sind, sich leicht verbergen könnten und dann ihre unerträgliche Tätigkeit ausüben. Die polnische Polizei hat sich bei der Dingfestmachung solcher Elemente hervorragend beteiligt und Verdienst erworben.

Dies ist durchaus kein Wunder. Einmal ist die Mehrzahl der englisch-russischen Agenten, Juden. Die Juden aber werden vom polnischen Volk genau so gehasst, wie vom deutschen. Wenn Kardinal Hinsley dies nicht glaubt, so hätte<sup>er</sup> nur der gestrigen Unterhausdebatte beiwohnen brauchen, wo die Abgeordnete Miss Rathbone, die in Palästina stehenden polnischen Truppen wegen ihres Antisemitismus anklagte. Dass mit jüdischen Saboteuren aufgeräumt wird, ist wohl selbstverständlich. Dies verlangt nicht nur das Rechtsempfinden der loyalen polnischen Bevölkerung, sondern auch das Gesetz des Krieges. Deutsche Behörden im Generalgouvernement die sich jüdischen Attentaten gegen das für die Front lebenswichtige Nachrichten und Verkehrswesen gegenüber milde zeigen würde, gehörten an die Wand gestellt. Den Juden, die im Generalgouvernement die Verbindung zur Front zu stören trachten, geschehe nichts anderes, als was den Aegyptern und Arabern geschieht, die im nahen Osten Sabotageakte gegen die Etappe des Generals Auchinleck verüben. Ein wesentlicher Unterschied besteht allerdings. Die Engländer wenden das Standrecht gegen Patrioten an, die Kraft eines Auftrages ihrer Nation gegen die landfremden Unterdrücker handeln. Die jüdischen Saboteure in Polen, haben dagegen keinerlei Mandat von der eingesessenen Bevölkerung. Sie wirken vielmehr im Auftrage von Mächten, die den polnischen Volk ebenso feindlich gesinnt sind, wie dem Deutschen. Denn auch Kardinal Hinsley wird nicht behaupten wollen, dass es im Generalgouvernement einen einzigen Polen gibt, der die deutsche Herrschaft gegen die des Bolschewismus tauschen möchte. Im übrigen kann sich jeder, der im Generalgouvernement reist, überzeugen, wie fantastisch die von Kardinal Hinsley genannten Ziffern MG.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



54  
*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



Ziffern von 700.000 ingerichteten polnischen Juden sind. Nach Whitakers Almanack zählten die Juden und Vorkriegspolen insgesamt 3 Millionen. Auf das heutige Generalgouvernement entfallen davon höchstens 2 Millionen. Aber selbst, wenn man Gesamtpolen nimmt, würden Hinsley Ziffern bedeuten, dass die jüdische Bevölkerung in Polen um 1/4 zusammengeschrunpft wäre. Eine Wanderung durch die Ghettos in Warschau, Krakau, und anderen Städten des Generalgouvernements beweist das Gegenteil. Die Juden sind nicht weniger geworden, sondern haben sich trotz des Krieges eher noch vermehrt. Noch immer geht es ihnen materiell besser, als den meisten Polen. Wenn die deutschen Behörden des Generalgouvernements sich die Sache so einfach machen würden, wie die englischen Behörden Palästinas, dann gebe es allerdings in Polen kein jüdisches Problem mehr. Nicht im Generalgouvernement, sondern vor der Küste von Palästina, vor den Häfen von Haifa und Tel Aviv haben sich in den letzten Monaten Szenen eines jüdischen Massenmordes abgespielt. Dort war es, wo die britischen Behörden bereits leck gewordenen jüdischen Einwandererschiffen, die vom Schwarzen Meer kamen, die Einfahrt verweigerten und sie zwangen, die offene See wieder aufzusuchen. Im Angesicht der Küste, im Angesicht des britischen Küstenwachdienstes, im Angesicht von Einheiten der britischen Flotte und der Royal Air Force, im Angesicht der jüdischen Küstenbevölkerung wurden damals über 1000 jüdische Einwanderer schiffbrüchig und ertranken. Dieser ungeheure Skandal führte zu mehreren gänzlich erfolglosen Interpellationen im Unterhaus und im Oberhaus. Ebenso hat die britische Regierung bis heute den Palästinajuden die Aufstellung einer eigenen Armee und andere Forderungen des Selbstschutzes verweigert. Es ist nicht bekannt, ob dem Papst auch hierüber Berichte vorliegen. Bevor der Erzbischof von Westminster den Vatikan mit Informationen über die Lage der Juden im Generalgouvernement beglückt, die nicht von dort, sondern aus dem Schreibtisch des britischen Informationsminister bezogen werden, sollte er Material über die Behandlung des jüdischen Problems durch die britischen Behörden in Palästina sammeln lassen.

MG.



Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



55  
  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I.H.*





# Auswärtiges Amt

~~Botschaft~~

Gesandtschaft: *Zagreb (geheim)*

*Zagreb*

## Akten

27 1/2

betreffend:

*Arbeitstagung der Judenreferenten in  
Krummhübel*

vom

*1944.*

bis

*1944.*

Bd.

s. Bd.

*D Kult 11 Nr. 7*



Vertraulich!

Arbeitstagung der Judenreferenten  
der Deutschen Missionen in Europa

Krammhübel, 3. und 4. April 1944.

Begrüßung durch Gesandten Prof. Dr. S i x, der Vorsitz an Gesandten Schleier übergibt. In seiner Eröffnungsansprache beschäftigt er sich mit den Aufgaben und Zielen der antijüdischen Auslandsaktion. Gesandter Schleier verweist auf das Bekenntnis des Führers zum völkisch-rassischen Prinzip. Dies bedeute Ablehnung aller fremdländischen Einflüsse und damit der Kampf des Nationalsozialismus gegen das zersetzend und zerstörend wirkende Judentum. Dieser Kampf habe uns den Haß des Judentums eingebracht. Ges. Schleier erinnert an die ersten Opfer des vom internationalen Judentum gegen das deutsche Volk entfesselten Kampfes, Wilhelm Gustloff und Ernst v. Rath. Dieser Kampf stelle einen wesentlichen Teil des großen Ringens des deutschen Volkes dar. Der Führer habe daher auch die Weisung gegeben, in verstärktem Maße den Kampf gegen das Judentum und für die Aufklärung über dessen Rolle im gegenwärtigen Krieg aufzunehmen. In England und Amerika seien Ansätze zu antijüdischen Tendenzen vorhanden.

Es stelle sich die Frage, welche Möglichkeiten sich den europäischen deutschen Missionen für eine antijüdische Tätigkeit böten. Die zu leistende Arbeit müsse von innen nach außen und von außen nach innen verlaufen. Erforderlich seien Meldungen über das Verhalten des Judentums in dem betreffenden Lande und über antijüdische Regungen daselbst. Antijüdische Propaganda in neutralen Ländern sei besonders schwierig, aber von größter Wichtigkeit, da von dort Ausstrahlungsmöglichkeiten nach England und Amerika beständen. Die neutralen Länder seien aber auch als Beobachtungsposten wichtig. Presseauschnitte, Rundfunkberichte, Aufzeichnungen über Vorgänge im feindlichen Ausland und im jüdischen Lager, die von Angehörigen der Gastländer berichtet werden, sowie Ansätze antijüdischer Tendenzen müssen sorgfältig gesammelt und registriert werden. Diese Meldungen müssen alle Lebensgebiete umfassen, die von Juden beeinflußt werden.

Dieses Material würde von Inf. XIV gesammelt und bearbeitet und sodann an die Missionen zur Auswertung in Presse und Rundfunk, durch Flugblätter, Broschüren und durch die Kanäle der Flüsterpropaganda geleitet werden. Die ~~Herausgabe~~ erfolge über die Presse-, Rundfunk- und Kulturpolitische Abteilung.

Ges. Schleier entwickelt sodann einige konkrete Projekte. So sei daran gedacht,



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Hl.*

33



gedacht, eine Wanderausstellung auf Schienen oder motorisiert, zu veranstalten. Weiter plane er die Herausgabe eines antijüdischen Abreißkalenders, besonders für die Staaten Südosteuropas, und die Einrichtung eines großen Archivs über alle Probleme der Judenfrage in personeller und sachlicher Hinsicht, dem eine Bildersammlung anzuschließen sei.

Gesandter S i x spricht sodann über die politische Struktur des Weltjudentums, die er weltanschaulich und historisch als Folge der soziologischen Entwicklung seit der französischen Revolution erläutert. Die Zahlen, die im Jahre 1933 vorlagen, ergaben etwa 17 Mill. Konfessionsjuden. Der eigentliche Kraftquell des Judentums in Europa und Amerika sei das Ostjudentum. Es stelle den Ausgangspunkt der Wanderbewegungen aus dem europäischen in den amerikanischen Raum dar. Das Ostjudentum schiebe sich langsam vom Osten nach dem Westen und zeige dabei nicht nur ein religiöses, sondern auch ein soziales Gefühle. Das Judentum in Europa habe seine biologische und gleichzeitig seine politische Rolle ausgespielt. In den Ländern der Feindmächte nehme das Judentum eine führende Stelle in dem Kampf gegen den Nationalsozialismus und gegen das Deutsche Volk ein. In Sowjet-Rußland sei die jüdische Frage nicht mit besonderem Akzent hervorgehoben worden; wir wissen aber aus der Praxis der Kriegführung, daß der Jude in der Hierarchie des Bolschewismus nach wie vor eine entscheidende Rolle spiele. Die jüdische Infiltration habe sich in der Sowjet-Union gehalten.

Das zweite in diesem Zusammenhang wichtige Land sei England. Das Judentum spiele dort eine traditionelle Rolle. Es sei gelungen, auf Grund der plutokratischen Struktur Englands Juden in die führende Schicht zu entsenden, was sich in der Politik der Oberschicht während des 19. Jahrhunderts stark ausgewirkt habe. Diese Versippung sei wichtig für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage.

Das Zusammenspiel des englischen mit dem amerikanischen Judentum habe eine entscheidende Rolle beim Ausbruch des Krieges gespielt. In den Vereinigten Staaten befänden sich ca. 7 Mill. Juden. Ihre Position sei wirtschaftlich begründet. Die demokratische Weltanschauung habe sich als fruchtbarer Boden für den fortschreitenden Einfluß des Judentums erwiesen. Die starke jüdische Durchsetzung der Führungsschicht bei den 3 Deutschland bekämpfenden Mächten sei ein Faktor von größter Bedeutung.

Ges. Six wendet sich sodann dem Zionismus zu. Zionismus bedeute Rückführung aller Juden in das Heimat- und Ursprungsland Palästina. Man wolle sie dort politische und biologisch zusammenfügen. Die ganze Frage der Rückführung sei jedoch politisch überlagert durch die arabische Fra-



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



*Sasse*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl. *I. Kl.*



Frage. Durch die Balfour-Deklaration von 1917 wurde den Juden nach dem Kriege eine Heimstätte zugesichert. Das jüdische Element habe sich in Palästina sehr breit gemacht auf Kosten des Arabertums.

Die physische Beseitigung des Ostjudentums entziehe dem Judentum die biologischen Reserven. Seine heutige Struktur sei durch seine Vereinigung mit den drei Großmächten gekennzeichnet. Diese Verbindung zeige sich in der Sowjet-Union durch die weltanschauliche Kombination des Judentums mit dem Bolschewismus, in England durch das Eindringen in die Führungsschicht und in den Vereinigten Staaten durch die Beherrschung entscheidender Schlüsselstellung in der Großfinanz. Nicht nur in Deutschland, sondern auch international müsse die Judenfrage zu einer Lösung gebracht werden.

Leg.Rat v. Thadden spricht über die judenpolitische Lage in Europa und über den Stand der antijüdischen Exekutiv-Maßnahmen. Der Redner gab einen Überblick, aus welchem Grunde die zionistische Palästina-Lösung oder ähnliche Ersatzlösungen abgelehnt und die Aussiedlung der Juden in die Ostgebiete durchgeführt werden müsse. Er umriß sodann den derzeitigen Stand der antijüdischen Maßnahmen in sämtlichen Europäischen Ländern.

Der Redner führte dann aus, welche Gegenmaßnahmen das Weltjudentum gegen die deutschen antijüdischen Maßnahmen in Europa durchführt.

Die Ausführungen wurden mit folgenden Bitten an die Vertreter der Missionen geschlossen:

1. Unterdrückung jeder, auch antijüdisch getarnten Propaganda, die geeignet ist, die deutschen Exekutiv-Maßnahmen zu hemmen oder zu behindern.
2. Vorbereitung des Verständnisses in allen Völkern für Exekutiv-Maßnahmen gegen das Judentum.
3. Laufende Berichterstattung über die Möglichkeit, auf diplomatischen Wegen verschärfte Maßnahmen gegen das Judentum in den einzelnen Ländern zur Durchführung zu bringen.
4. Laufende Berichterstattung über Anzeichen für Gegenaktionen des Weltjudentums, damit rechtzeitig Gegenminen gelegt werden können.

(Da die von dem Referenten vorgetragenen Einzelheiten über den Stand der Exekutiv-Maßnahmen in den einzelnen Ländern geheim zu halten sind, ist von der Aufnahme ins Protokoll abgesehen worden.)"

SS-Hauptsturmführer Dr. Ballensiefen berichtet über Erfahrungen bei der Durchführung der antijüdischen Maßnahmen in Ungarn im Zusammenhang mit den dortigen politischen Ereignissen.

Prof.



Die Ubereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amts befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



35

*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.



Prof. Dr. M a h r behandelt in seinem Referat die antijüdische Auslandsaktion im Rundfunk. Er fordert die Durchsetzung der deutschen Rundfunksendungen nach dem Ausland mit antijüdischem Aufklärungsmaterial und die Beeinflussung des Rundfunks der uns hahestehenden oder verbündeten Länder in ähnlichem Sinne unter Wahrung der Souveränität der betr. Länder. Im binnendeutschen Funk sei für gutes Material zu sorgen.

Frl. Dr. H a u h s m a n n spricht über antijüdische Auslandsaktion in der Presse und das Pressebild im Dienste der antijüdischen Auslandsaktion. Der Bildbedarf in der in- und ausländischen Presse sei groß. Bei der Beschaffung antijüdischer Bilder sei die Mitarbeit der Missionen erforderlich. Wichtig sei auch die Besprechung antijüdischer Bücher und jüdischer und antijüdischer Filme in der Presse. Frl. Dr. Hauhs mann zeigt dann die praktischen Möglichkeiten bei der Unterbringung von antijüdischen Meldungen in der ausländischen Presse auf, wobei das Schwergewicht bei den Pressereferenten der Missionen liegen muß.

Dr. W a l z behandelt die antijüdische Aktivinformation. Es könne keinen wirklichen Frieden unter den Völkern geben, wenn das Judenproblem nicht auf irgendeine Weise gelöst würde. Die Informationstätigkeit müsse auf die jeweilige Mentalität der Völker, auf die in antijüdischem Sinne eingewirkt werden soll, Rücksicht nehmen. Bei Flugblättern müßten ausländische Muster als Vorbild dienen. Es fehle bisher an einem antijüdischen Film, der nicht bekannte jüdische Einzelpersonlichkeiten behandle, sondern den kleinen jüdischen Kaufmann, den jüdischen Intellektuellen in ihrem täglichen Wirken zeige.

LS. Dr. K u t s c h e r spricht über die Propagandathesen im Rahmen der antijüdischen Auslandsaktion. Jede Propaganda müsse von gewissen Leitsätzen beherrscht sein. Als derartige Leitsätze und Richtlinien für die Informationsarbeit seien die Thesen zu betrachten. Sie müßten den jeweiligen örtlichen Verhältnissen angepaßt werden. Sie seien für den internen Gebrauch bestimmt. LS. Dr. Kutscher formuliert sodann einige Leitsätze: Die Juden sind die Urheber des Krieges. Sie haben die Völker in den Krieg hineingetrieben, weil sie an ihm interessiert sind. - Die Juden sind das Unglück aller Völker. - Ein jüdischer Sieg würde das Ende jeder Kultur sein (Beispiel Sowjet-Union). - Kämpft Deutschland gegen den Juden, so tut es das nicht nur für sich, sondern für die ganze europäische Kultur. - Der Jude hat sich mit diesem Krieg sein eigenes Grab gegraben. - Aufgabe dieser Sätze sei, den Menschen bestimmte Tatsachen



Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



36  
*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.



vor Augen zu führen, so daß sie schließlich von deren Richtigkeit überzeugt ~~ein~~ sein.

Dienstleiter H a g e m e y e r spricht über den internationalen antijüdischen Kongreß und seine Aufgaben. Er verfolge das Ziel, die europäischen Kräfte, die sich mit der Judenfrage befaßt haben, zu sammeln. Der Kongreß müsse politisch aufgezo-gen werden. Entscheidend sei die Zusammensetzung der Gäste. Dabei müsse auf den Besuch von europäischen Wissenschaftlern Wert gelegt werden. Der Redner bat die Vertreter der Missionen um ihre Unterstützung bei der Auswahl der für den Kongreß einzuladenen Gäste.

Es folgen nun die Berichte der Vertreter der einzelnen Missionen über die jüdenpolitische Lage in ihren Ländern und die Möglichkeiten a) der Beschaffung antijüdischen Materials, b) der Durchführung antijüdischer Information durch Rundfunk, Presse, allgemeine Informationsmittel (Bro-schüren, Plakate, Flugblätter, Klebezettel, Postkarten, Flüsterpropaganda und die Träger dieser Arbeit.

Dr. K l a s s e n (Frankreich) gibt zunächst einen längeren histori-schen Überblick über die Entwicklung des Judenproblems und des Antisemi-tismus in Frankreich und verweist auf den Unterschied der Judenbehand-lung in der Nord- und Südzone. In der Nordzone sei man zur Arierisierung jüdi-scher Unternehmungen geschritten, das jüdische Schrifttum sei eingezogen worden. Jüdischen Schriftstellern und Schauspielern sei nach der franzö-sischen Judengesetzgebung die Arbeit zwar nicht verboten, doch dürften sie weder eine Zeitung oder ein Theater besitzen noch leiten. Aus den Staatsstellen sei der Juden verschwunden. Im Jahre 1940 wurde in Frank-reich ein Judeninstitut gegründet. Eine antijüdische Ausstellung habe ge-litten Erfolg gehabt. Abgesehen von einigen antisemitischen Geistlichen hat sich die katholische Kirche weitgehend im Sinne der demokratischen Ideo-logie für das Judentum eingesetzt. Einige antisemitische Filme haben ab-schreckend gewirkt. Der Film müßte daher stärker eingesetzt werden. Die Informationstätigkeit müsse von der französischen Tradition ausgehen und als französische Sache hingestellt werden. Bei den Anhängern Déats und des französischen Faschismus fänden sich brauchbare Ansatzpunkte. Die Lage in Französisch-Nordafrika eigne sich gut zur Auswertung.

Dr. B e i n e r t (Spanien) berichtet, daß die Judenfrage unter ras-sischen Gesichtspunkten in Spanien nicht als aktuell angesehen werden. Nach der Vertreibung der Juden im 15. Jahrhundert werde die Judenfrage als abgeschlossenes historisches Problem betrachtet. Der antijüdischen Information seien daher sehr enge Grenzen gezogen, sie dürfe nicht als deutsche



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.



deutsche Propaganda erscheinen und auch nicht als Großaktion auftreten gezogen werden. Hingegen könne die Hervorhebung eindrucksvoller Einzelfälle, vor allem unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten, wirksam sein.

Auch Dr. Matthias (Portugal) unterstreicht die Schwierigkeiten einer antijüdischen Informationstätigkeit in Portugal. Ein Judenproblem in unserem Sinne bestehe in Portugal nicht. Einmal hat die bereits vor 1933 begonnene Abwanderung von Juden aus Mitteleuropa, die nach 1933 und während des Frankreichfeldzuges besonders stark wurde, das Bild in Portugal nicht wesentlich verändert, weil Portugal für die jüdische Emigration im wesentlichen nur Durchgangsland war. Zum Zweiten habe das ursprüngliche Judenproblem, das heißt die Schwierigkeiten, die sich durch die Einwanderung von Juden in Portugal in frühester Zeit ergaben, im Laufe der Jahrhunderte eine Lösung gefunden, die keine Bereinigung des Judenproblems in unserem Sinne darstelle, sondern die Spuren des Judentums als rassischen Bestandteil des Volkes verschwische. Die Beschaffung von antijüdischem Material aus USA. sei möglich, doch mit hohen Kosten verbunden.

Vizekonsul Dr. Janke (Schweiz) weist darauf hin, daß die große Mehrheit aller Schweizer aus gesundem Instinkt antisemitisch eingestellt sei, es fehle jedoch die Erkenntnis der Aktualität der Judenfrage. Der jüdische Einfluß sei weit geringer als in den anderen demokratisch-plutokratisch regierten Staaten. Eine antijüdische Informationstätigkeit müßte mit größter Vorsicht gehandhabt werden, und dürfe den deutschen Ursprung nicht verraten, um die strengen gesetzlichen Bestimmungen nicht herauszufordern und das Mißtrauen gegen Deutschland nicht wach zu rufen. Dabei müsse auch die scharfe Zensur berücksichtigt werden. Es müsse daher getarnt gearbeitet werden. In Frage kämen antijüdische Aufklärungsbroschüren, deren Aufmachung ständig zu ändern wäre, ferner Auswertung von Judenskandalen, Zusammenstellung aller jüdischen Persönlichkeiten, die eine führende Rolle in den Feindländern spielen, und Verbreitung jüdischer Witze. Die Einladung von schweizerischen Persönlichkeiten zum Antijüdischen Kongreß werde auf Schwierigkeiten stoßen.

Konsul Dr. Meissner empfiehlt, bei der antijüdischen Informationsarbeit in Italien die starke jüdische Beteiligung an verbotenen Handlungen (Schwarzhandel, Sabotage usw.) herauszustellen, im übrigen müsse sie sich aber an die italienische Intelligenz wenden und eine seriöse



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *HL*



seriöse Basis haben. Die Herausgabe einer illustrierten Broschüre mit einer sachlichen Darstellung des Judentums als Ferment der Zersetzung könne wirkungsvoll sein. Für eine Einladung zum Kongreß kämen Preziosi und Farinacci in Frage.

Herr Delbrück (Schweden) verweist auf die Schwierigkeiten einer antijüdischen Informationstätigkeit in Schweden. Bis zur Judenaktion in Dänemark und der dadurch verursachten starken jüdischen Einwanderung in Schweden habe es in diesem Lande keine Judenfrage gegeben.

Die jüdische Einwanderung habe jedoch zu einer ablehnenden Reaktion geführt. Sie könne daher als Ansatzpunkt einer antijüdischen Informationstätigkeit genommen werden. Dabei müsse allerdings berücksichtigt werden, daß alles, was nach deutscher Propaganda aussehe, abgelehnt werde. In der Presse stünden nur die wenigen deutschfreundlichen Zeitungen zur Verfügung. Antisemitische Propagandaschriften müßten ausschließlich in Schweden selbst gedruckt werden. Plakate seien nicht einsetzbar, da dafür keine Organisationen zur Verfügung stünden. Auch Postkarten mit antijüdischen Witzen könnten eingesetzt werden. Im schwedischen Rundfunk sei keinerlei antisemitische Propaganda möglich. Die Beteiligung fanatischer Idealisten am Kongreß sei durchaus möglich.

Herr Christensen (Dänemark) teilt mit, daß die Sammlung von Material ohne weiteres möglich sei. Bildmaterial könne auch aus der königl. Bibliothek in Kopenhagen beschafft werden. Was die Informationstätigkeit anbelange, so stehe die Presse für die Unterbringung sog. "Auflageartikel" zur Verfügung. Allerdings sei dabei klar ersichtlich, daß es sich um deutsche Propaganda handle. Die Propaganda in Dänemark müsse von dänischer Seite durchgeführt werden und nicht von einer deutschen Zentrale.

Herr Weilinghaus (Rumänien) berichtet, daß die Judenfrage in Rumänien bisher nur von der wirtschaftlichen und von der allgemeinen politischen Seite her unter ständiger Vernachlässigung der rassistischen und weltanschaulichen Gesichtspunkte behandelt worden sei. Die rumänische Regierung nehme in der Judenfrage eine vorsichtige Haltung ein. Sie hänge sehr stark von der militärischen Lage ab. Für unsere Arbeit ergebe sich daraus die Notwendigkeit, vorsichtig vorzugehen. Die rumänische Regierung habe uns wissen lassen, daß die propagandistische Beurteilung der Judenfrage unerwünscht sei. So bleibe uns als Hauptmittel die Flüsterpropaganda. Weil in der übrigen Presse antijüdische Artikel nicht angenommen werden, bleibe nur das einzige zugelassene



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. M.*



zugelassene antisemitische Organ "Porunca Vremii" auf diesem Gebiet.

Das in dieser Zeitung Gebrachte werde dann als Sonderdruck in größerer Auflage verbreitet. Ferner bestehe die Möglichkeit des Rückgriffes auf altes Material, das ~~vor~~ <sup>vor</sup> den verschärften Zensurbestimmungen genehmigt sei. Schließlich könnten auch Artikel in die Provinzpresse gebracht werden, da die provinziellen Zensurbehörden in der Regel weniger aufmerksam seien. Die von den Rumänen gewünschte und unterstützte antibolschewistische Propaganda biete die wirkungsvolle Möglichkeit der Koppelung mit der antijüdischen Propaganda. Die Einladung rumänischer Persönlichkeiten zum antijüdischen Kongreß hält der Referent z.Zt. im Hinblick auf die derzeitige politische Lage nicht für angebracht.

Ob.Reg.Rat Dr. H o f f m a n n (Bulgarian) erklärt, daß die Beschaffung antijüdischen Materials durchaus möglich sei. Die Informationstätigkeit könne nicht auf weltanschaulicher Grundlage erfolgen. Die Bulgaren seien in der Judenfrage auf ihren Erwerbsinstinkt und auf ihre nationalen Gefühle anzusprechen. Die bulgarische Regierung habe in der Judenfrage eine durchaus loyale Haltung eingenommen. Es sei den Bulgaren klar zu machen, daß die bulgarischen Juden bulgarischen Inspirationen gegenüber verständnislos seien. Der Rundfunk stehe in beschränktem Umfange zur Verfügung. Flugblätter dürften sich nicht durch zu üppige Aufmachung verdächtig machen. Zum Kongreß wäre der Sobranje-Abgeordnete Andrejeff einzuladen.

Prof. Dr. W a l z (Kroatien) verweist auf das Mischlingsproblem und die jüdische Versippung der führenden Kreise, die in Kroatien eine außerordentlich große Rolle spielten. Antijüdische Tendenzen seien in Kroatien immer vorhanden gewesen. Das antijüdische Problem im Südosten stehe unter dem Einfluß der militärischen Lage. Weitere antijüdische Maßnahmen seien sehr schwierig durchzuführen, solange nicht das Grundübel, die jüdische Versippung der führenden Kreise bereinigt sei. In der Ustascha-Bewegung seien antisemitische Kreise vorhanden, die auch für eine Beteiligung am Kongreß in Betracht kämen.

Herr K o r s e l t (Slowakei) betont, daß eine Fortsetzung der antijüdischen Informationstätigkeit erst nach Wiederaufnahme der Maßnahmen gegen die Rassejuden möglich sei, da sonst die Bevölkerung den Eindruck der Inkonsequenz der Staatsführung haben würde. Die antijüdische und antibolschewistische Aufklärung müsse kombiniert werden. Der Antisemitismus müsse eingesetzt werden gegen den weit gediehenen Panlawismus, indem darauf hingewiesen werde, daß nicht der Slawe in Rußland herrsche, sondern der Jude. Die slowakische Intelligenz sehe im Juden einen intelligenten und sympathischen Vertreter des Großstadtlebens. Als Gegen-

maßnahme



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Hl.*

42



Gegenmaßnahme müsse die internationale Verflechtung des Judentums mit überzeugender statistischer und Tatsachenschilderung nachgewiesen werden. Es erscheine zweckmäßig, den Juden im Film und in Jugendschriften zu zeigen. Die Möglichkeit für die Entsendung eines Teilnehmers an dem Kongreß bestehe.

Herr P o s e m a n n (Türkei): Anfangs vergangenen Jahres habe die türkische Regierung einen Schlag gegen das Judentum in Verbindung mit Versuch zur Lösung des Minderheitenproblems durchgeführt. Bei Durchführung dieser Aktion sei sehr rigoros vorgegangen worden: Vermutungen alliierter Kreise, daß es sich um einseitige antijüdische Maßnahmen handle, seien von der Türkei mit Hinweis auf gleichzeitige Maßnahmen gegen die Minderheiten zurückgewiesen worden. Immerhin habe die Türkei weitere Maßnahmen zur Lösung des Minderheitenproblems und damit der Judenfrage zurückgestellt. Daher müsse auch eine von uns gesteuerte antijüdische Propaganda im gegenwärtigen Augenblick unbedingt unterbleiben, dies unerwünscht und eine Belastung für die türkische gegenwärtige Außenpolitik wäre. Abgesehen von Karikaturen und Witzbüchern über Juden seien in der Türkei keine antijüdischen Schriften vorhanden. Erste Ansatzpunkte einer Erkenntnis der Größe der internationalen Judenherrschaft sei in der Übersetzung der "Protokolle der Weisen von Zion" und des Buches von Ford "Der internationale Jude" zu sehen. Der Absatz dieser Broschüren an deren Verbreitung seien von der Botschaft gefördert worden. Zunächst sei nur eine Arbeit in diesem engen Rahmen möglich, da, wie bereits betont, eine sichtbare deutsch gesteuerte antijüdische Propaganda für uns ungünstige politische Komplikationen hervorrufen könne. Abschließend weist Herr Posemann auf die bevorstehende Erschwerung jeder ausländischen Propaganda in der Türkei hin. Die Teilnahme einer führenden türkischen Persönlichkeit am geplanten internationalen Kongreß sei völlig ausgeschlossen.

Anschließend spricht Dr. S c h i c k e r t über das Thema "Wissenschaft und Judenfrage". Mit der Propaganda allein sei es nicht getan. Man müsse versuchen, Dinge heranzuholen, die noch nicht bekannt sind. Die Judenfrage müsse in ihrem ganzen Ernst und Tiefe "salonfähig" gemacht werden. Er komme auf die wissenschaftliche Behandlung der Judenfrage an. Eine Beeinflussung der ausländischen Wissenschaftler sei erforderlich.

Im Anschluß an den Bericht der Vertreter der Missionen faßt Ges. S c h l e i e r das Ergebnis der Arbeitstagung zusammen, wobei er noch einmal besonders auf die Frage der Materialbeschaffung und der Arbeit der Judenreferenten bei den Missionen als Materialverteilungsstelle an

die



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt. 44

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
(H. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. All.



die Sachbearbeiter für Presse, Rundfunk, Kult., Politik und Wirtschaft verweist. Für die Arbeit von Inf. XIV sei die Beschaffung aller Reden und Stellungnahmen grundsätzlicher Art zum Judenproblem von Wichtigkeit. Die Materialbeschaffung müsse u.a. auch antijüdische Witzblätter, Fotografien von jüdischen Persönlichkeiten, Bilder über Vorgänge und Kundgebungen, Bilder aus dem Leben der Juden e umfassen. Zur Kontrolle und zur laufenden Anregung der Arbeit sei der regelmäßige Eingang von Erfolgs- und Vollzugsmeldungen unerlässlich. Was den antijüdischen Weltkongreß anbelange, müßten die Judenreferenten baldigst zur Frage der Einladung amtlicher und prominenter Vertreter Stellung nehmen. Es müsse auch die Frage geprüft werden, inwieweit in Deutschland lebende wichtige ausländische Persönlichkeiten für eine Einladung in Betracht kommen.

#### Aussprache zu den Referaten:

Prof. Mahr regt an, für das geplante Archiv Duplikate von Hand- und Nachschlagebüchern zu beschaffen und nach Krummhübel zu schicken. Er empfiehlt ferner die Anlage von Listen jüdisch versippter Hochgradfreimaurer, Journalisten, Schriftsteller und Wirtschaftler. Er regt schließlich die Herausgabe eines diplomatischen Handbuches der jüdischen Weltpolitik an, das auch in englischer und französischer Sprache veröffentlicht werden könnte. Konsul Meissner gibt einige Hinweise zum Judenproblem in Japan und Ostasien, wobei er besonders auf die zahlreichen deutschen Juden in Shanghai verweist, wozu Ges. Schleier einige ergänzende Richtigstellungen bringt. LR. v. Thadden hat drei Wünsche an die Missionen: a) bei der Berichterstattung zur Judenfrage müsse die Einhaltung richtiger Dimensionen beachtet werden, b) Meldungen hätten erst den Wert, wenn sie mit Namensangaben versehen und lokalisiert seien, c) in Bezug auf die Materiallieferung müßten sämtliche Spezialwünsche bekannt gegeben werden. Vizekonsul Janke möchte die von Prof. Mahr vorgeschlagene Liste auf England, U.S.A. und die Sowjet-Union beschränkt. Er stellt ferner die Frage nach der Finanzierung der antijüdischen Informationsarbeit im Ausland. Herr Hagemeier will die Zusammenstellung der Liste vor allem in Bezug auf die Sowjet-Union unterstützen. SS-Hauptsturmführer Ballensiefen regt an, die Liste durch Aufnahme jüdischer Organisationen zu ergänzen. Herr Posemann bittet, antijüdische Meldungen über die Türkei in der deutschen Presse sehr sorgfältig zu behandeln, um kein politisches Porzellan zu zerschlagen. Herr Richter verweist auf die Südafrikanische Union und Australien als Materialquellen. Vizekonsul Janke verweist auf den Einfluß des Judentums beim Internationalen Roten Kreuz in Genf.

Ges. Schleier spricht hierauf das Schlußwort und schließt die Tagung mit einem Sieghail auf den Führer.



Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



*[Handwritten signature]*  
46 (Dr. Sasse)  
tragender Legationsrat I. M.

A R B E I T S T A G U N G

der Judenreferenten der deutschen Missionen in Europa  
am 3. und 4. April 1944

in Krummhübel/Rsgb., Hotel Sanssouci,  
(Tel.Nr.: 394 u. 395)

- - -

T a g u n g s f o l g e

3. April:

9<sup>00</sup> Uhr

Gesandter Prof. Dr. S i x :

Begrüßung

Gesandter S c h l e i e r, Leiter Inf. XIV:

Eröffnung der Tagung,

Aufgaben und Ziele der antijüdischen Aus-  
landsaktion

Gesandter Prof. Dr. S i x :

Die politische Struktur des Weltjudentums

LR. Dr. v. T h a d d e n :

Judenpolitische Lage in Europa; Übersicht  
über den Stand der antijüdischen Exekutiv-  
maßnahmen.

*Appl. Ballauniefen P. S. Wagner*

Prof. Dr. M a h r :

Antijüdische Auslandsaktion im Rundfunk

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
nmstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Polisschen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*Sasse*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



Frl. Dr. Hausmann:

- a) Antijüdische Auslandsaktion in der Presse
- b) Das Pressebild im Dienste der antijüdischen Auslandsaktion

Dr. Walz:

Die antijüdische Aktivinformation

VLR. Tannenber:

Wirtschaft und antijüdische Auslandsaktion

LS. Dr. Kutscher:

Die Propagandathesen im Rahmen der antijüdischen Auslandsaktion

Dr. Colin Ross:

Antijüdische Auslandsaktion und Amerika

Dr. Berber:

Antijüdische Auslandsaktion und Großbritannien

Dienstleiter Hagemeier:

Der internationale antijüdische Kongreß und seine Aufgaben.

13<sup>00</sup> Uhr ..... gemeinsames Frühstück

15<sup>00</sup> Uhr ..... Berichte der Judenreferenten der Missionen über die Möglichkeiten

- a) der Beschaffung antijüdischen Materials,
- b) der Durchführung antijüdischer Information durch Rundfunk, Presse, allgemeine Informationsmittel (Broschüren, Plakate, Flugblätter, Klebezettel, Postkarten, Flüsterpropaganda) und die Träger dieser Arbeit.

Land:

Name:

Frankreich ..... Dr. Klassen  
Spanien ..... Herr J. J. J. J. J.  
Portugal ..... Dr. Matthias

*Lincoln I.  
Beinard (Hf.)  
Friedrich (Andri)*

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I.H.*

48



Fortsetzung:

Land:

Name:

☒ Schweiz ..... Vizekonsul Dr. J a n k e  
☒ Italien ..... Konsul Dr. M e i s s n e r  
  
☒ Schweden ..... Herr D e l b r ü c k  
☒ Dänemark ..... Herr V o g l e r *Forstner*  
  
☒ Rumänien ..... Herr W e i l i n g h a u s  
☒ Bulgarien ..... SS-Obersturmbannführer B i e r m a n n  
☒ Kroatien ..... Prof. Dr. W a l z (Präsident des  
Deutschen Wissenschaftlichen Institutes)  
  
☒ Slowakei ..... Herr K o r s e l t  
☒ Türkei ..... Herr P o s e m a n n

4. April:

8<sup>30</sup> Uhr ..... Kinovorführung:

- a) neueste Wochenschau
- b) Les Corrupteurs

(Ort der Vorführung wird noch bekanntgegeben!)

anschließend  
etwa 10<sup>30</sup> Uhr ..... Besichtigung des von den Missionen einge-  
sandten antijüdischen Propagandamaterials  
der verschiedenen Länder.

anschließend  
etwa 11 Uhr ..... Allgemeine Aussprache zu den Referaten des  
Vortages

Gesandter S c h l e i e r :

Schlußwort und Zusammenfassung des Er-  
gebnisses der Arbeitstagung

Der Nachmittag steht für persönliche Einzelaussprachen zwischen  
den Referenten des Auswärtigen Amtes, den Gästen und den Juden-  
referenten der Missionen zur Verfügung.

19<sup>30</sup> Uhr ..... gemeinsames Abendessen

anschließend ..... Kameradschaftliches Beisammensein

- - -

Für die Inempfangnahme von Telefonaten oder sonstigen Mitteilun-  
gen sowie für die Durchgabe von Telefonaten nach außerhalb  
steht Frä. Stein den Tagungsteilnehmern im Hotel zur Verfügung.

- - -



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.

# LISTE DER TEILNEHMER

## I. Leiter der Arbeitstagung:

- 1) Gesandter Schleier, Leiter Inf. XIV

## II. Inf. XIV:

- 2) GR. Leithe-Jaasper  
3) Prof. Dr. Mahr  
4) SS-Untersturmführer Heuchert  
5) KS.I. Hezinger

## III. Vertreter der Abteilungen und Arbeitseinheiten des AA.:

- Beauftragter für das Informationswesen..... 6) LS. Dr. Kutscher  
~~Amerika-Ausschuß ..... 7) Dr. Colin Rose~~  
~~England-Ausschuß ..... 8) Dr. Barber~~  
Inland II ..... 9) LR. Dr. v. Thadden  
~~Handelspolitische Abteilung .. 10) VLR. Tannenberger~~  
Kulturpolitische Abteilung .. 11) Gesandter Prof. Dr. Six  
12) Herr Richter  
13) Dr. Walz  
Nachrichten- u. Presse-Abt. .. 14) Frl. Dr. Haubsmann  
Rundfunkpolitische Abteilung .. 15) Dr. Ahrens

## IV) Vertreter der Missionen:

- | <u>Land:</u>     | <u>Name:</u>   |
|------------------|--|
| Bulgarien .....  | 16) SS-Obersturmbannführer Biermann  |
| Dänemark .....   | 17) Herr Vogler  |
| Frankreich ..... | 18) Dr. Klassen  |
| Italien .....    | 19) Konsul Dr. Meissner  |
|                  | 20) SS-Ob.-St.-Bannführer Boshammer  |
| Kroatien .....   | 21) Prof. Dr. Walz (Präsident des Deutschen Wissenschaftlichen Institutes) |
| Portugal .....   | 22) Hr. Matthias   |
| Rumänien .....   | 23) Herr Weillinghaus  |
| Schweden .....   | 24) Herr Delbrück  |
| Schweiz .....    | 25) Vizekonsul Dr. Janke   |



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

50

Bonn, den 24. Juni 1968



*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. Hl*



Fortsetzung:

<u>Land:</u>	<u>Name:</u>
Slowakei .....	26) Herr K o r s e l t
Spanien .....	27) Herr J u r e t s c h k e
Türkei .....	28) Herr P o s e m a n n


V. als Gäste nehmen an der Tagung teil:

- 29) SS-Hauptsturmführer Dr. B a l l e n s i e f e n (Reichs-sicherheitshauptamt)
  - 30) Dienstleiter Hans H a g e m e y e r (Leiter des Haupt-amtes Überstaatliche Mächte beim Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschau-lichen Schulung und Erziehung der NSDAP.)
  - 31) Dr. Klaus S c h i c k e r t (Leiter des Institutes zur Erforschung der Judenfrage)
- - -

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Jd.

51





1942

63

1942

1942

**Zagreb**

ZAGREB  
68/4

LEON K/70/K406705  
Kilohertz FS MID FT  
by Electric Counter



Auswärtiges Amt

Berlin, den 21. Februar 1942

D III 757

497/42 ✓  
Doppel. *497/42*  
Tageb. *497/42*  
eing. 26 FEB 1942  
3 Anl. Doppel.

3 Anlagen

In Durchschlag nebst 1 Photokopie zweier Anlagen

der Deutschen Gesandtschaft

in Sofia

der Deutschen Gesandtschaft

in Budapest

der Deutschen Gesandtschaft

in Agram

der Deutschen Gesandtschaft

in Preßburg

mit der Bitte um Kenntnisnahme übersandt.

Im Auftrag

*K. Fischer*

✓ 1) Erdinger 18/4  
(Schreiben zum fünfzigsten!)

✓ 2) *H. Dörflinger* fr. *Cartel* 27/4. erhalten

✓ 3) *z. Dörflinger*  
✓ 4) *U. H.* *U. H.*

5) *z. Dörflinger* *K. Fischer*

6) *z. Dörflinger* *U. H.*

*Bitte*  
*Fork*  
*U. H.*

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1969



91

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat I. M.



Deutsche Gesandtschaft  
Abteilung Berater.

Bukarest, den 9. Februar 1942.

74953

Tgb.Nr.: 664  
Aktenz.: B II 8  
Betrifft: Stand der Juden-  
frage in Rumänien.  
Vorgang: Laufend.  
Anlage: - 1 -  
4 Boppel

---

Beiliegend übersende ich  
einen Bericht des Beraters für Juden-  
fragen über den Stand der Judenfrage in  
Rumänien vom 1.2.42 mit der Bitte um  
gefl. Kenntnisnahme.

Der Bericht ging auch an den  
Chef der Sicherheitspolizei und des  
SD.

(von Killinger)

An das  
Auswärtige Amt  
- Abtlg. Deutschland -  
B e r l i n .

2245-497/42

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*  
21



Bukarest, den 1. Februar 1942.

Berater für Judenfragen

Stand der Judenfrage in Rumänien

1. Februar 1942.

-----

Die Auflösung des "Verbandes der jüdischen Gemeinden Rumäniens" und die Errichtung der "Judenzentrale in Rumänien" hat neben der Möglichkeit, das Judentum in Rumänien nunmehr in eine einheitliche und unter staatlicher Aufsicht stehende Gesamtorganisation zu bringen auch die Handhabe gegeben, Filderman seiner Stellung als Führer der Juden in Rumänien zu entheben. Seine Erwartung, dass die neugeschaffene Lage auf dem jüdisch-politischen Sektor nur eine Episode sei und man auf ihn vor allem von Regierungs-Seite aus zu gegebener Zeit wieder zurückgreife, hat sich nicht erfüllt. Filderman trägt sich neuerdings mit dem Gedanken Rumänien zu verlassen.

Nachdem Filderman noch einige Tage vor dem Erscheinen des Gesetzes über die Auflösung des "Verbandes der jüdischen Gemeinden in Rumänien" in engerem Kreise behauptete, dass er von Regierungs-Seite das Vertrauen habe und deswegen die in der Stadt kursierenden Gerüchte über seine bevorstehende Absetzung jeder Grundlage entbehren, hat das Erscheinen des Gesetzes über die Auflösung des "Verbandes der jüdischen Gemeinden in Rumänien" und des Gesetzes über die Zählung aller Einwohner jüdischen Blutes unter den Juden eine heftige Reaktion ausgelöst. Während die reichen Juden die schlimmsten Befürchtungen für ihr weiteres Schicksal hegten, stehen die ärmeren jüdischen Schichten nun der neuen Entwicklung positiv gegenüber. In diesen Schichten sah man in der Organisation Filderman's immer nur ein Ausbeutungsobjekt für die armen Juden zugunsten der jüdischen Bourgeoisie. Es ist einwandfrei



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



81

*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



festzustellen, dass die frühere Leitung der Juden die reichen Juden bei der Zeichnung zur Wiederaufbausanleihe zum Nachteil der ärmeren Schichten erheblich ausgenommen hat. Juden, die heute noch riesige Vermögen besitzen, brauchten nur relativ kleine Summen zu zeichnen, hingegen mussten die Angehörigen der unteren Schichten über ihre Zahlungsfähigkeit zeichnen. Filderman zwang in solchen Fällen meistens unter Drohung die einzelnen Juden zur Zeichnung. So musste z.B. ein Arzt, der überhaupt kein Vermögen besitzt und vor zwei Jahren durch das Steueramt auf ein Jahreseinkommen von 100 000.— Lei geschätzt wurde und dieses Einkommen heute nicht mehr hat, 100 000.— Lei zur Wiederaufbausanleihe zeichnen. Die gleiche Begünstigung der reichen Juden durch Filderman war auch beim Arbeitseinsatz der Juden festzustellen. Filderman hat deren Freistellung durchweg auf Grund seiner Beziehungen zu führenden politischen Persönlichkeiten erwirkt.

Die im Dezember 1941 erlassenen Gesetze und die unter den Juden allgemein herrschende Befürchtung, dass weitere in das Leben der Juden in Rumänien einschneidende Gesetze folgen werden, haben unter den Juden eine heftige Taufbewegung ausgelöst. Die "Judenzentrale in Rumänien" meldet zahlreiche Fälle von Bekehrungen von Juden zum katholischen Glauben. Diejenigen Juden, die diese Bekehrungen propagieren, behaupten die Wirksamkeit des Übertrittes von Juden zum katholischen Glauben habe sich anlässlich der Deportierung der Juden aus der Bukowina in die Gegenden jenseits des Bugs bewiesen; es seien damals die katholischen Kirchenbehörden gewesen, die zum katholischen Glauben übergetretene Juden vor dieser Deportierung bewahrt hätten. Durch diese formalen Bekehrungen zum katholischen Glauben hoffen die Juden sich also evtl. weiterer Deportierung zu entziehen. Am 19. und 20. Januar 42 fand in der griechisch-katholischen Kirche in Bukarest die Taufe einer Gruppe von 40 Juden statt. Bemerkenswert ist, dass dieser Taufbewegung vor allem der apostolische Nuntius in Bukarest C a s u l o



Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1966



61  
*[Handwritten signature]*

(Dr. Sasse)

Vortragender Legationsrat *I. M.*



entgegenkommt, der erklärte, dass "Juden, die zum Katholizismus übertreten, sich der päpstlichen Unterstützung erfreuen werden". Die getauften Juden haben sich aus Dankbarkeit gegenüber den Bemühungen des päpstlichen Nuntius verpflichtet, in Bukarest eine Kirche für die Bekehrten zu errichten.

Einige Hundert Juden, die Taufgesuche eingereicht hatten und für drei Monate eine Belehrungsschule im katholischen Glauben besuchen sollten, wurden inzwischen von katholischen Priestern in aller Eile getauft. Die Belehrungskurse werden nunmehr nach erfolgter Taufe fortgesetzt. Der römisch-katholische magyarische Erzbischof von Alba Julia, Marthon A r o n , hat sämtlichen ihm unterstellten Priestern den Auftrag erteilt, magyarisierte Juden die zum katholischen Glauben übertreten wollen zu taufen, und zwar mit der Begründung, die römisch-katholische Kirche habe die Aufgabe, den Menschen zum christlichen Glauben zu bekehren, ganz gleich um wen es sich dabei handle.

Die im Gesetz vom 16. Dezember 1941 über die Errichtung der "Judenzentrale in Rumänien" angekündigte Durchführungsverordnung, welche die Organisation und die Aufgaben der Judenzentrale regelt, ist von Marschall Antonescu am 30. Januar 1942 unterschrieben und im "Monitorul Oficial" vom 31.1.42 veröffentlicht worden. Bemerkenswert ist, dass im Gegensatz zu der Kommentierung der Durchführungsverordnung durch die reichsdeutsche Presse die rumänische Presse bisher weder das Reglement veröffentlicht, noch zur Durchführungsverordnung überhaupt Stellung genommen hat.

Die Tätigkeit des neuen Unterstaatssekretärs für die Romanisierung, Titus D r a g o s , tendiert dahin, die gesamte Romanisierung der rumänischen Wirtschaft und Industrie in seinem Ministerium zusammenzufassen. Zurzeit ist es so, dass neben dem Unterstaatssekretariat für

Die Ubereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



02 *[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *E. M.*



Romanisierung sich auch das Arbeits- und Wirtschaftsministerium mit Aufgaben der Romanisierung befassen, und zwar das Arbeitsministerium mit der Romanisierung des jüdischen Personals in den jüdischen Unternehmungen und das Wirtschaftsministerium mit der Überführung der jüdischen Wirtschafts- und Industrie-Unternehmen, die in Erfahrung gebracht wurde, beabsichtigt die rumänische Regierung, die gesamte Durchführung der Romanisierung und die Lösung der Judenfrage in die Zuständigkeit eines neuerrichtenden Ministeriums zu legen. Als Leiter dieses Ministeriums wird der Sohn des alten Cuză, Professor C u z ũ , genannt.

D r a g o ŝ hat seine Arbeit im Romanisierungsministerium damit begonnen, dass er eine Reihe wesentlicher personeller Veränderungen vornahm.

So setzte er den Direktor im Hauptamt für Romanisierung, Octavian M a l a i ab, weil er unter Mißbrauch seines Amtes eine Staatsfarm auf den Namen seiner Frau pachtete. Malai war bereits früher wegen Unregelmässigkeiten vom Posten des Sekretärs des Bürgermeisterrates von Sathmar enthoben worden.

Der Direktor des Romanisierungsamtes in Czernowitz, der Universitätsprofessor Eugen P a v e l e s c u , wurde seines Amtes enthoben, weil es ihm nicht gelungen ist, die Wirtschaft in der Bukowina wieder in Gang zu bringen.

Die Schwierigkeiten der Romanisierungsarbeit liegen nach wie vor darin, dass die rumänische Rassegesetzgebung 24 verschiedene gesetzliche Definitionen des Begriffes "Jude" zulässt, sodass, wenn man die fachliche Unzulänglichkeit der rumänischen Beamten berücksichtigt, eine ordentliche Beachtung und entsprechende Anwendung der Gesetze nicht möglich ist. Dazu kommt noch die Tatsache, dass in den meisten Fällen die erlassenen Romanisierungsgesetze und ergänzenden Anordnungen in der Weise umgangen werden, indem durch mehr oder weniger verschleierte Farmungen eine Romanisierung nur vorgespiegelt wird.



Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1969



12  
*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. *St.*

Zu diesem einträglichen Verfahren geben sich neben gewissen Angestellten, ausgeschiedenen Staatsbeamten auch höher gestellte Staats- und Militärpensionisten her.

Es wurden in kürzester Zeit Vermögen von vielen Hundert Millionen, wenn nicht Milliarden lei verkauft und verschachert ohne dass jemand darnach gefragt hätte, wo eigentlich diese enormen Gelder bisher steckten, wo diese abgehoben und wie diese bisher verwendet wurden. Die sonst so rührigen Finanzbeamten interessierten sich in keiner Form, ob die in den Tarnungsverträgen angegebenen Werte auch wirklich den realen Verhältnissen entsprechen. Bei der Abfassung der Verträge wurden die geriebensten und erfahrensten jüdischen Rechtsanwälte, die zwar als solche laut den gesetzlichen Verfügungen ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben dürfen zu Rate gezogen, die selbstverständlich darauf achteten, dass dem Wortlaut des Gesetzes in allen Fällen Genüge geleistet wurde.

Ein bezeichnender Fall dieser Tarnungsbestrebungen ist die Angelegenheit der "Beza Gruppe". So hat die "Beza Gruppe" unter der Leitung des Ingenieurs Beza nicht weniger als fünf der grösseren Banater Unternehmungen, deren tatsächlicher Wert einige Hundert Millionen lei beträgt, zu 60 % übernommen. Diese Unternehmen sind:


- |                             |  |
|-----------------------------|--|
| "Timis A.G."                | Chemische Fabrik,  |
| "Dura A.G."                 | Fabrik zur Erzeugung von Kandeläbern, Leuchtern, elektrischen Batterien, Radio- und sonstigen elektrotechnischen Artikeln; |
| "Galvani A.G."              | Fabrik zur Erzeugung von elektrischen Batterien, Bergmann Rohren, Bakelit und anderen elektrotechnischen Artikeln,         |
| "Kawa A.G."                 | Fabrik für Erzeugung von Gummistoffen,   |
| "Banater Textilfabrik A.G." | Textilwarenfabrik.   |

Wohl steht an der Spitze der Direktionsliste der erwähnte Ing. Beza, aber im Hintergrund stehen die Juden Ing. Aller und Ing. Steiner bei der "Timis" A.G., der Jude Löw-Beer bei der "Dura" A.G., die Juden Györi bei der "Galvani" A.G.,

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. M.

22



Reisz bei der "Kawe" A.G. und die Juden Dr. Löffler und Stern bei der "Banater Textilfabrik" A.G. Diese Juden schalten und walten bald in der Eigenschaft eines unentbehrlichen technischen oder kommerziellen Angestellten, bald aber auch in der Eigenschaft eines angeblich nicht-besoldeten Beraters als die eigentlichen Leiter. Ähnlich ist die Lage auch bei den in der Anlage aufgeführten Unternehmungen.

Nachdem es sich bei den Strohmännern, die sich für diese Tarnungsmanöver hergeben, durchweg um bekannte Persönlichkeiten der ruminischen Gesellschaft handelt, besteht bei den zur Wahrung der gesetzlichen Bestimmungen berufenen Behörden kein Interesse, die angeführten Tarnungen in all ihren Einzelheiten aufzuklären und nachzuweisen, obwohl sie stadtbekannt sind und alles darüber spricht, sondern sie werden stillschweigend zur Kenntnis genommen. Nur mit ganz wenigen Ausnahmen sind sämtliche bisher durchgeführten Romanisierungen in ähnlicher Weise durchgeführt worden.

In Temeschburg stellte der Generalverwalter der enteigneten jüdischen Liegenschaften, Dr. Sever Pop, fest, dass 471 jüdische Immobilien in Werte von über einer halben Milliarde Lei nicht angemeldet worden sind. In 200 Fällen steht das Ergebnis einer Nachprüfung noch aus.

Die für die Liquidierung der jüdischen Apotheken festgesetzte Frist wurde durch ein Gesetz des Gesundheitsministeriums bis zum 23. April 1942 verlängert. Die Fristverlängerung ist notwendig geworden, weil sich für die Zuteilung der freiwerdenden Apotheken etwa 800 Bewerber gemeldet hatten, deren Prüfung nicht so schnell beendet werden konnte. Nach einer Erklärung des Gesundheitsministers Prof. Dr. Tomescu stehen 508 rumänische Apotheken 178 jüdische gegenüber.

Der Generaldirektor des rumänischen Theaterwesens Liviu Rebreanu hat alle Theater in Rumänien darauf

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I M*

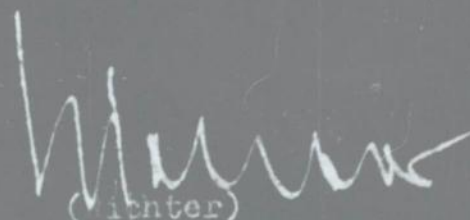
24



hingewiesen, dass irgendwelche Einnischung der Juden in das rumänische Theaterwesen strengstens untersagt ist. Juden können weder als Schauspieler, Regisseure, Techniker, Kulissenmaler, Arbeiter usw. an der Aufführung eines Stückes mitwirken, noch dürfen sie rumänische Theater finanzieren. Die gleichen Bedingungen gelten für die Vorführungen in Varietés und Lokalen. Theater- und Musikstücke von Juden dürfen nicht aufgeführt werden. Ausgenommen sind nur rein jüdische Theater. Kobresanu wies darauf hin, dass strenge Massnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem rumänischen Theaterleben getroffen werden würden, wenn es sich als notwendig herausstelle.

Durch eine Verlautbarung des Grossen Generalstabes vom 30. Dezember 1941 ist der jüdische Arbeitsdienst am 1. Januar 1942 dem Generalinspektorat der Arbeitslager und Arbeitskolonnen im Arbeitsministerium unterstellt worden.

Am 22.1.42 verfügte das Generalinspektorat der Arbeitslager und Arbeitskolonnen, dass sich alle in Bukarest und den umliegenden Dörfern wohnenden Juden, gleichgültig in welcher Stellung sie sich befinden, ab 22.1.42 zum Fortschaffen der Wohnbewohner zu melden haben. Bei Nichterscheinen wird Festnahme und Bestrafung gemäss den Bestimmungen des Inspektorates angedroht. Soweit die Rekrutierungsbüro mit dieser Angelegenheit zu tun hatten, verschafften sich zahlreiche Juden, die gute Beziehungen zu den Leitern der Rekrutierungsbüro hatten, gegen eine Bezahlung von 2.000 bis 5.000 Lei entsprechende Bescheinigungen welche sie von der Schneeschmelze befreiten.



(Richter)

St.-Hauptsturmführer und  
Berater für Judenfragen.



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



25  
*[Signature]*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

1.) Wollindustrie A.G. / Industria Lanei S.A. / Tameschburg II.

Besitzer: Baron H a t v a n i - D e u t s c h zu Hatvan, Jude, ungarischer Staatsbürger, derzeit wohnh. in London oder Kanada, Besitzer der grossen Zuckerfabriken in Hatvan und Barvar, Ungarn.

Das Unternehmen wurde wie folgt romanisiert:

Die Aktien der Wollindustrie A.G. wurden seinerzeit zur Aufbewahrung dem Rechtsanwalt der Fabrik, Advokat Liviu O p r i ş a übergeben. Als das Romanisierungs-gesetz erschien, wurde an Stelle des nach Kanada geflüchteten jüdischen General-Direktors W e i t , der Advokat Oprisa als solcher ernannt, und wurde gleichzeitig Hauptbesitzer der viele Hundert Millionen wertvollen Wollindustrie. Das Unternehmen erhielt einen Regierungskommissar, da es als ein ausländisches Unternehmen betrachtet wurde. Die Fabrik wurde mobilisiert, wird aber eigentlich durch den folgenden Direktionsrat geleitet:

1. General-Direktor Advokat Liviu Oprisa, Rumäne, eigentlicher Strohhalm;
2. Geschäftsführender Direktor I. S z e n e s , Jude, gewesener Oberbuchhalter des Unternehmens, Vertrauensmann des Barons Hatvani;
3. Direktor M. Jan, Rumäne;
4. Direktor A u s t e r w e i l F., Jude, gewesener Sekretär des Unternehmens;
5. Direktor W o j a t s c h e k F., Deutschböhme, begeisterter Anhänger der Juden, spendete erst kürzlich einige Tausend Lei für die Juden;
6. Direktor für Rohmaterialleinkäufe M. D r e c h s l e r , ausländischer Jude.

Betriebsleiter, Abteilungsleiter und im allgemeinen die besten Stellen bekleiden noch immer Juden, auch viele ausländische Juden, die vom Militärdienst entlassen wurden. Wie ersichtlich wird das Unternehmen tatsächlich noch immer von dem jüdischen Besitzer, durch dessen Vertrauensmänner verwaltet.

Im 253

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



*Sasse*  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. M.*

26



2.) Spiritusfabrik A.G. / Fabrica de Sprit S.A. /  
Temeschburg IV. Spl. Müller - Gattenbrunn.

---

Eigentlicher Besitzer noch heute Direktor T a u s s i g  
der sein Vermögen sowie jenes der Fabrik in die Schweiz  
schmuggelte. Als Direktor und Hauptbesitzer figuriert  
der gewesene Sekretär der Fabrik Mico, der bisher kein  
nennenswertes Vermögen besaß und keine bessere Schul-  
bildung hat, daher zur Leitung eines solch grossen Unter-  
nehmens völlig ungeeignet ist.

3.) "Nationala" A.G., Zinspalais, Temeschburg I.Bv.Reg.  
Ferdinand VIII.

---

Besitzer: Wilhelm S t e r n und Eduard S c h ö n b e r g  
verschwägert, beide Juden, Mitinhaber der Banater Weber-  
industrie.

Als das Gesetz betr. der jüdischen Immobilien erschien,  
fuhr der Rechtsanwalt Dr. Geza Löffler, Jude, gewesener  
Vize-Bürgermeister der Stadt Temeschburg in Vertretung  
Obgenannter nach Bukarest, wo es ihm angeblich gelang,  
eine ministerielle Genehmigung zu erhalten, die namen-  
losen Aktien auf die obgenannte "Beza-Gruppe" zu  
überschreiben. Das Palais wird auch weiterhin durch Dr.  
Geza Löffler verwaltet und die Juden Stern und Schönberg  
gelten noch nach wie vor als Besitzer desselben.

4.) Strumpf- und Trikotwarenfabrik "Florida", Temeschburg II.  
Spl. Feneş-Cărcanul.

---

Gewesener Besitzer: die jüdischen Familien P o l l a k  
und K l e i n. Getarnt wird das Unternehmen durch  
Herrn M. M i h a i l o v i c i , ein gewesener Bank-  
beamter aus Arad.

Leiter der kaufmännischen Abteilung ist Beza Pollak und der  
technischen Abteilung Martin Pollak, ohne dass sich auch  
nur das Mindeste ausser dem Besitzer bei den Unternehmen  
geändert hätte.

5.) Trikotaie Banateana, Temeschburg IV, Bul. Berthelot 3.

Gewesene Eigentümer: Brüder P a r k a s . (Fühn).

Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.

27



Jetzige Eigentümer: Zwei gewesene Finanzkontrolleure: B o l o g und K o n t a . Das Unternehmen wird derzeit von den Frauen der sich in Zwangsarbeit befindlichen Brüder Marhas geleitet.

- 6.) "Meda" Strickwarenfabrik, Temeschburg III. Str. Domnita Balasa.

Besitzer sind die Juden B i n g und S h r e n r e i c h . Getarnt wird das Unternehmen durch die Sekretäre des "Sfatul Negustoresc", Tim. Popescu. Geleitet wird es noch wie vor durch den jüdischen Besitzer Ehrenreich.

- 7.) "Elestend" Hanischuhfabrik, jetzt Industria de Piele, Temeschburg II. Spl. Morarilor 7.

Besitzer: zwei A. S a n g e r u. Sohn, Ing. Senger. Getarnt durch den Schwiegersohn I. M o d e y u n , der jetzt, seit der Romanisierung, als Generaldirektor figuriert.

- 8.) I. Schönbein, Kurzwarenhandlung, Temeschburg II. Pta. Traian.

Getarnt durch Fräulein Aurora S a r b e s c u , 28 Jahre alt, aus Bukarest. Befindet sich erst jetzt ab und zu im Geschäft seit der Jude Schönbein zur Arbeit einberufen wurde. Genannte bekommt für die Tarnung 15 000 Lei.

- 9.) Expeditionsunternehmen "Alexander Vajda" Temeschburg II Str. I. Grozescu 20.

Besitzer: Alexander Vajda, Jude, seit einem Jahr römisch-katholisch.

Krisiert durch den gewesenen Oberstar der Stadt Temeschburg, Dr. Nicolae T a b a l e , der gegenwärtig als Haupteigentümer figuriert. Eigentlicher Leiter und Ausbeuter ist Alexander V a j d a , der auch gegenwärtig das Unternehmen verwaltet und auch dort wohnt.

- 10.) Spezerei-Großhandlung Kohn A. u. Söhne, Temeschburg II Pta. Traian.

Das viele Millionen wertvolle Geschäft wurde scheinbar



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



*Sasse*

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

durch den Realgymnasium-Professor Paula  
gekauft, der auch als Hauptbesitzer figuriert. Sämt-  
liche Juden, Besitzer und Angestellte sind auch  
weiterhin im Geschäft tätig.

- 11.) Buchhandlung "Mentor" Morawetz S.A. Temeschburg I.  
Str. 10 Mai mit Filiale in Temeschburg IV. Pta. Dragalina.

Das Unternehmen, welches die grösste Buchhandlung  
der Stadt ist, wird nach wie vor von den jüdischen  
Besitzern George H. A. geleitet.

- 12.) Simion Goldmann, Juwelier und Uhrmacher, Temeschburg,  
Str. Mercy.

Besitzer: Simion Goldmann, Jude.  
Getarnt durch: N. Dumoni.

- 13.) Papier- und Buchhandlung "Cultura" Temeschburg IV.

Besitzer: Brüder Gers und Aaron Weissender I. Klein. jth.  
Getarnt durch Peter Macavei.

- 14.) Eisenhandlung Blau A.G. Temeschburg, Pta. Dragalina.

Besitzer: Blau, M. jth.  
Getarnt und gekauft von Adalbert Steiner A.G.

- 15.) Galanteriewarenhandlung S. Schönfeld, Temeschburg IV  
Str. Proyer I.

Besitzer: S. Schönfeld, Jude.  
Getarnt durch Armasiu, Rumäne.

- 16.) Modewarenhandlung Kertesz, Temeschburg IV, Bul. Carol G.

Besitzer Eugen Kertesz. jth.  
Getarnt durch Alexander Visions & Co. - Rumäne.

- 17.) Kolonialwarenhandlung Hirsch & Co., Temeschburg IV  
Pta. Dragalina.

Besitzer: die jüdische Familie Adalbert Hirsch.  
Getarnt durch Octavian Taran & Co. - Rumäne.



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat



18.) Optiker- und Photoartikelhandlung Simion Bura,  
Temeschburg I. Bl. Duca.

---


Besitzer: Frau K e s k e n é t i und Sohn. (Juden)  
Getarnt durch Simion B u r a , pensionierter Finanz-  
Oberbeamter, der nie ausser seinem Haus auch noch  
ein Vermögen besass, um dieses kasserst wertvolle  
Unternehmen ankaufen zu können. Bemerkenswert ist, dass  
Herr B u r a auch noch in mehreren anderen Unter-  
nehmungen den Posten eines Direktionsmitgliedes oder  
den eines Zensors bekleidet.

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

30



Dobrin

Pol. 44/15-126/42

Kulturabteilung  
Oertel

4/6. 1.

Vermerk für Pol.

Heute früh suchte mich Herr Dobrin, Jude, auf und erklärte, seine 79 Jahre alte Mutter, die völlig taub sei, wäre gestern abgeholt worden, um abgeschoben zu werden.

Dies sei bereits früher einmal der Fall gewesen, jedoch sei sie damals auf Intervention der Gesandtschaft freigelassen worden.

Als ~~zuerst~~ Grund dafür gab Herr Dobrin an, dass er sich besonders für die Beteiligung an der Olympiade eingesetzt habe und mit dem Olympia-Orden 1. Klasse ausgezeichnet sei.

Der Genannte bat, auch diesmal wieder zu intervenieren.

Zagreb, den 5.5.43

Oertel

Pol. Amt

2

2. Stelle

4/6/5

5/7

Wie H. ist am 5.5.43 von dem  
Boatman insgeheim und kann  
nicht mehr zurückgeholt werden.

Kleinmats 4.5.43

Pol. zda 27/5.43



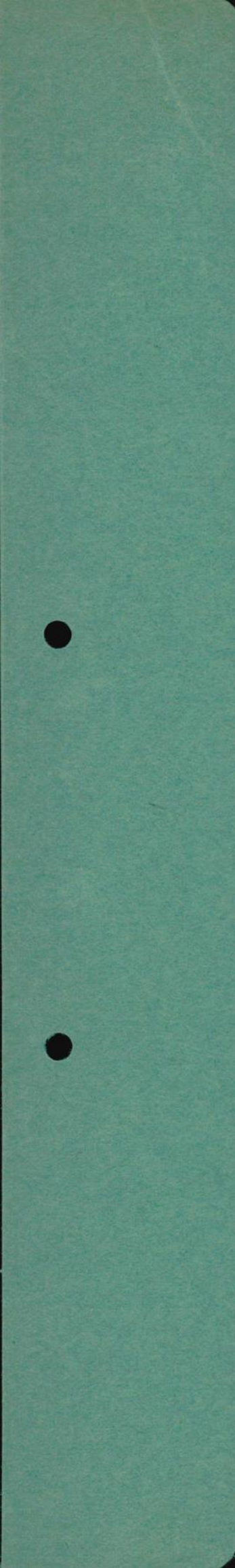
Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat

31





68  
28  
Zagreb

1943

Fuderfrage, Freimaurer M.

ZAGREB  
68/5

5

2

Vol. 4, 5, 6,



*Handwritten: 1942 + Pol. Abt.*  
**Auswärtiges Amt**

*Handwritten: (Halle H. Knecht)*  
**Berlin W 8, den 16. September 42**

*Handwritten: (Knecht)*  
**Wilhelmstr. 74-76**

**D III 5381**

**Betr.: Behandlung des Vermögens der  
aus Kroatien abzuschiebenden Juden-.**

*Handwritten: D Pol. 3/4-452/2*  
**24 SEP. 1942**

*Handwritten: 1. Pol. Abt.*  
Nach einer offensichtlich unmittelbaren Mitteilung an das Reichssicherheitshauptamt scheint die Kroatische Regierung bereit, für jeden der auszusiedelnden Juden 30,--RM zu den Gesamtkosten beizusteuern. Falls nach dortiger Auffassung ein höherer Betrag keinesfalls durchzusetzen ist, bitte ich, auf dieser Grundlage zu verhandeln und über das Ergebnis zu berichten.

*Handwritten: 1. Pol. Abt.*  
Im übrigen ist mit den inneren Dienststellen ein Übereinkommen erzielt worden, daß bei der nunmehr allenthalben einsetzenden Bereinigung des Judenproblems die vermögensrechtliche Auseinandersetzung grundsätzlich auf der Basis des Territorialprinzips zu erfolgen hat, d.h. also, daß das Reich auf alle Ansprüche auf verfallendes Vermögen seiner im Ausland lebenden Juden ebenso verzichtet, wie die anderen Staaten bezüglich ihrer im Reich bzw. in den besetzten Gebieten lebenden Juden.

*Handwritten: 1. Pol. Abt.*  
Die Erfahrungen haben gezeigt, daß eine beide Teile befriedigende Sicherstellung der Vermögenswerte in vielen Fällen nicht möglich ist und daß eingeleitete Aktionen ins Stocken gerieten, wodurch wiederum die fortschreitende Lösung der Judenfrage in Europa gefährdet wird. In der erwähnten territorialen Lösung ist daher der einzige Weg gegeben, zu einer raschen und endgültigen Bereinigung zu kommen und eine unabsehbare Kette von Schwierigkeiten und vermögensrechtlichen Einzelausinandersetzungen zu vermeiden.

An die

Deutsche Gesandtschaft


Die

A g r a m

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968

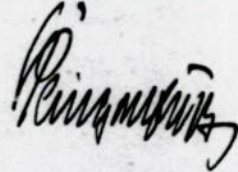


  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat I. Kl.  
13



Die Gesandtschaft wird gebeten, zunächst zu prüfen ob ein in dieser Richtung gehender Vorschlag der Kroatischen Regierung sofort unterbreitet werden kann, oder ob die Abwicklung bestimmter noch schwebender Einzelteile der Liquidierung reichsdeutschen Judenvermögens abzuwarten ist. Daß von unserer Seite kein "Geschäft" beabsichtigt ist, liegt auf der Hand und ist auch in den Sachen nicht begründet. Vielmehr soll, wie auch im Verkehr mit anderen Staaten, nach gemeinsamer Regelung bestimmter, größerer Objekte betreffende Fragen eine bei beiden Seiten zugutekommende Erleichterung geschaffen und damit für alle künftigen Verhandlungen das erwähnte Prinzip grundgelegt werden.

Im Auftrag


A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'R. R. R.', written in a cursive style.



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. Hl.*

101 3/4- 450/42. 7. Oktober 1942.

Auf Erlass: D III- 5581 von  
16. September 1942.

KONZEPT.

Dr.St/So.

Betrifft: Behandlung des Vermögens der  
aus Kroatien abzuschiebenden Juden.

- 3 Doppel -

Gegen die Abschiebung von noch in Kroatien leben-  
den reichsdeutschen Juden unter Verzicht auf ihre  
Vermögenswerte seitens des Reiches, wird seitens  
der Gesandtschaft keinerlei Bedenken erhoben. Es ist  
hierorts kein Fall eines noch auf dem Boden Kroatiens  
lebenden reichsdeutschen Juden bekannt, an dessen  
Vermögen das Reich grosses Interesse haben könnte.  
Wenn sich die Abmachungen zwischen dem Reich und  
Kroatien nur auf die noch anwesenden reichsdeutschen  
Juden erstrecken sollen, ist keine Schwierigkeit  
zu sehen.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass  
die vermögensrechtliche Seite des Judenproblems da-  
mit keineswegs erschöpft ist. Es wären zu unterschei-  
den, neben den bereits angeführten Fällen:

- 1./ Das Vermögen von reichsdeutschen Juden, die  
früher in Kroatien gelebt haben aber inzwischen aus-  
gewandert, ausgesiedelt oder gestorben sind.
- 2./ Das kroatische Vermögen von Juden, die irgend-  
wo im Herrschaftsbereich des Grossdeutschen Reiches  
wohnen oder früher einmal gewohnt haben.
- 3./ Die Rechtsansprüche von staatlicher oder pri-  
vater reichsdeutscher Seite an jüdisches oder ehemals  
jüdisches Vermögen, das sich noch heute auf dem Bo-  
den Kroatiens befindet, das im Eigentum von kroati-  
schen oder ausländischen Juden war oder ist.

Sollte sich die Vereinbarung mit Kroatien auch

auf

ung:

Dr.Kühn z.K.

sanften z.U.

Kurier an

1.A

4-10-42.

mit Kurier/Post

Auswärtige Amt,

Berlin.

Die Übereinstimmung des ~~vor~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



11   
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



auf diese Vermögenswerte erstrecken, müssten eine  
grosse Fülle aus der Abmachung ausdrücklich ausge-  
werden. Es wird daher um nähere Ausführungen zu den  
oben angeführten Erlass gebeten.

Gleichzeitig wird aber bemerkt, dass eine  
Zichtsvereinbarung mit Kroatien, die sich im Sinne  
Erlasses nur auf jetzt noch in Kroatien lebende  
deutsche Juden erstrecken würde, ohne jede praktische  
Bedeutung wäre.

Kasche.

mit Kasse 1921

Die Übereinstimmung des ~~von~~ /  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1933



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J.H.*

12



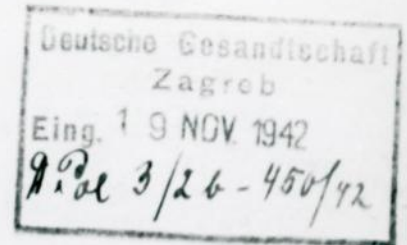
Auswärtiges Amt

Berlin W 8, 7. November 1942  
Wilhelmstr. 74-76

D III 6037

Auf den Bericht v. 7.10.42  
- D Pol 3/4 - 450/42 -

Betr.: Behandlung des Vermögens der aus  
Kroatien abzuschiebenden Juden.



Mit dem Vorschlag, eine Regelung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzung auf territorialer Grundlage anzustreben, sollte eine möglichst weitgehende einmalige Abmachung angestrebt werden, in die alle etwaigen Sonderfälle ohne vorherige Prüfung etwaiger finanzieller Vor- oder Nachteile einbezogen sind.

Nur durch diese umfassende Regelung erhält eine solche Abmachung ihren Sinn, allen Weiterungen und unabsehbaren Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen und die Judenfrage einer beschleunigten Lösung zuzuführen.

Die im dortigen Bericht unter 1 bis 3 angeführten Fälle sollten also grundsätzlich unter diese Regelung fallen.

Soweit darüber hinaus einzelne Objekte bestehen, deren Erhaltung im nationalpolitischen oder nationalwirtschaftlichen Interesse dringend erwünscht ist, bitte ich diese Objekte namhaft zu machen und zugleich in entsprechenden Verhandlungen mit der Kroatischen Regierung zu prüfen, ob eine Möglichkeit besteht, die territoriale Regelung unter ausdrücklicher Ausnahme der in Frage kommenden Objekte grundsätzlich durchzusetzen.

Im Auftrag

*Reinhardt*

e Deutsche Gesandtschaft  
a g r e b

1/ für f. z. Blumens  
2/ Roll.-Att. + W  
3/ Rück an Hg.  
*Tanaka*  
*7.11.42*

*P. 27*



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1958



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. H.*

D Pol 3/2b - 450/42

17. Dezember 1942

Betr.: Behandlung des Vermögens der aus  
Kroatien abgeschobenen Juden.

Auf den Erlass D III 6037/42 v. 7.11.42.

3 Doppel.

Die Prüfung der angeführten Frage hat ergeben, dass nur für den Fall der Guttman-AG das Merkmal nationalwirtschaftlichen Interesses gegeben ist. Nur in diesem Fall müsste daher eine Sonderbehandlung ausser der vorgesehenen allgemeinen Regelung beantragt werden.

Vor Aufnahme der Verhandlungen mit der kroatischen Regierung wird jedoch gebeten, klarzustellen, ob das Reich als solches auf seine Forderungen gegen das Vermögen in Kroatien Verzicht leistet, oder ob sich der Verzicht generell auf alle Forderungen von deutschen Bürgern gegen jüdisches Vermögen in Kroatien erstreckt. In diesem zweiten Fall müssten eine ganze Reihe der Forderungen an jüdisches Vermögen in Kroatien berichtigt werden, die eine recht anscheinliche Höhe im Gesamten erreichen, obwohl in keinem einzigen Fall das Merkmal nationalwirtschaftlichen Wichtigkeit gegeben erscheint. Welche Regelung ist für derartige Fälle vorgesehen? Nimmt das Reich die Zahlung dieser Forderungen an? Sollen diese oder müssen diese auf sie verzichten?

Da dieses letztere nicht angenommen werden wird, folgender Weg vorgeschlagen:

1) Abschluss einer Rahmenvereinbarung zwischen Kroatien und dem Reich zur Regelung der Ansprüche auf jüdisches Vermögen in Kroatien, in der sofort die Forderungen, die einer Sonderbehandlung zugänglich gemacht werden sollen, aufgezählt werden.

An das  
Auswärtige Amt  
Berlin

Die Übereinstimmung des vor/  
erstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den

24. Juni 1968



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



2) Die Setzung einer Anmeldefrist für reichs-  
deutsche private Ansprüche gegen jüdisches Vermögen in  
Kroatien und umgekehrt.

3) Die kurze Prüfung dieser Ansprüche auf Höhe  
und Rechtskraft.

Es wird um Weisung hierzu gebeten.

Kasche

Dr. Sta/Mo

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*

9



19 FEB. 1943  
Berlin

Geheim

429

Handker  
Choir

A g r a m



Die Übereinstimmung des ~~vor~~/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. M.*

föhrbar ist. Hierzu wird um baldigen Bericht gebeten, Sollten schon jetzt Unterlagen über die betreffenden Vermögen dort vorliegen, so sind sie einzusenden.

Die Anwendung des Territorialprinzips hat den großen Vorteil, daß die umfangreiche und seitraubende Arbeit der Erfassung der Judenvermögen vermieden wird. Es erscheint jedoch sehr fraglich, ob die dortige Regierung sich mit seiner Anwendung einverstanden erklären wird, da in den Staaten, die bisher keine Judenmaßnahmen eingeföhrt haben, die Vermögen der dort ansässigen Juden ehemals deutscher Staatsangehörigkeit diesen weiterhin belassen werden und somit den eventuellen Verzicht auf das Vermögen der rückkehrenden Juden kein unmittelbarer staatlicher Vermögensschutz gegenübersteht wird. Diese Regierungen werden vielmehr ihren Rückkehrern jüdischer Rasse einen Ersatz für die in deutschen Machtbereich zurückgelassenen Vermögen gewähren müssen und infolgedessen Wert darauf legen. Bei den zu erwartenden Verhandlungen möglichst viel für sich herauszuschlagen. Es wird daher auch um Bericht zu der Frage gebeten, ob nach Ihrer Erfahrung mit einiger Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden kann, daß sich die dortige Regierung mit der Anwendung des Territorialprinzips einverstanden erklären wird.

Im Auftrag

*W. A. Müller*

Die Übereinstimmung des ~~vor~~/ umstehenden Textes mit der bei den Akten des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts befindlichen Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



  
7 (Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I. M.*



Auf Erlass: D III 185 g  
vom 13. Feber 1943

Betrifft: Rückkehr fremder Staats-  
angehöriger jüdischer Rasse

!Konzept  
Sta/s.

- 3 Doppel -

Nach Durchführung der erforderlichen Erhebung,  
wird zu dem angeführten Erlass wie folgt Stellung  
genommen:

Das in Aussicht genommene erste Verfahren dürfte  
in Kroatien kaum durchführbar sein, weil die im hie-  
sigen Amtsbereich noch ansässigen ausgebürgerten Ju-  
den ehemals deutscher Staatsangehörigkeit kaum genau  
zu erfassen sind. Es kann sich nurmehr im Einzel-  
fälle handeln. Damit ist auch ihr Vermögen nicht oder  
kaum erfassbar.

Der Anwendung des Territorialprinzips stehen  
keine Bedenken im Wege.

Von kroatischer Seite sind kaum irgendwelche  
Einwendungen gegen die Anwendung dieses Prinzips zu  
erwarten, weil, Kroatien zu den Staaten gehört, die,  
von Ausnahmen abgesehen, das Judenproblem schon recht  
weitgehend gelöst haben. Die kroatische Regierung  
braucht nach der ganzen Lage der Dinge Ersatzforderun-  
gen von noch im Reiche lebenden Juden kroatischer  
Staatsangehörigkeit nicht zu befürchten. Es scheint  
mir überhaupt fraglich ob Juden mit anerkannter kroa-  
tischer Staatszugehörigkeit im Reiche vorhanden sind.

erfügung:

R. Dr. Kühn z. K. ✓

GR. v. Schubert z. V. ✓

ab Kurier am ✓

z. d. A. *Wk. 20-5-43.* ✓

An das  
Auswärtige Amt  
BERLIN.

In Vertretung

gez. v. Schubert

Abgesandt: am *21/5*  
Anlagen *3 20*  
mit Kurier/Post *Wk.*

Im Pol. Arch. verb.  
(Juden) *5284/5*

Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



57

(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. M.*



NR 122 12/7 1950 ER-03 AGRAM NT  
Telegrammkontrolle  
eingetragen *31.7.12*

Dtsch. Gesandtschaft Zagreb  
Tel. 44/5-10857  
eing. 12 JULI 1943  
Anl. Doppel

S BLN AUSW NR 122 12/7 1950 ETAT= GSCHREIBEN =

DIPLOGERMA AGRAM = NR 916 =

CHEF DER SICHERHEITSPOLIZEI MITTEILT AUF FERNSCHREIBEN NR 345  
VOM 25.5.:

'' SOFERN IM VORLIEGENDEN FALLE SCHWIERIGKEITEN IN  
AUSSENPOLITISCHER HINSICHT NICHT ZU BEFUERCHTEN SIND BITTE ICH  
DIE HAFTENTLASSUNG UND UEBERFUEHRUNG DES JUDEN GUTTMANN UND  
SEINER FAMILIENANGEHOERIGEN IN DAS REICHSGEBIET ZU ERWIRKEN . -  
BEVOR DIE GENANNTEN JEDOCH IN DAS REICHSGEBIET ZURUECKGEFUEHRT  
WERDEN , BITTE ICH UNTER ANGABE IHRER STAATZUGEHORIGKEIT ZU  
BERICHTEN . GEGEBENENFALLS BEABSICHTIGE ICH , SIE VORERST IN  
THERESIENSTADT BEVORZUGT UNTERBRINGEN ZU LASSEN. '' -  
SOFERN DORT BEDENKEN GEGEN VORSCHLAG CHEF SIPOS BESTEHEN ,  
ERBITTE DRAHTBERICHT. = WAGNER +



Die Übereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968



(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *J. M.*

234  
Fernschreiben

Akt. Z.: SM 445-10857

Leitvermerk: ..... über G- Schreiber

Nr. 2851 vom 13. Juli 1943

An Auswärtig Berlin

Ausgefertigt: 17.00 Uhr Kanzlei Aht.  
Gesandten

Sonderbestimmung

Eingetragen in Telegr. Kontr. .... Uhr

Verziffert: .... Uhr, von .....

Empfangsbestätigung:

AUSW BLN NR 234 ERH BE 1945

Auf Nr. 916 vom 12.7. und im Anschluss an Drahtbericht Nr. 2157 vom 25.5. nehme ich zum Vorgang folgende Stellung:

Angelegenheit Aktienerwerb Wiener Creditanstalt an ehemalige Guttman-Betriebe hat besondere Vorgeschichte, die bei H. Pol bekannt. Ich darf aufs entschiedenste betonen, dass die Vertretung der Interessen der Creditanstalt auf anderen als rein privaten Wegen von mir als unverantwortlich gehalten wird. Auf privatem Wege hat Creditanstalt Prozess verloren. Tatsache, dass bei diesem reinen Privatgeschäft einem Juden bestimmte Zusicherungen gemacht worden sind, kann ich nur als Korruption bezeichnen. Wollten wir gegenüber Kroaten dieses Spiel weiter spielen, müssten schwerste Nachteile für unsere grundsätzliche Judenpolitik Folge sein. Ich bitte daher, von jeder weiteren Unterstützung des Zwischenspiels zwischen Creditanstalt und dem Juden Guttman Abstand zu nehmen.  
Bitte RSHA- Amt IV- unterrichten.

Verfügung

1 Durchschlag für  
Pol-Attache

Wenden




Die Ubereinstimmung des vor/  
umstehenden Textes mit der bei  
den Akten des Politischen Archivs  
des Auswärtigen Amtes befindlichen  
Vorlage wird bescheinigt.

Bonn, den 24. Juni 1968

3



  
(Dr. Sasse)  
Vortragender Legationsrat *I.H.L.*